Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 9 – 28. Februar 2009 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Die Gegenleistung
Berlin will ein Museum unterstützen, dessen Konzept fragwürdig ist 2

Preußen / Berlin

Schwieriger Weg aus dem Ghetto
Studie: Türkische Mieter nicht überall gern gesehen 3

Hintergrund

Kein Zankapfel mehr
Nationale Minderheiten bereichern Europa – FUEV seit 1949 aktiv 4

Deutschland

Unklare These, klares Motiv
Irreführendes aus Brüssel zum Verdienst der Frauen 5

Ausland

China in der Krise
Die Volksrepublik ist weniger betroffen als die USA, aber die Folgen sind dramatisch 6

Kultur

Durchs Schlüsselloch geschaut
Hamburger Kunsthalle zeigt Bronzeplastiken von Edgar Degas 9

Geschichte

Einigung im linksliberalen Lager
Vor 125 Jahren entstand die Deutsch-Freisinnige Partei (DFP) 11



Hier gehen immer mehr Lichter aus: Abendrot über dem Finanzviertel in der City of London.

Foto: Visum

Beunruhigendes aus London

Großbritanniens Wirtschaft stürzt ab – Vorbote für Deutschland?

Nach wenigen eher ruhigen Wochen hat sich die Weltwirtschaftkrise wieder beschleunigt. In einem Tempo wie vergangenen Herbst von den Finanzmärkten kommen nun die Hiobsbotschaften von der realen Wirtschaft. Ein Blick nach Großbritannien zeigt, was uns noch bevorstehen könnte.

Ein Bundeswirtschaftsminister muß Zuversicht ausstrahlen, das ist seine Pflicht. Kein Wunder also, daß Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg widersprach, als Norbert Walter, der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, erklärte, nur im günstigsten Falle könne der Einbruch der deutschen Wirtschaft in diesem Jahr auf 5 Prozent begrenzt werden. Doch Walter ist ernstzunehmen, er hat nicht den Ruf eines Schwarzsehers.

Was den Deutschen bevorstehen kann, zeigt ein Blick nach Großbritannien. Das Vereinigte Königreich erlebt derzeit einen Absturz, der allenfalls in den schlimmsten Phasen der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 Parallelen hat.

Schon zwei Millionen Menschen haben seit Herbst ihren Job verloren, die Immobilienpreise sind im freien Fall. Der Kontrast zu früheren Jahren könnte größer nicht sein, als die im Vergleich zur übrigen Volkswirtschaft riesige Finanzbranche als Garant des Wohlstands galt. Das Land war stolz auf das Erreichte und sah sich nach 16 Jahren ununterbrochenen Wachstums als „postindustrielle“ und global ausgerichtete Dienstleistungsgesellschaft. Am Ende arbeiteten fast 6,5 Millionen Briten im Finanzsektor, und nur selten wurde die Frage gestellt, wie lange es gutgehen kann, wenn in einem Land nur noch der eine den anderen bedient und am Ende niemand mehr für die Produktion zuständig ist.

> Berlin übt sich vorerst noch in Zweckoptimismus

Die Lage wird dadurch erschwert, daß der arg zusammengestutzte britische Sozialstaat heute umgerechnet nur noch weniger als 70 Euro Arbeitslosengeld pro Woche zahlt. Platzende Kredite und Zwangsversteigerungen sind die Folge. Immer lauter wird nach Schuldigen gefragt, doch begründete Antworten sind schwer - zu jedem wertlosen Giftpapier gehört jemand, der einen Phantasiepreis dafür gezahlt hat und zu jedem unverantwortlichen Immobilienkredit ein Naiver, der ihn aufgenommen hat. Mit 1,5 Billionen Pfund stehen die Privathaushalte der Insel heute in der Kreide. Nun kursieren Geschichten über reich gewordener Banker, die sich bewaffnen, weil sie den Zorn der Armen befürchten. Da und dort hat sich der Unmut bereits zum Haß verdichtet.

Das ist kein Albtraum, es ist die Lage Großbritanniens im Februar 2009. Die angesehene „Times“ schreibt, das Land sei heute nicht mehr der kranke Mann Europas wie in den 1970ern, sondern „der kranke Mann der Welt“. Nicht immer, aber in mehreren Fällen eilte die britische Wirtschaft der deutschen um ein paar Quartale voraus. Daran ändern auch weiterhin bestehenden Unterschiede nichts, die die Krise in Deutschland milder verlaufen lassen dürften.

Konrad Badenheuer

KONRAD BADENHEUER:

Besinnung

Diese Zeitung hat beileibe keine Freude daran, ihre Leser Woche für Woche mit neuen Hiobsbotschaften insbesondere wirtschaftlicher Art zu verunsichern. Doch die Fakten sprechen eine eindeutige Sprache, und die Wahrheitspflicht gebietet es, die Dinge beim Namen zu nennen. Die Bundesregierung mag zum Zweckoptimismus verpflichtet sein, die Medien sind es nicht. Die haarsträubende Entwicklung in Großbritannien, den USA und mehreren kleineren Ländern Europas sollte der deutschen Politik eine Warnung sein: Hier ist für jederman zu sehen, was mit einer Volkswirtschaft geschehen kann, wenn grundlegende Regeln von Anstand und gesundem Menschenverstand mit Füßen getreten werden.

Die Krise in Deutschland, auch wenn sie letztlich wohl glimpflicher verlaufen wird als in den genannten Ländern, ist schlimm genug, um sehr grundlegende Fragen aufzuwerfen. Es geht eben um weit mehr als ein besseres Regelwerk für die Finanzmärkte und die Sanierung (und anschließende Abschaffung) maroder und eigentlich funktionsloser Landesbanken. Es geht um die Rückkehr zu einem System ungeschriebener Regeln und moralischer Standards, dem sich die politische und wirtschaftliche Elite dieses Landes bei Strafe des Ausschlusses aus dieser Gemeinschaft verpflichtet weiß.

Ein solches Wertesystem mit den Eckpfeilern Integrität und Ehrgefühl, Gemeinsinn und Verantwortungsbewußtsein hat in Deutschland bis weit in die achtziger Jahre hinein existiert. Es hat trotz elender Voraussetzungen den Wiederaufbau und das Wirtschaftswunder ermöglicht. Das Land sollte sich darauf zurückbesinnen.

Pressionen gegen den BdV

Merkel: Kein Zeitdruck bei Besetzung – v. Gottberg: Der BdV ist für Frau Steinbach

Der politische Streit um die Berufung von BdV-Präsidentin Erika Steinbach in den Beirat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ geht weiter. Das vom polnischen Deutschland-Beauftragten Wladyslaw Bartoszewski in mehr als undiplomatischer Weise vorgebrachte Verlangen, Frau Steinbach dürfe diesem Gremium nicht angehören, wurde in Deutschland von Vertretern von Grünen, SPD und FDP unterstützt. So verlangte SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier eine „schnelle Entscheidung“ der Kanzlerin, und FDP-Chef Guido Westerwelle forderte sie auf, die Debatte um die Berufung „durch ein persönliches Gespräch mit Frau Steinbach zu beenden“ - im Klartext: Das Dokumentationszentrum gegen Vertreibungen in Berlin, über dessen Inhalte letztlich ohnehin der Bund bestimmt, solle ganz ohne Mitwirkung seiner Initiatorin, die BdV-Präsidentin, auskommen.

Allerdings wiesen diese Vorstellung eine Reihe von Unionspolitikern umgehend zurück und Bundeskanzlerin Angela Merkel ließ über Regierungssprecher Thomas Steg mitteilen, daß sie in dieser Frage „keinen Zeitdruck“ sieht. Steg fügte allerdings hinzu, die Entscheidung werde „im Konsens und nicht strittig getroffen“, was sich als Andeutung gegen Frau Steinbach verstehen läßt.

> Unionspolitiker für die Berufung der BdV-Präsidentin

Wilhelm v. Gottberg, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und Vizepräsident des BdV, erklärte auf Anfrage der Deutschen Presseagentur, daß die Debatte aus seiner Sicht zur Unzeit geführt werde, da der Stiftungsrat erst in einigen Monaten erstmalig zusammenkomme. Allerdings wünsche sich der Bund der Vertriebenen Frau Steinbach in diesem Gremium, und das sei sein gutes Recht. „Interventionen von außen, sei es aus dem Inland oder dem Ausland, sind eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Verbandes, die wir zurückweisen.“ Die Nominierung der Präsidentin für dieses Gremium sei zudem ein Signal des BdV nach außen, daß Frau Steinbach als Verbandsvorsitzende unumstritten ist. Auf Nachfrage der dpa ergänzte v. Gottberg, für den Fall, daß Frau Steinbach aus politischen Gründen verhindert werde, schätze er sie so ein, daß sie dann die erforderlichen Konsequenzen ziehen werde. „Frau Steinbach hat seit zehn Jahren mit Herzblut für dieses Projekt gekämpft und es schließlich gegen enorme Widerstände im In- und Ausland politisch durchgesetzt.“ Das Vorhaben werde seiner Ansicht nach letztlich nicht an Personalfragen scheitern. denn Frau Steinbach werde „nicht mit der linken Hand einreißen, was sie mit der rechten aufgebaut hat“.

PAZ

Nationalismus

Prager Parlament bekräftigt Vertreibung

Das tschechische Parlament hat den Lissabon-Vertrag gebilligt, allerdings steht noch die Zustimmung des Senats aus. Außerdem beschloß das Parlament eine Begleitresolution, die auf die Bekräftigung der Vertreibung abzielt. Die beiden führenden vertreter der Sudetendeutschen, Volksgruppen-Sprecher Bernd Posselt, und der SL-Bundesvorsitzende Franz Pany haben dies als „Ausdruck des schlechten Gewissens“ zurückgewiesen. In der Entschließung wirde „in rückwärtsgewandter Weise erneut versucht, die rassistischen Benesch-Dekrete für vereinbar mit den Menschenrechten und der EU-Grundrechtecharta zu erklären“. Dieser, wenn auch vorsichtig formulierte, Versuch, die Unrechtsfolgen der Vertreibung zu verewigen, zeige, „daß dieses Thema endlich im direkten Dialog mit den betroffenen Sudetendeutschen behandelt und einer einvernehmlichen Lösung zugeführt werden“ müsse, da es die die deutsch-tschechischen Beziehungen sowie die gesamte tschechische Außen- und Europapolitik immer wieder belaste. „Es ist höchste Zeit, daß der nationalistische Müll einer unseligen Vergangenheit in europäischem Geist entsorgt wird,“ betonten Posselt und Pany.

> »Im direkten Dialog zu entsorgen«

K.B.

MELDUNGEN

Traumata der Kriegskinder

München – Ein weit größeres Ausmaß als bislang angenommen haben die Traumatisierungen aufgrund von Krieg und Vertreibung bei der Generation der damaligen Kinder. Wie der Münchner Psychologe Michael Ermann in der bislang aufwendigsten Studie dieser Art aufweisen konnte, ist jeder Vierte der zwischen 1933 und 1945 Geborenen in seiner psychosozialen Lebensqualität eingeschränkt. „Etwa jeder zehnte gilt als traumatisiert und zeigt deutliche posttraumatische Beschwerden“, so der 1943 in Stettin geborene Wissenschaftler im „Spiegel“. „Wenn jemand als Kleinstkind durch brennende Städte getragen wurde, dann erzeugt das Erregungszustände, an die man sich zwar nicht mehr bewußt erinnert, der Körper vergißt sie aber nicht. Wir nennen das Körpererinnerung.“ Diese Belastungen würden „wenn auch in verdünnter Form“ an Kinder und Enkel weitergegeben. *K.B.*

Tugenden vermitteln

Dortmund – Verstärkte Anstrengungen, um Bildungsmängel bei jungen Menschen zu beheben, fordert der Präsident des Zentralverbands des deutschen Handwerks, Otto Kentzler. Nicht nur Grundfähigkeiten wie Lesen, Rechnen und Schreiben, sondern auch Tugenden wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Fleiß ließen bei vielen Schulabgängern zu wünschen übrig, sagte der katholische Unternehmer. Das Handwerk nehme sich seit Jahren der lernschwächeren Jugendlichen an. „Es kann aber nicht allein an den Betrieben hängen bleiben, die Defizite bei jungen Menschen auszugleichen“, so Kentzler. Alle Beteiligten seien in der Pflicht – Familien, Kindergärten, Schulen, aber auch Wirtschaft und Politik. „Wir benötigen einen ganzheitlichen Bildungsansatz, der bereits bei der frühkindlichen Bildung ansetzt“, so der Handwerkspräsident. *idea*

Die Gegenleistung

Berlin will ein Weltkriegsmuseum in Danzig unterstützen, doch dessen Konzept ist fragwürdig

Für die Genehmigung, in Berlin ein Dokumentationszentrum über Vertreibungen errichten zu dürfen, hat die Bundesregierung viele Zugeständnisse an Polen gemacht. Eines davon ist die Unterstützung eines Museums des Zweiten Weltkriegs in Danzig. Nun wurde seine Konzeption bekannt. Sie wirft viele Fragen auf.

Mit dem geplanten Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig hatte Polens Premierminister Donald Tusk das in Berlin geplante „sichtbare Zeichen“ eigentlich ganz verhindern wollen. „Ich frage mich, ob es nicht besser wäre, ein weit umfassenderes Projekt zu realisieren, das an den Zweiten Weltkrieg erinnern würde“, erklärte Tusk im Dezember 2007.

Auch wenn die Bundesregierung nicht bereit war, das „sichtbare Zeichen“ ganz aufzugeben, nahm sie doch den Vorschlag des Museums in Danzig gerne auf. Anfang Februar 2008 äußerte sich Bundeskanzlerin Merkel „sehr beeindruckt“ über den Vorschlag Tusks, gemeinsam in Danzig ein solches Museum zu bauen. Diese Einladung an die Deutschen sei schon im Grundsatz „eine deutliche Geste der Versöhnung“, erklärte Merkel. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde deutlich, daß die Beteiligung Deutschlands an diesem Museum eine politische Gegenleistung für die sogenannte „wohlwollende Neutralität“ Warschaus gegenüber dem sichtbaren Zeichen wäre.

Allerdings zeichnet sich ab, daß mit dem „gemeinsamen Bauen“ des Museums in Danzig wohl eher eine deutsche Beteiligung an den Baukosten gemeint ist als eine inhaltliche Mitwirkung, wie sie übrigens der BdV polnischen Historikern beim Projekt „Zentrum gegen Vertreibungen“ von Anfang an angeboten hatte.

In der neuesten Ausgabe des deutsch-polnischen Magazins „Dialog“ präsentieren nämlich der polnische Historiker Professor Pawel Machcewicz und sein Mitarbeiter Piotr M. Majewski das Konzept des geplanten Museums. Das komplett zweisprachige, vom Bundesverband der Deutsch-Polnischen Gesellschaft herausgegebene Magazin hat offiziösen Charakter, im Impressum firmieren Rita Süssmuth und die SPD-Bundestagsabgeordnete Angelica Schwall-Düren. Der Historiker Machcewicz wird darin als „Bevollmächtigter von Premierminister Donald Tusk für das Museum des Zweiten Weltkrieges“ vorgestellt. Falls es dennoch eine deutsche Mitwirkung an dem Vorhaben geben sollte, dann wird sie hier jedenfalls nicht sichtbar.

Bei den Inhalten, und das wohl noch bedenklicher, schon garnicht. Neben viel Richtigem und Vernünftigem finden sich dort nämlich die aus Polen seit 64 Jahren sattsam bekannten Einseitigkeiten und Weglassungen, die geradezu unvermeidlich zu einem schiefen Bild über Ursachen, Verlauf und Folgen des Zweiten Weltkrieges (die allesamt von dem Danziger Museum abgehandelt werden sollen) führen.

Um mit dem Positiven zu beginnen: Es verdient Zustimmung, daß die rein westeuropäische Sicht, mit dem Jahre 1945 habe der Schrekken für Europa geendet, hier einer objektiveren Perspektive weicht. Die jahrzehntelange Unterjochung Ostmittel- und Osteuropas sollen gebührend dargestellt werden. Dabei spricht Machcewicz zu Recht

Weglassungen verfälschen oft mehr als Lügen

von der „Parallelität der deutschen und sowjetischen Repression gegen Polen in den Jahren 1939–1941“. Auch das Vorhaben, in dem auf insgesamt 5000 Quadratmetern Ausstellungsfläche angelegten Museum die historischen Ereignisse vorwiegend aus der Sicht der einfachen Menschen, Soldaten und Zivilisten, darzustellen, und damit „den verbrecherischen Charakter des Krieges zu verdeutlichen“, wird sicher allseitige Zustimmung finden.

Problematisch erscheint dagegen die sich abzeichnende sehr positive Wertung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Verhältnisse nach dem Ersten Weltkrieg. Zwar soll der erste der vier Hauptteile der Ausstellung der „umfassend verstandenen Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges gewidmet sein“. Doch dabei soll das „Hauptgewicht“ nur auf die Kräfte gerichtet sein, die die Versailler Ordnung beseitigen wollten, „also Nationalsozialismus, italienischen Faschismus, Kommunismus und japanischen Imperialismus“. Der interessierte Beobachter fragt sich, ob die international sehr kritische Bewertung der Pariser Vorortverträge – sowohl seitens der Historiker als auch seitens der Friedens- und Konfliktforschung – in einem solchen Konzept Platz finden. Erst recht fragt er sich, ob bei dieser Schwerpunktsetzung Raum sein wird für eine polnische Politik in der Zwischenkriegszeit, die maßlose territoriale Ziele gegenüber der UdSSR verfolgte und in der maßgeblichen Kräfte offen von der Annexion der Freien Stadt Danzig, vom Gewinn Ostpreußens „ohne Menschen“ und von der Angliederung weiter Teile (Ober-)Schlesiens über das mit der (aus polnischer Sicht eigentlich verlorenen) Volksabstimmung vom März 1921 gewonnene Land hinaus träumten. Und nachdem heute selbst deutsche Standardwerke eine Politik Warschaus nach dem Ersten Weltkrieg verschweigen, die zur Verdrängung von gut einer Million Deutschen in den Jahren 1919 bis 1924 aus Polen führte, wird man auch diese (auch „kalte Vertreibung“ genannte) historische Tatsache in einem polnischen Museum kaum erwarten, so sehr und so eindeutig sie zum Erstarken des Nationalismus in Deutschland beigetragen hat und damit zu den Ursachen des Zweiten Weltkrieges gehört.

Der Umgang mit dem Thema „Vertreibung“ in der nun veröffentlichten Konzeption ist auch sonst delikat. Gewiß gehören zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs die vom NS-Regime organisierten Bevölkerungsverschiebungen, die Machcewicz mit jedem Recht „Vertreibungen“ hätte nennen können. Doch über „Flucht“ und „Aussiedlung“ der deutschen Zivilbevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg (auch hier wird der Begriff „Vertreibung“ gemieden), meint Machcewicz: „Die Ausstellung muß zeigen, daß diese Vorgänge nicht nur Folge des Bestrebens waren, national einheitliche Staaten zu schaffen, sondern vor allem eine Fortsetzung der Zwangsmigrationen, die Nazideutschland und die UdSSR in einem unerhörten Umfang eingeleitet hatten.“ Das ist mehr als schief: Deutsche wurden ja keineswegs nur aus mehrheitlich polnischem und tschechischem Land vertrieben. Die Vertreibung der Deutschen aus Danzig, den Oder-Neiße-Gebieten und dem Sudetenland diente vielmehr schlicht und einfach dem Ziel, den polnischen und tschechischen Siedlungsraum massiv zu vergrößern. Als „Fortsetzung“ der NS-Politik mag man ein solches Vorgehen sehr wohl bezeichnen – vorausgesetzt, es wird damit nicht der Eindruck erweckt, ein Unrecht könne das nächste rechtfertigen oder hier habe irgendein Automatismus bestanden. Gerade in diesem Punkt sind die größten Fragezeichen angebracht, wenn man den Verlauf der geschichtspolitischen Debatte in Polen der vergangenen Jahre bedenkt (siehe Kommentar auf Seite 8). *Konrad Badenheuer*



In nationalen Grundsatzfragen keine große Unterschiede: Polens Ministerpräsident Donald Tusk (l.) und Staatspräsident Lech Kaczynski. Bild: Action Press

Die Schulden-Uhr:

Zukunft ist ungewiß

Trotz Rettungsplan der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg ist die Zukunft der HSH-Nordbank ungewiß. Die Betriebsräte der Landesbank befürchten einen Stellenabbau auf Zeit. Bis 2012 wolle die Bank bis zu 1100 der 4300 Stellen streichen. 500 Arbeitsplätze sollen von der Kernbank in eine geplante „Abbaubank“ verlagert werden. Angesichts des Hilfspakets von drei Milliarden Euro für die Landesbank und der Tatsache, daß selbst im Umfeld der Bank am Geschäftsmodell von HSH-Chef Dirk Nonnenmacher „große Zweifel angebracht“ seien, stellt sich abermals die Frage, inwieweit der Staat angeschlagene Unternehmen mit ungewisser Zukunft unterstützen sollte. *MRK*

1.535.986.371.278 €

Vorwoche: 1.533.208.578.248 €
Verschuldung pro Kopf: 18 718 €
Vorwoche: 18 684 €

(Dienstag, 24. Februar Monat 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Obamas Dilemma im Mittleren Osten

Ein militärischer Sieg in Afghanistan und Pakistan erscheint unmöglich, andere Mittel sind nicht in Sicht

Die Krisenherde im Nahen und im Mittleren Osten zählen zu den schwierigsten Problemen, die US-Präsident Barack Obama von seinem Amtsvorgänger geerbt hat. Was aber wird er besser machen? Vor dem American-Israel Public Affair's Committee (AIPAC), dem mächtigsten Komitee der Israel-Lobby in den USA, hatten sich jedenfalls alle Präsidentschaftsbewerber zu uneingeschränkter Unterstützung für Israel bekannt, und Hillary Clinton hatte dem Iran sogar mit „Auslöschung“ gedroht, falls dieser sein Atom-Programm nicht einstelle.

Doch wie es scheint, will Obama, eine militärische Konfrontation mit dem Iran vermeiden. Daß er seine Konkurrentin Clinton trotzdem zur Außenministerin machte, tat er primär, um deren Anhänger innenpolitisch auf seine Seite zu bringen. Aber damit die Clintons nicht den ganzen Laden an sich reißen können, hat er bereits zwei wichtige Sonderbeauftragte ernannt, die beide über reiche internationale Erfahrungen und Beziehungen verfügen: George Mitchell für den Nahen Osten und Richard Holbrooke für Pakistan und Afghanistan.

Das Wahlversprechen, die Truppenpräsenz im Irak zu reduzieren und dafür die in Afghanistan aufzustocken, dürfte für Obama ein wesentliches Motiv gewesen sein, den noch von George Bush ernannten Verteidigungsminister Bill Gates im Amt zu belassen, denn der kennt die afghanischen Verhältnisse – und das entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Gates war einst als CIA-Vizechef führend am Aufbau der Taliban und anderer Gruppen beteiligt und er hatte vor genau 20 Jahren nach dem Abzug der Roten Armee gejubelt, daß die Afghanen nun „endlich frei von Invasoren“ seien.

55 000 US-Soldaten in Afghanistan

Im Rahmen der ISAF sind in Afghanistan derzeit 38 000 US-Soldaten und 30 000 Mann aus anderen Ländern stationiert. Mit der in der Vorwoche beschlossenen Entsendung von weiteren 17 000 US-Soldaten bleibt man aber noch weit unter der Truppenstärke im Irak – und auch weit unter dem, was Militärexperten zu einer „Befriedung“ Afghanistans für nötig erachten.

Zugleich wird die Logistik zunehmend schwieriger, denn der Nachschub über die Gebirgspässe aus Pakistan wird immer häufiger durch Angriffe von Taliban oder Stammesmilizen unterbrochen. Und nun hat gar Kirgistan die USA aufgefordert, den Luftwaffenstützpunkt Manas nahe der Hauptstadt Bischkek innerhalb von 180 Tagen zu räumen. Die Kirgisen versteigern quasi ihre Hilfe an den Meistbietenden, und das scheinen die Russen zu sein, die massive Wirtschaftshilfe und einen Schuldenerlaß zugesagt haben (die *PAZ* berichtete). Kurioserweise hat Rußland den USA angeboten, beim Nachschub für „nichtmilitärische Güter“ auszuhelfen.

Die Lage in Pakistan wird ebenfalls immer konfuser. Jetzt rächt es sich, daß der Westen die Autorität des Militärmachthabers Musharraf unterminiert und damit einem schwachen und korrupten Nachfolger, dem Bhutto-Witwer Zardari, zum Präsidentenamt verholfen hat. Daß die Regierung der Nordwest-Grenzprovinz den Taliban im Swat-Tal die Einführung der Scharia zugesteht, klingt allerdings schlimmer, als es ist, denn in den Randzonen Pakistans gelten ohnehin nur die lokalen Stammesgesetze, zu denen meist auch die Scharia zählt. Und wenn die Taliban im Gegenzug eine Waffenruhe einhalten – woran allerdings Zweifel bestehen – wäre sogar etwas „gewonnen“.

In Afghanistan wie in Pakistan scheint der „Kampf um die Herzen der Menschen“ so gut wie verloren zu sein – trotz massiver materieller und humanitärer Hilfeleistungen. Denn fremde Truppen sind an sich schon verhaßt, und bei den Einsätzen kommen viel zu viele Zivilisten ums Leben. Wie der Vorsitzenden des US-Geheimdienstausschusses im Senat Dianne Feinstein entschlüpfte, steigen die in Pakistan eingesetzten CIA-Drohnen sogar von Stützpunkten in Pakistan selbst auf.

Karsai verliert Rückhalt im Westen

Der afghanische Präsident Hamid Karsai fällt beim Westen zunehmend in Ungnade, ohne daß sich dadurch sein Ansehen im eigenen Land verbessern würde. Der Aufbau verläßlicher eigener Polizei- und Armeeeinheiten macht nur bescheidene Fortschritte, und die von den USA zur Verfügung gestellten Waffen gehen in beträchtlichem Ausmaß an die Taliban weiter: Einem US-Rechnungshofbericht zufolge verschwanden zwischen 2004 und 2008 87 000 Stück Infanteriewaffen im Wert von 223 Millionen Dollar. Und die UN-Drogenbehörde UNCB berichtete vorige Woche in Wien, daß immer noch 90 Prozent allen Opiums aus Afghanistan kommen ...

Da wird auch Obama eher früher als später mit der Sinnfrage konfrontiert sein: Warum sind wir eigentlich dort? Anders als im Vietnam-Krieg, bei dem eines Tages keiner mehr wußte, warum er angefangen hatte, schaffte es zwar die Regierung Bush, den 11. September 2001 – „nine-eleven“ – im politischen Diskurs eine Bedeutung ähnlich wie „Pearl Harbor“, „holocaust“ und anderen einschneidenden Ereignissen zu verleihen. Doch wenn es auf Dauer keine Erfolge gibt und man in Wahrheit den Extremisten nur noch mehr Zulauf verschafft, wird ein Umdenken unumgänglich werden. *Richard G. Kerschhofer*

Dorf-Idyll im Zentrum Berlins

Von Harald Fourier

Im Grunde können die Berliner froh sein über die Verkehrssituation in ihrer Stadt. Natürlich meckern sie, weil das ihre Art ist: über die vielen Dauerbaustellen, über immer mehr nächtliche 30er-Zonen auf Hauptverkehrsstraßen oder über spontane Straßensperrungen für Staatsgäste oder Demonstranten. Dennoch ist der Autofahrer in Berlin verglichen mit anderen Metropolen gut dran. Ins Londoner Zentrum zu fahren kostet Unsummen (City-Maut), in Rom ist das für Nichtansässige sogar verboten. Und in Manhattan einen Parkplatz finden? Viel Spaß dabei!

Trotzdem gibt es unter den Berlinern Unmut über die Verkehrspolitik des Senats, die nach dem Prinzip der Salamitaktik Autofahrern das Leben immer schwerer macht. Die alte CDU-geführte Regierung hatte eine Zielvorgabe, nämlich 80:20. 80 Prozent öffentlicher Nahverkehr, nur 20 Prozent Individualverkehr (also vor allem Autos). Das waren Vorgaben wie bei einem sowjetischen Zehnjahres-Plan. Straßen wurden deswegen verkleinert, Parkplätze abgeschafft, Busspuren ausgedehnt. Rote und grüne Lokalpolitiker setzen dem nun noch die Spitze auf.

Der rot-rote Senat hat die Parkplatzreduzierung fortgesetzt. Der neueste Vorschlag aus der Schatzkiste der Absurditäten kommt aber von den Grünen. Sie wollen in Berlin-Mitte die Abschaffung aller verkehrsregelnden Zeichen. „Shared Space“ (gemeinsam genutzter Raum) heißt ein Konzept, das in anderen Städten bereits praktiziert wird.

Es gibt keine Verkehrsschilder mehr, keine Fußgängerinseln und keine Ampeln, auch keine Trennung in Bürgersteig und Fahrbahn. Die einzige Regel ist „rechts vor links“, ansonsten ist gegenseitige Rücksichtnahme oberstes Gebot. Das wird lustig, vor allem wenn Staatsgäste und Diplomaten, Politiker und Wirtschaftsbosse demnächst von Rollschuhfahrern und Fahrradtaxis geschnitten werden.

Aber Spaß beiseite. Die Grünen sagen, daß ihr revolutionäres Verkehrskonzept versuchsweise in folgenden Städten und Provinzen bereits angewandt wird: Haren, Emmen, Bohmte, Fryslan (Niederlande), Oostende (Belgien), Ejby (Dänemark) und Ipswich (England).

Eine tolle Liste, oder? Berlin-Mitte, das Zentrum einer der größten Industrienationen dieser Erde, als Experimentierfeld für ein provinzielles Verkehrskonzept, das bislang nur in irgendwelchen westeuropäischen Kleinstädten erprobt wurde. Die Grünen können nicht ernsthaft glauben, daß mitten im deutschen Regierungsviertel dieser Unsinn umgesetzt werden kann. Wenn das Wirklichkeit würde, dann hätten die Berliner mal wirklich einen Grund zum meckern.

Schwieriger Weg aus dem Ghetto

Studie: Vermieter in besseren Gegenden lassen Türken lieber nicht in ihre Häuser ziehen



Nicht alle über einen Kamm: Vielfach sind es gerade junge Türkinnen, die aus Parallelgesellschaften und Großstadt-Ghettos ausbrechen wollen. Oft hindern integrationsunwillige Väter oder Brüder sie daran, manchmal aber auch deutsche Vermieter.
Bild: vario

Türken und Türkischstämmige, die nicht mehr in den als Ghettos verschrienen Migrantenvierteln leben wollen, haben es schwer: Vermieter in den „besseren“ Vierteln begegnen ihnen mit erheblichen Vorbehalten.

Emsel Kilic studiert an der Berliner Humboldt-Universität Stadt- und Regional-Soziologie. Die junge Deutschtürkin schreibt gerade an ihrer Diplomarbeit zum Thema „Erfahrungen von türkischen und türkischstämmigen Migranten bei der Wohnungssuche in Berlin“.

Was sie herausfand, bildet weiteren Zündstoff für die ohnehin gereizte Debatte um Integration und Parallelgesellschaften: Wohnungssuchende mit türkischen Namen haben es spürbar schwerer als andere, in bevorzugten Wohnquartieren eine Mietwohnung zu bekommen. Emsal Kilic: „Zunächst habe ich je zehn E-Mail-Adressen mit deutschen und türkischen Namen eingerichtet und von diesen aus dann je 100 Inserate für Wohnungen in Wilmersdorf und Neukölln mit ähnlichen Formulierungen beantwortet.“ Im Arme-Leute-Viertel Neukölln hatte sie mit den türkischen Namen meist Erfolg, während im gutbürgerlichen Wilmersdorf von zehn „türkischen“ Bewerbungen nicht eine zum Zuge kam. Die von der Studentin veranlaßten Bewerbungen mit deutschen Namen stießen in beiden Gebieten auf keinerlei Vorbehalte.

Selbst bei den Bewerbungen im migrantenreichen Neukölln taten sich noch leichte Unterschiede auf: Vermieter signalisierten 13mal den deutschen, aber nur elfmal den türkischen Bewerberinnen Interesse. Und: „Die Bewerberin mit türkischem Namen wurde vor Ort im Gegensatz zu meiner deutschen Freundin explizit auf die Notwendigkeit von Einkommensnachweis und Schufa-Auskunft hingewiesen,“ berichtet Kilic.

Die zutage geförderten Erkenntnisse riefen zahlreiche kritische Stellungnahmen in der Hauptstadt hervor. Nuran Yigit vom „Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin“ meint: „Die Suche nach Wohnungen in einer Wunschgegend ist für Menschen mit Migrationshintergrund ein ähnlich gravierendes Problem wie die nach Arbeit.“ Und Katharina Skerka vom „Bund für Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit“ bestätigt: „Wir verfassen oft zusammen mit den Betroffenen Beschwerdebriefe.“ Reiner Wild vom Berliner Mieterbund sieht jedoch wenig Chancen für Beschwerden über mutmaßlich gezielte Benachteiligung von Türken bei der Wohnungssuche: „Derartige Diskriminierungen bei der Wohnungsvergabe sind schwer zu beweisen, wie soll man nachweisen, daß unter vielen Absagen einige wegen der Herkunft gegeben werden?“

Hiltrud Sprungala vom „Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmer“ wies den Vorwurf der Diskriminierung zurück. „Es gehört zum Selbstverständnis der Mitgliedsunternehmen, niemanden aufgrund von Herkunft, Hautfarbe oder Rasse abzulehnen.“ Dieter Blümmel, Sprecher der „Eigentümer-Schutzgemeinschaft Haus und Grund“ in Berlin, verweist indes darauf, daß seinen Mitgliedern die neuen Bestimmungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes („Antidiskriminierungsgesetz“) deutlich gemacht worden seien. Allerdings ermögliche dieses Gesetz sehr wohl unterschiedliche Behandlungen von Bewerbern, wenn es darum gehe, die Bewohnerstruktur sozial stabil zu halten.

Spätfolgen einer gescheiterten Integrationspolitik

Auffällig an Kilics Diplomarbeit ist, daß sie sich nur mit türkischen Wohnungssuchern beschäftigt. Ob auch Migranten aus anderen Ländern benachteiligt werden, diese Frage behandelt sie nicht. Auch widmet sie sich nicht der Frage, was die deutschen Vermieter zu ihrer Haltung bewogen hat. Der schlichte Schlachtruf „Diskriminierung“ verkleistert mehr als er klärt. Daß Stadtteile, die im Straßenjargon nur noch als Ghettos bezeichnet werden, eine abschreckende Wirkung auf die Nachbarkieze ausüben, darf kaum verwundern. Vermieter in anderen Gegenden sprechen hinter vorgehaltener Hand von der Furcht, daß auch ihr Stadtteil eines Tages „umkippen“ könnte, und nehmen Angehörige jener Migrantengruppen, die in den Ghettos den Ton angeben, pauschal in Haftung. Auf diese möglichen Motive von Vermietern angesprochen, warnt der Pankower CDU-Abgeordnete René Stadtkewitz jedoch gegenüber der *PAZ*: „Da mag ja was dran sein, aber ich glaube dennoch, daß jeder Wohnungsbewerber es wert ist, einzeln begutachtet und nicht pauschalisiert zu werden.“

Besonders hart trifft das von Kilic aufgedeckte Phänomen paradoxerweise gerade jene Türkischstämmigen, die dem Ghetto entfliehen und ein Leben nicht neben, sondern innerhalb der deutschen Gesellschaft führen, sich integrieren wollen. Bevölkerungswissenschaftler beobachten seit längerem, daß längst nicht nur Deutsche aus Vierteln wegziehen, in denen ein türkisch-arabisches Milieu dominiert. Auch die türkischstämmige Mittelschicht sucht hier das Weite, schon damit ihre Kinder in Schulen und Kindergärten gehen können, in denen Deutsch die normale Verkehrssprache ist.

Daß integrationswillige Türken nun deutscherseits bei der Integration, etwa durch den Wegzug aus dem „Ghetto“, behindert werden, erscheint als tragische Überreaktion auf eine verfehlte Ausländerpolitik. Noch vor wenigen Jahren mußte sich als „Rassist“ beschimpfen lassen, wer öffentlich die Meinung äußerte, in diesem oder jenem Viertel gebe es möglicherweise „zu viele Ausländer“. Glaubt man Emsel Kilics Studie, drohen diese Viertel nun zum Gefängnis zu werden für die dort lebenden Migranten. *Hans Lody*

Spott über den »Schuldenmacher«

Der designierte Nachfolger von Finanzsenator Thilo Sarrazin hat bislang nicht gerade als Sanierer geglänzt

An Ulrich Nußbaum scheiden sich die Geister. Der 51jährige Unternehmer, der im Mai die Nachfolge von Berlins Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) antreten soll, wird von der Regierungsseite über den grünen Klee gelobt. Er sei der „Vertreter einer ehrwürdigen Kaufmannschaft“, verkündete der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD). Obendrein feierte er Nußbaum, weil der „ein selbständiger Mensch“ sei, denn er habe es 2007 abgelehnt, in die Bremer SPD einzutreten, und mußte deswegen seinen Posten als Finanzsenator der Hansestadt räumen.

Jetzt wechselt Ulrich Nußbaum also nach Berlin, um das Erbe von Thilo Sarrazin anzutreten. Die Probleme seien ähnlich wie in Bremen, stellte Nußbaum bei einer Pressekonferenz fest. Nur gebe es „in Berlin eben ein paar Nullen mehr“, was etwas hochnäsig aus Berliner Sicht klingt – schließlich ist die Bremer Pro-Kopf-Verschuldung deutlich höher als die der Hauptstadt.

So umjubelt wie bei seinem Bürgermeister ist der neue Senator allerdings nicht überall in Berlin. Die SPD-Basis ist sauer, weil Wowereit sie in dieser Personalfrage keß übergangen hat. SPD-Landeschef Michael Müller hatte insgeheim mit einem Senatorenposten für sich selbst geliebäugelt.

Die Boulevardpresse hatte gleich am ersten Tag ihre Freude mit Nußbaum: Der Neue, so berichtete die „BZ“, sei vor wenigen Wochen erwischt worden, als er ohne Umweltplakette in die Bremer Innenstadt fuhr. Solche Umweltplaketten gibt es auch in Berlin. Öffentlichkeitswirksam schenkt die „BZ“ dem kommenden Senator vorsorglich eine Berliner Plakette. Nebenbei unterrichtete sie ihre Leser, daß Nußbaum einen todschicken (und sündhaft teuren) Bentley fährt. Nach dem „neoliberalen Ungeheuer“ Sarrazin, der Hartz-IV-Empfängern Essenstipps gegeben hat, jetzt also ein „Schnösel“ in einer Luxuslimousine – so ungefähr schießt sich die bunte Presse auf den neuen Senator ein.

Auch Oppositionspolitiker und Haushaltsexperten sind nicht begeistert: Er sei ein notorischer Schuldenmacher, kein Sanierer wie Sarrazin. In der vergleichsweise kurzen Zeit, in der Nußbaum als Bremer Finanzsenator tätig war (2003–2007), stiegen die Schulden des kleinsten Bundeslandes um rund vier Milliarden Euro. Im September 2008 (letzter Stand) lag die Gesamtverschuldung Bremens bei rund 15 Milliarden Euro, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von etwa 22000 Euro entspricht (Berlin: 16783). Und sie wächst um 23 Euro pro Sekunde weiter.



Ulrich Nußbaum Bild: ddp

Was Sarrazin in Berlin in der gleichen Zeit geschafft hat – das Stoppen der Neuverschuldung – davon ist Nußbaum meilenweit entfernt. Im Sommer 2007, nach der bremischen Bürgerschaftswahl, sollte er Wirtschaftssenator werden. Doch er schied überraschend aus dem Senat aus. Hat Nußbaum seinen Posten geräumt, weil auch der neue, rot-grüne Senat kein Konzept hatte, um die Schuldenlawine des kleinsten Bundeslandes zu stoppen?, fragen sich manche im Abgeordnetenhaus.

Gleich als erste ging die Grünen-Chefin Franziska Eichstädt-Bohlig öffentlich auf Nußbaum los: „Ihm eilt nicht der Ruf voraus, ein konsequenter Haushaltssanierer zu sein.“ Als Kronzeuge für die Unfähigkeit seines Nachfolgers dient ironischerweise Thilo Sarrazin höchstpersönlich. Er sagte am 14. November in der Berliner Urania über die augenblickliche Schuldenhöhe Berlins: „Wenn Sie sich dieselben Zahlen für 2001 ankucken – da standen wir ganz unten, hatten die höchsten Schulden neben Bremen.“ Berlin habe sich aber anders als Bremen aus der Schuldenfalle herausgearbeitet. Dazu präsentierte er bunte Grafiken, die zeigen, daß Bremen gemessen an der kommunalen Steuerkraft zwar immer noch viel reicher ist, aber trotzdem doppelt so viele Schulden macht wie Berlin. Vorschußlorbeeren für einen neuen Finanzsenator sehen anders aus. *Markus Schleusener*

Abstimmung am 26. April

Vom Erfolg des Volksbegehrens „Pro Reli“ waren sogar die Kirchen Berlins überrascht. „Pro Reli“ will erreichen, daß Religion an den Schulen der Hauptstadt als Wahlpflichtfach gleichberechtigt neben dem Fach "Ethik" gewählt werden kann. Bislang müssen alle Schüler den "Ethik-Unterricht" besuchen und für Religion zwei Stunden länger in der Schule bleiben.

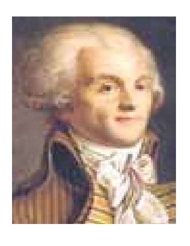
Für das Begehren sammelten die „Pro Reli“-Initiatoren 266000 gültige Unterschriften, nur 171000 wären nötig gewesen. Die damit erzwungene Abstimmung, bei der die Mehrheit der Teilnehmer, aber mindestens 610000 Wahlberechtigte dem Begehren zustimmen müßten, wollten die Initiatoren mit der Europawahl am 7. Juni zusammenlegen. Der Senat aber hat sie für den 26. April anberaumt. Kritiker meinen, damit wolle Rot-Rot erreichen, daß möglichst wenige Hauptstädter zu den Urnen gingen, damit das Quorum nicht erfüllt werde. *H.H.*

Zeitzeugen



Christoph Pan – Der 1938 in Bozen geborene Soziologe ist seit 1961 Leiter des Südtiroler Volksgruppen-Instituts in Bozen. Er lehrte an den Universitäten Innsbruck und Salzburg. 1994 bis 1996 war er Präsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen. Er veröffentlichte zu den Themen Minderheitenrechte sowie zu wirtschafts- und sozialpolitischen Aspekten Südtirols.

Flemming Meyer – Gehört seit 1966 dem Südschleswigschen Wählerverband, der dänischen Minderheitenvertretung in Schleswig-Holstein, an. Als Sohn des linken SSW-Landtagsabgeordneten Karl Otto Meyer im dänischen Sonderburg geboren, trat er nach dem Studium in Flensburg in den Dienst des Dänischen Schulvereins. Er befürwortet eine Teilnahme des SSW an Bundestagswahlen.



Maximilien de Robespierre – Vertrat ab 1789 den dritten Stand (Bürger und Bauern) in der Nationalversammlung. Als Ober-Jakobiner und Inbegriff eines Menschen, der nicht verstand, warum Minderheiten schützenswert sind, legte er die aufklärerischen Ideale Rousseaus nach eigenen Vorstellungen aus und regierte mit Terror. 1794 setzte das Parlament seinem Handeln ein Ende. Er kam durch die Guillotine ums Leben.

Hermann Niermann – Schon früh faßte der 1905 geborene Düsseldorfer Kaufmann und Industrielle den Entschluß, mit dem aus der elterlichen Firma erwirtschafteten Vermögen eine Stiftung zur Förderung deutscher Minderheiten zu errichten. Die nach ihrem 1985 verstorbenen Gründer benannte Stiftung unterstützt soziale, kulturelle und Bildungseinrichtungen sowie wissenschaftliche Institutionen, und fördert heute nicht mehr nur deutsche Minderheiten.



Winston Churchill – Wenig minderheitenfreundich nannte der britische Kriegspremier die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder und aus der Tschechoslowakei als „befriedigendstes und dauerhaftestes Mittel“, um Minderheitenprobleme in Ostmitteleuropa zu lösen: „Es wird reiner Tisch gemacht werden.“ Allerdings handelte es sich bei den rund 14 Millionen Betroffen überwiegend garnicht um Angehörige von Minderheiten.

Kein Zankapfel mehr

Nationale Minderheiten bereichern Europa – FUEV seit 1949 aktiv

Rund 100 Millionen Europäer gehören einer der etwa 300 nationalen Minderheiten des Kontinents an. Die Zeiten, in denen die Volksgruppen Zankapfel zwischen rivalisierenden Nationalstaaten waren, sind weitgehend vorbei. Für ihren Schutz setzt sich seit Jahrzehnten die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) besonders ein.

Bis 1990 hieß das 22. französische Departement Côtes-du-Nord, dann wurde es umbenannt in Côtes-d'Armor. Das hat nichts mit „amour“ zu tun; „armor“ ist bretonisch und bedeutet in der Sprache dieser keltischen Minderheit „Land am Meer“. Die Umbenennung war für die knapp 270 000 Bretonen, die ihre Sprache noch sprechen, mehr als ein Achtungserfolg. Sie signalisierte die lange verweigerte Anerkennung als eigenständige Volksgruppe. Heute ist das auch überall in diesem so aufregend schönen Küstenstreifen sichtbar: alle Orts- und Straßenschilder sind zweisprachig, hinter St. Malo wird man begrüßt mit „Degemer mad“ und verabschiedet mit „Kenavo“.

Vielleicht war es ja kein Zufall, daß zur Zeit dieser Wende in den Beziehungen zwischen der zentralen französischen Staatsmacht und der aufmüpfigen Region am Atlantik der Bretone Pierre Lemoine Präsident der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV) war. Diese 1949 gegründete Organisation setzt sich intensiv für die Belange nationaler Minderheiten in Europa ein.

> Der französische Zentralismus ist etwas überholt

Anfangs stand der eher defensive Schutzgedanke im Vordergrund, das damals durchaus zeitgemäße „Nie wieder“. Die bitteren Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Umgang mit wie immer definierten Minderheiten sollten aufgearbeitet werden. Man wollte verhindern, daß Menschen wegen sprachlicher, kultureller oder historischer Besonderheiten benachteiligt, unterdrückt oder verfolgt würden.

Doch längst geht es um mehr, nämlich um die offensive Förderung. Schon früh hatten die Mitglieder der Organisation erkannt, daß nationale Minderheiten auch eine Bereicherung darstellen können (was übrigens nichts mit den späteren rot-grünen Multikulti-Utopien zu tun hat, siehe Kommentar auf Seite 8). Wenn heute sogar das traditionell zentralistische Frankreich sich behutsam seinen bislang ignorierten Minderheiten zuwendet, ist dies nicht zuletzt ein Verdienst der FUEV.

Wesentliche Impulse kamen aus Deutschland, wo die Organisation auch ihren Sitz hat. Im äußersten Norden, in Flensburg, hat die FUEV das Paradebeispiel für den Umgang mit Minderheiten sozusagen vor der eigenen Haustür: In Schleswig-Holstein leben 50 000 Dänen, nördlich der Grenze rund 25 000 Deutsche. Beide Minderheiten können ihre kulturelle und sprachliche Identität uneingeschränkt entfalten. Da sie zugleich in die jeweilige Rechtsordnung integriert sind, gibt es weder auf beiden Seiten keine nennenswerte Probleme mit der Bevölkerungsmehrheit.

Die Bundesrepublik Deutschland hat noch ein weiteres Vorbild für den Umgang mit Minderheiten aufzuweisen. In der Lausitz (Sachsen und Brandenburg) leben heute noch schätzungsweise 60 000 westslawische Sorben (Wenden). Sie waren bereits in der DDR-Verfassung formell als Minderheit anerkannt, doch erst nach der Wiedervereinigung erlangten sie vollen und europaweit vorbildlichen Minderheitenschutz.

Schutz und Förderung von nationalen Minderheiten ist übrigens kein Randthema. Nach Angaben der FUEV gibt es in Europa über 300 solcher Volksgruppen, mit rund 100 Millionen Menschen. Der Organisation, vor 60 Jahren in der Nachfolge des Europäischen Nationalitätenkongresses (1925 bis 1938) gegründet, gehören heute 84 Gruppierungen aus 32 Staaten an. Beim Europarat, bei den Vereinten Nationen und bei der OSZE genießt sie als sogenannte NGO (non-governmental organization) offiziellen Status. Wichtige Beiträge hat die FUEV zur Formulierung der vom Europarat beschlossenen Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen geleistet, die bislang aber leider erst von der Hälfte aller europäischen Staaten ratifiziert wurde, sowie der Europäischen Konvention zum Schutz der nationalen Minderheiten. Übrigens berücksichtigt die FUEV auch die Rechte vertriebener Minderheiten, zu deren Menschenrechten sie sich ausdrücklich bekennt.

Hans-Jürgen Mahlitz



Wo ein Wille ist: Seit kurzem gibt es auch in Nordfriesland zweisprachige Ortsschilder. Bild: pa

Nur noch wenige Deutsche in Ostpreußen

Im Jahre 1989 lebten laut Bundesinnenministerium noch etwa 30 000 Deutsche im südlichen Ostpreußen. Der polnische Staat leugnete bis 1990/91 jedoch die Existenz der deutschsprachigen Minderheit in Polen, diskriminierte sie und verbot den Gebrauch der deutschen Sprache. Erst der Abschluß des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags vom 17. Juni 1991 brachte der deutschen Volksgruppe die (eher bescheidenen) Minderheitenrechte nach KSZE-Standard. Angesichts der erzwungenen Assimilation zwischen 1945 und 1990 war eine kulturelle Entwicklung der Deutschen in Ostpreußen und anderen polnisch gewordenen Gebieten kaum möglich und sogar die langfristige Existenz der Volksgruppe gefährdet. Hunderttausende verließen als Aussiedler ihre Heimat. Doch auch nach der Wende hatten die Deutschen große Schwierigkeiten aufgrund der geringen Akzeptanz in der polnischen Bevölkerung. Zweisprachige Ortsschilder beispielsweise gibt es bisher nur ganz vereinzelt in Oberschlesien und selbst diese werden mitunter beschmiert. Die Gründung von Minderheitenorganisationen wie des „Verbands der Vereinigungen Deutscher Bevölkerung im ehemaligen Ostpreußen“, der über 20 Vereine vertritt, hat die Lage der deutschen Minderheit verbessert. Sie ist im polnischen Parlament derzeit nur indirekt durch zwei oberschlesische Abgeordnete vertreten. Innerhalb der Vereine gibt es Generationskonflikte, da die Interessen der älteren und der jüngeren Mitglieder auseinanderdriften. Die jüngere Generation ist überwiegend polnischsprachig aufgewachsen und „fast etwas zu gut“ integriert.

> Die jüngere Generation ist fast zu gut integriert

MRK

Wenig beachtete Arbeit

Die Tätigkeit der Hermann-Niermann-Stiftung

Die Förderung nationaler Minderheit ist – jedenfalls in Deutschland – kein Anliegen, für das die breite Öffentlichkeit sich besonders interssieren würde. Und doch trägt es wesentlich zum kuturellen Reichtum Europas und zur Völkerverständigung bei. Deswegen verdienen die Persönlichkeiten und Institutionen, die sich diesem Ziel verschrieben haben, Beachtung. Eine davon ist die 1977 errichtete Gemeinnützige Hermann-Niermann-Stiftung. Im § 1 der Satzung legte der Stifter fest: „Je mehr es gelingt, die Lage der ethnischen Minderheiten (Volksgruppen) zu verbessern, umso mehr werden sie von einem Zankapfel zu Brücken der Völkerverständigung werden. Aufgabe der Stiftung ist daher die Förderung der Völkerverständigung durch Unterstützung der kulturellen und wissenschaftlichen Belange ethnischer Minderheiten.“

Diese Aufgabe erfüllt die Stiftung seitdem ohne viel Geklapper oder Schlagzeilen, dafür in einer ganz beeindruckenden Breite und mit erheblichen Summen.

Nicht weniger als 20,9 Millionen Euro hat die Körperschaft seit dem Jahre 1993 in Dutzende Projekte in ganz Europa fließen lassen, wie die Internetseite der Stiftung ausweist. Ein gewisser Schwerpunkt ist Ostmitteleuropa, wo viele Minderheiten leben und nach Jahrzehnten des Kommunismus der Förderbedarf größer war und ist als in anderen Teilen des Kontinents.

> Projekte in Westpreußen und Oberschlesien

Vorstandsvorsitzender der Stiftung ist seit 1987 Uwe Stiemke, ein gebürtiger Stettiner und pensionierter Ministerialrat, der bereits in seiner aktiven Zeit mit der Minderheitenförderung befaßt war – deutschsprachige Minderheiten im Ausland und später die Sorben gehörten zu seinem Tätigkeitsbereich.

Zunächst mußte Stiemke die Stiftung aber aus gewissen Negativschlagzeilen herausholen, denn der 1985 verstorbene Stifter ließ sich in seinen alten Tagen mit „Minderheitenfachleuten“ ein, die teilweise Positionen außerhalb des demokratischen Spektrums vertraten. Doch Niermann selbst war angesichts seiner Vita (er erhielt 1942 politisches Asyl in der Schweiz) über entsprechenden Verdacht erhaben, und spätestens seit 1993 ist auch die von ihm begründete Stiftung wieder in ein ruhiges Fahrwasser zurückgekehrt, zumal die Förderpraxis weiter „europäisiert“ worden ist: Die Förderungsmöglichkeiten der Stiftung stehen Antragsstellern aus allen ethnischen Minderheiten und Volksgruppen in Europa offen.

Übrigens unterstützt die Stiftung auch Vorhaben in Westpreußen, genauer gesagt drei Projekte zur Förderung der kleinen und von Assimilation bedrohten kaschubischen Volksgruppe, mit einem Fördervolumen von insgesamt über 500 000 Euro im Laufe mehrerer Jahre. Auch Projekte in Oberschlesien werden von der Stiftung unterstützt, die nach Lage der Dinge vor allem den dort lebenden Deutschen zugutekommen. Hier beläuft sich das Volumen ausweislich der Angaben auf der Internetseite der Stiftung sogar auf insgesamt über 1,1 Millionen Euro.

K.B.

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, EDV:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg. **Verantwortlich für den Anzeigenteil:** Knut Bantow. Es gilt Preisliste Nr. 28.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1855**

Unklare These, klares Motiv

Verdienen Frauen wirklich 23 Prozent weniger für gleichwertige Arbeit? – Irreführendes aus Brüssel

In Deutschland verdienen Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer, behauptet EU-Sozialkommissar Vladimir Špidla. Mit diesem Alarmruf will die EU-Kommission erkennbar das Feld für neue Antidiskriminierungsvorschriften bereiten. Es gibt indessen starke Argumente, daß die von Brüssel verkündeten Zahlen garnicht stimmen.

„Deutschland gehört nach wie vor zu den Staaten mit der größten Ungleichheit der Bezahlung von Männern und Frauen", schreckte der für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit zuständige EU-Kommissar Vladimir Špidla vor wenigen Tagen die Deutschen auf. In Deutschland sei dieses Gefälle zuletzt sogar von 22 auf 23 Prozent gestiegen, aber selbst im EU-Durchschnitt liege es bei inakzeptablen 17,4 Prozent. Dabei, so der frühere tschechische Regierungschef, gehe es „nicht nur" um unterschiedliche Bezahlung für gleiche Arbeit, sondern auch darum, daß die Frauen in Deutschland mehr in Teilzeit und gering qualifizierten Jobs arbeiteten als in anderen Ländern.

Diese quasi-amtliche Aussage eines mächtigen EU-Kommissars wurde in der deutschen öffentlichen Diskussion so gut wie nirgends infrage gestellt, sondern vielfach sogar unkritisch zur Schlagzeile „Frauen werden benachteiligt" verkürzt. Allerdings werfen die Zahlen aus Brüssel eine Reihe von Fragen auf. So behauptet Špidla einmal, Frauen, die genauso qualifiziert seien und in denselben Jobs arbeiten wie Männer, erhielten weniger Geld als ihre männlichen Kollegen. Gleichzeitig erklärt der Kommissar, das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern liege daran, daß mehr Frauen teilzeit oder unterqualifiziert arbeiteten. Ja, was denn nun? Entweder sind die Verhältnise vergleichbar oder sie sind es nicht. Entgeltunterschiede bei unterschiedlicher Qualifikation sind - völlig unabhängig vom Geschlecht - unvermeidlich und durchaus nicht ungerecht.

Bemerkenswert ist, daß die EU-Kommission die aus ihrer Sicht erfreulich hohe deutsche Frauenerwerbstätigkeit argumentativ gegen Deutschland wendet. Aber klar ist: Wo insgesamt weniger Frauen arbeiten, verdienen diejenigen, die es dennoch tun, mehr. Gut für die Länder mit niedriger Frauenerwerbstätigkeit, schlecht für Deutschland. Auch hier fehlt der Argumentation die innere Logik, oder deutlicher gesagt: Die EU-Kommission argumentiert mit Taschenspielertricks.

Der Eindruck der Irreführung verstärkt sich noch angesichts der Tatsache, daß sich die EU-Kommission seit Jahren weigert, die Methoden offenzulegen, mit denen sie zu ihren Zahlen kommt. Das dürfte allerdings auch schwierig sein, denn gegen unterschiedliche Entgelte für wirklich gleichwertige Arbeit spricht zwingend das kleine Einmaleins der Ökonomie: Jeder Arbeitgeber - vom Freiberufler und Handwerksmeister bis zum Großkonzern - würde natürlich bevorzugt Frauen einstellen, wenn diese dieselbe Arbeit für 23 Prozent weniger Lohn und Gehalt erledigen würden. Stattdessen würden Männer entweder entlassen oder bei ihrem Ausscheiden nicht mehr ersetzt. Das hat nichts mit Gefühlen zu tun,

> Mit den Rechten der Frau hat das wenig zu tun

sondern mit dem Wetttbewerb, in dem jeder Arbeitgeber steht, und der ihn geradezu zwingt, solche Möglichkeiten - falls vorhanden - auszuschöpfen. Für Chauvinismus auf der einen oder unbegründete Nettigkeit zu Frauen auf der anderen Seite ist im harten Wettbewerb schlechterdings kein Raum.

Der beschriebene Mechanismus würde dann in sehr kurzer Zeit dazu führen, daß allfällige, duch die Produktivität nicht begründete Entgeltunterschiede innerhalb kurzer Zeit verschwänden. Die höhere Nachfrage nach weiblichen und die geringere Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften würde rasch den Ausgleich bewirken. Daß davon nichts zu bemerken ist belegt an sich schon hinreichend: Die beklagten Entgeltunterschiede gibt es in der von Špidla behaupteten Form garnicht.

Damit soll nicht gesagt werden, daß es in diesem Bereich keinerlei Handlungsbedarf gibt. Wenn beispielsweise viele Frauen familienbedingt nur teilzeitig arbeiten und dadurch nicht Aufgaben wahrnehmen können, für die sie ansich qualifiziert sind, dann kann hiergegen auch die Politik etwas tun - etwa indem sie die Wirtschaft dabei unterstützt, Familie und (vollzeitige) Berufstätigkeit von Frauen besser vereinbar zu machen. Doch selbst mit solchen Maßnahmen, die weit unterhalb dessen liegen, was die EU-Kommission offenbar im Sinne hat, wäre eine gewisse Zurückhaltung geboten. Zunächst müßte nämlich die Grundsatzfrage geklärt werden, ob wir die massenhafte Vollzeitbeschäftigung von Frauen überhaupt wollen, ja ob die Mehrheit der Frauen selbst diese will oder ob hier inzwischen ein gesellschaftlicher Druck zum Doppelverdienertum entstanden ist, der wenig mit echter Wahlfreiheit von Frauen und viel mit gesellschaftlichem Zwang zu tun hat.

Wer die Erklärungen und Aktivitäten der EU-Kommission auf diese Frage hin „abklopft", kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in Brüssel genau dieser gesellschaftliche Zwang nicht nur in Kauf genommen, sondern gewollt und angestrebt wird. Bei den unterschiedlichen familien- und gesellschaftspolitischen Konzepten, über die in Brüssel beraten wird, spielt nämlich das traditionelle Modell, bei dem Frauen zumindest zeitweise zugunsten der Erziehung ihrer Kinder auf Erwerbstätigkeit verzichten, so gut wie keine Rolle mehr - im Gegenteil: Die Minderwertigkeit dieser Situation wird regelmäßig einfach unterstellt und nur noch diskutiert, wie das angebliche „Problem" zu lösen sei.

Diese Prämisse scheint denn auch der eigentliche Grund für Špidlas Klage über die angeblich um 23 Prozent niedrigeren Entgelte der Frauen zu sein. In den Brüsseler Schubläden liegen schon die Instrumente bereit: Dort schlummert ein Wust an ideologisch motivierten Antidiskriminierungsvorschriften, die tief in die Zuständigkeiten der EU-Mitgliedsstaaten eingreifen, Wirtschaft und Bürger gängeln, dafür aber die Klagemöglichkeiten angeblich benachteiligter Menschen (und ihrer organisierten Interessenvertretungen) ins schier Unermeßliche steigern würden. Mit den Rechten und Interessen der Frauen hat es wenig zu tun.

Anton Heinrich



Mit Kampagnen wie dem „Girlsday" sollen junge Frauen für technische Berufe interessiert werden - meist gegen deren klare Neigung. Die so genannte „Antidiskriminierungspolitik" der EU-Kommission zielt in genau dieselbe Richtung. Bild: ddp

MELDUNGEN

„Beste Leute" als Hilfslehrer

Berlin – Bundesbildungsministerin Annette Schavan hat Unternehmen aufgefordert, ihre besten Mitarbeiter als Lehrer an Schulen zu schicken: „Ich fordere alle Unternehmen auf, ihre Top-Mitarbeiter für den Schulunterricht freizustellen." Ein Austausch würde „sinnvolle Impulse für die Schüler bringen". Als Beispiel nannte Schavan einen Ingenieur, der zwei Stunden wöchentlich Physik oder Mathematik unterrichten könnte. Beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) stößt dieser Vorschlag auf keine Gegenliebe, er gilt als finanziell und organisatorisch nicht realisierbar. Der Vorsitzende des Lehrer-Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Ludwig Eckinger bezeichnete Schawans Vorschlag schlichtweg einen „Faschingsscherz". *F.M.*

Arbeit und Kapital

Frankfurt am Main – Mit Zugeständnissen an die IG Metall versucht die hochverschuldete Schaeffler-Gruppe, sich Luft zu verschaffen. Nachdem sich sowohl die Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch Bundesarbeitsminister Olaf Scholz kritisch über eine Rettung der Schaeffler-Gruppe auf Kosten des Steuerzahlers äußerten, hat diese den Schulterschluß mit den Gewerkschaften gesucht. Der Familienkonzern hat eingewilligt, ein Modell zur Mitbestimmung einzuführen - auf ein entsprechendes Eckpunktepapier einigten sich Firmenvertreter mit IG Metall-Chef Berthold Huber. Prompt gab dieser die erhoffte Unterstützung bei der Bitte um Staatshilfen: „Die IG Metall und Schaeffler halten zur Überbrückung der aktuellen Krise ein Engagement der Länder und des Bundes für erforderlich", verkündete Huber den Schulterschluß von Arbeit und Kapital. *F.M.*

Russki-Deutsch (6):

Zar

Von Wolf Oschlies

Natürlich kann ein Opern-Hit wie Lortzings „Zar und Zimmermann" nur Russisches behandeln, genauer Peters des Großen „Große Gesandtschaft" von 1697/98. Der 15 Jahre zuvor zum „Zaren" gekrönte Herrscher nahm als einfacher Peter Michajlow daran teil, um zum Beispiel in Holland Schiffbau zu erlernen. Das von Meister Gerrit Claesz Pool signierte Gesellenzeugnis bescheinigt, daß „Pieter Miegaijlof unter meinen Augen in Schiffsarchitektur und Takelkunst völlig unterwiesen worden". Ungewöhnlich für den „Zaren und Selbstherrscher von ganz Rußland", wie der offizielle Herrschertitel seit dem frühen 15. Jahrhundert lautete. Aber ein russisches Eigengewächs ist der „Zar" nicht.

Sprachlich ist der russische „Zar" (wie der deutsche „Kaiser") ein Nachfahre des römischen Caesar. Lange vor den Russen haben andere Slawen den Titel geführt, etwa der Bulgare Simeon, der ihn 913 annahm, oder der Serbe Duschan, der sich am 16. April 1346 in Skopje zum „Zaren der Serben, Griechen, Bulgaren und Albaner" krönen ließ. Doch erst die Russen prägten das Image des Zaren als eines allmächtigen Herrschers, der nur Gott verantwortlich ist. Etwas davon schwingt noch in unserem Sprachgebrauch mit, wenn wir von „Pressezaren" oder ähnlichen Potentaten sprechen.

Zar Peter brachte eine Neuerung auf, als er sich ab 1722 „Imperator" nannte, und die daraus entstehende Sprachverwirrung hat 1770 der deutsche Geograf Anton Friedrich Büsching vermerkt: „Das Wort Zar wird in der russischen Bibel von einem König gebraucht. Die Dolmetscher zu Moscau haben das Wort Zar allezeit durch Kaiser übersetzt. Peter I. nahm den kaiserlichen Titel an, welcher nun von ganz Europa anerkannt wird".

In der Herrscherfamilie änderte sich nichts. Der Zar blieb der Zar, und eine Herrscherin wie (die geborene Deutsche) Katharina die Große war natürlich „Zariza". Einen Zarentochter war eine „Zarewna", ein Sohn der „Zarewitsch", alle Angehörigen der Zarenfamilie die „Großfürsten", denen andere nach Peters Adelstabelle folgten. Seit der Abdankung des Zaren Nikolaj II. 1917 gibt es den Titel nur noch in Tschaikowskis Festouvertüre „1812", die mit der alten Zarenhymne ausklingt: Boshe Carja chrani – Gott schütze den Zaren.

Wachstum mit C

Christlicher Führungskräftekongreß

Die Finanzkrise hat deutlich gezeigt, daß Wirtschaft und Politik ohne ein stabiles Wertesystem nicht funktionieren können. Wie die Herausforderungen der Zukunft gemeistert werden, darüber diskutieren rund 4000 christliche Führungskräfte aus der Wirtschaft und allen Bereichen des öffentlichen Lebens derzeit in Düsseldorf, um „mit Werten in Führung" zu gehen, wie es im Motto des Treffens heißt.

> 4000 Teilnehmer und ein Stand der *PAZ*

Was aber sind verläßliche und zukunftsfähige Werte? Derzeit spüren immer mehr Führungskräfte aus Wirtschaft, Kirche, Politik, Medien und Gesellschaft, dass sie mehr brauchen als betriebswirtschaftliches Wissen, politische Überzeugungen oder Managementkenntnisse. Neuere Studien zeigen, daß wirtschaftlicher Erfolg eng mit den ethischen Werten eines Unternehmens zusammenhängt. Das Entsetzen vieler Bürger angesichts von Boni-Zahlungen für Banker, deren Banken Staatshilfen in Milliardenhöhe annahmen mussten, zeigt hier die Spitze eines Eisberges. Der christliche Glaube soll sich auf diesem Kongreß als Schlüsselfaktor für eine nachhaltige, erfolgreiche und im besten Sinne menschliche Führungstätigkeit beweisen.

Der Kongreß, der von der evangelischen Nachrichtenagentur „idea" seit 1999 alle zwei Jahre veranstaltet wird, verzeichnet ein sprunghaftes Wachstum und hat in diesem Jahr viele und prominente katholische Redner eingeladen: der Kölner Kardinal-Erzbischof Joachim Meisner, Erzbischof Reinhard Marx und Abtprimas Notker Wolf. Bekannte Unternehmer wie Claus Hipp („Dafür stehe ich mit meinem Namen") oder Otto Kenzler, der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, werden Referate aus wirtschaftlicher Sicht halten. Der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens Jürgen Rüttgers spricht ebenso wie bekannte Medienleuten wie ARD-Korrespondent Markus Spieker oder ZDF-Mann Peter Hahne. In über 60 Seminaren vertiefen die Teilnehmer an dem dreitägigen Kongreß ihre Kenntnisse über Unternehmenskultur, interkulturelles Management oder christliche Führungsethik. Über 200 Aussteller, darunter die *Preußische Allgemeine Zeitung*, runden das Angebot ab.

Hinrich E. Bues

Gegen Kritiker

»Nachwehen« des Streits um die Piusbrüder

Der Streit um die weitere Entwicklung der katholischen Kirche geht weiter. In Reaktion auf die Aufhebung der Exkommunikation von vier Bischöfen der traditionalistischen Pius-Bruderschaft fordern etliche katholische Theologieprofessoren in einer Resolution mit Papst-kritischem Unterton die uneingeschränkte Anerkennung der Beschlüsse des Vatikanums II. Die Unterzeichner befürchten die „Rückkehr von Teilen der katholischen Kirche in eine antimodernistische Exklave". Zu den Unterstützern gehören die bekannten Kirchenkritiker Hans Küng oder Gotthold Hasenhüttel, denen bereits die Lehrerlaubnis entzogen wurde. Solche Unterschriftensammlungen gibt es nicht wenige in der katholischen Welt und meist bleiben sie folgenlos. Doch der als streitbar bekannte Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller geht rigide gegen drei Professoren seines Bistums vor, die das Papier unterzeichnet haben. Müller stört sich daran, daß die Unterzeichner in einer Zeit der vehementen Kirchenkritik zusätzlich Öl ins Feuer der Auseinandersetzung gießen. Nun sollen sie sich schriftlich beim Papst entschuldigen und bei ihm persönlich das Glaubensbekenntnis sowie einen Treueid ablegen. Genau das verweigern die Abgemahnten, sie sehen dafür keinen Anlaß.

> Macht Bischof Müller ernst?

Es ist nicht das erste Mal, daß Bischof Müller, der auch das literarische Gesamtwerk von Papst Benedikt XVI. herausgibt, einem derartigen Konflikt nicht aus dem Wege geht. Schon 2005 hatte er die innerkirchliche Mitbestimmung durch Diözesanräte und ähnliche Laienorganisationen beschnitten und sich damit durchgesetzt. Nach einem Gespräch mit der Leitung der theologischen Fakultät schien der Konflikt um die die drei relativ unbekannten Theologen nicht beigelegt. Die Frage ist nun, ob Bischof Müller die von ihm öffentlich erwogenen „weiteren Schritte" einleiten wird. Als Ortsbischof führt er die Lehraufsicht über die katholische Fakultät und kann Professoren die Lehrerlaubnis entziehen. Bischof Müller, der über sehr gute weltkirchliche Kontakte verfügt, hat sein Schreiben bereits an die Leiter der Glaubens- und Bildungskongregation im Vatikan geschickt. *H.E.B.*

MELDUNGEN

Moskau rüstet um

Moskau - Kleiner und professioneller soll die russische Armee werden. Wie das Verteidigungsministerium bekanntgab, soll die Personalstärke der Truppe von derzeit 1,26 bis 2016 auf eine Million verringert werden, wobei der Anteil der Längerdienenden kräftig steigen soll (die *PAZ* berichtete). Die derzeit 22000 Panzer will man bis 2020 auf 13000 reduzieren, Kampfflugzeuge von 4400 auf 3200, Interkontinentalraketen von 500 auf 350. Das eingesparte Geld will man zur Verbesserung von Besoldung, Bekleidung und Behausung der Soldaten verwenden. Auch will Moskau sein Feindbild reformieren: nicht mehr „gegen USA und den aggressiven NATO-Block“, da ein „möglicher Konflikt mit China“ realistischer scheint. *W.O.*

Trüber Kosovo-Jahrestag

Pristinia - Die Feiern zum ersten Jahrestag kosovarischer Unabhängigkeit verliefen eher lustlos. Erst 55 Länder haben das Kosovo anerkannt, viele auf US-Druck hin. Serbien klagt vor dem Internationalen Gerichtshof gegen die Unabhängigkeit seiner früheren Südprovinz, was Anerkennungen verhindert und in der Tschechischen Republik sogar eine Diskussion über die Widerrufung der Anerkennung zur Folge hatte. Kosovo ist seit langem ein Armenhaus Europas, das nun weiter verelendet: Die Inflation stieg auf 13 Prozent, die Arbeitslosigkeit liegt offiziell bei 45 Prozent, real aber noch weit höher. Laut Weltbank muß die Hälfte der Bevölkerung mit maximal 1,42 Euro pro Kopf und Tag auskommen. Stromsperren und Gewalt gegen Nicht-Albaner gehören zum Alltag. Die angestrebte Rückkehr mehrerer Zehntausend geflohenen und vertriebenen Serben hat noch nicht einmal begonnen. *W.O.*

Das Reich der Mitte in der Krise

China ist von der Krise objektiv weniger betroffen als die USA, dennoch sind die Folgen dramatisch

Nur noch um wenige Prozent dürfte die chinesische Wirtschaft in diesem Jahr wachsen. Was für den Rest der Welt immer noch ein Erfolg wäre, kann im bevölkerungsreichsten Land der Welt gravierende Erschütterungen auslösen. Die regierenden Kommunisten fürchten um die Legitimation ihrer Macht.

Nach einem 40prozentigen Exporteinbruch im Januar wurden nach dem chinesischen Neujahrsfest rund 20 Millionen Wanderarbeiter, das heißt 15 Prozent jener Riesenarmee von 130 Millionen, die heute die billigen Vorprodukte und Verbrauchsgüter der Weltwirtschaft herstellen, entlassen. Sie sitzen jetzt in ihren entlegenen Dörfern im Westen des Landes und leben wieder in Armut ohne sinnvolle Beschäftigung. In der Provinz Guangdong, in dessen Perlenflußdelta ein Drittel der chinesischen Exporte gefertigt werden, schlossen 2008 allein 62000 Betriebe und Zweigwerke, darunter die Hälfte der Schuhindustrie. Vor allem Kleinfirmen mit geringem Eigenkapital sind betroffen. Sie können im Verdrängungswettbewerb und Preiskampf um die rapide schrumpfenden Exportaufträge nicht mithalten. Falls die Exportkrise weiter anhält, dürften weitere fünf bis 25 Millionen Arbeitsplätze in diesem Jahr verschwinden. Trotz einiger örtlicher Krawalle haben die Betroffenen ihr Schicksal erstaunlich ruhig hingenommen. Die Ortsbehörden haben von der Partei strikte Anweisung erhalten, für die Auszahlung des letzten Monatsgehalts und des Entlassungsgeldes von einem weiteren Monatsgehalt zu sorgen. Meistens, wenn auch nicht immer, passiert das auch.

Die offizielle Arbeitslosenrate liegt in China noch bei 4,2 Prozent, dies entspricht neun Millionen Arbeitssuchenden. Es werden in jener Statistik jedoch nur die Städter gezählt, die keinerlei Einkommen haben. Die tatsächlichen Zahlen kennt niemand.

Die neuen großstädtischen Mittelschichten, 300 Millionen an der Zahl, die im vergangenen Jahrzehnt zu bescheidenem Wohlstand gekommen sind, fühlen sich von der Krise noch nicht betroffen. An den um 70 Prozent gefallenen Börsenkursen hat nur eine Minderheit verloren, und das Schicksal der in ihren Wohnheimen kasernierten Wanderarbeiter, deren Dialekte die meisten Großstädter nicht verstehen, betrifft sie nur am Rande. Die im Vorjahr noch bedrohliche Inflation ist dank der Krise auf ein Prozent gefallen. Die Öl- und Energiepreise sind gar rückläufig. Mit einer Sparquote von 25 Prozent haben die meisten genügend auf der hohen Kante, umgerechnet 2100 Milliarden Dollar sind es in Summe. Größere Konsumwünsche werden zunächst einmal nur aufgeschoben, doch auch das läßt nun die Nachfrage einbrechen. Noch wird die Krise von der Öffentlichkeit und den Staatsmedien nicht zu Unrecht den Amerikanern angelastet, deren schuldenfinanzierter öffentlicher und privater Konsumrausch die Chinesen, Japaner und Europäer vorfinanziert hatten.

Eine nervöse KP regiert mit Zuckerbrot und Peitsche

Mit der ungeliebten KP und ihren arroganten Funktionären können die meisten Großstädter leben, vorgesetzt, sie läßt sie ihren Wohlstand mehren und ungestört Geld verdienen. Doch hält die Partei ihr Wohlstandsversprechen nicht mehr ein, das ihre diktatorische und selbstsüchtige Herrschaft legitimiert, dann könnten die ihrer Zukunftsaussichten beraubten frustrierten Massen der Millionenmetropolen, im Gegensatz zu den unorganisierten Wanderarbeitern der Provinzen schnell unangenehm werden.

Das befürchtet zumindest die sichtlich nervös gewordene Partei. Sie operiert mit Zuckerbrot und Peitsche. Die Presse- und Internetzensur wurde deutlich verschärft. Die Armee, die als Parteiarmee hauptsächlich im Inneren eingesetzt wird, wurde zu bedingungslosem Gehorsam vergattert. Gleichzeitig hat die Regierung im November ein 450-Milliarden-Europrogramm aufgelegt, das dringende Infrastrukturprojekte, wie Eisenbahnlinien, Krankenhäuser, den sozialen Wohnungsbau und bessere Gesundheitsdienste finanzieren soll. Auf dem Land subventioniert die Regierung den Kauf billiger Elektrogeräte, die sonst auf Halde lägen. Das sollte das Wachstum retten, bis die Auslandskonjunktur, die mehr als die Hälfte des chinesischen Wachstums schafft, wieder anspringen würde. Doch die Auslandsnachfrage brach seither noch weiter ein.

War die chinesische Wirtschaft 2007 noch um 13 Prozent gewachsen, und 2008 noch um neun Prozent, so sieht die Weltbank im laufenden Jahr nur noch 7,5 Prozent voraus, viele andere Experten gar nur noch fünf bis sechs Prozent oder weniger. Obgleich es an den chinesischen Statistiken gewisse Zweifel gibt, wäre ein solches Ergebnis für alle anderen Volkswirtschaften der Welt immer noch sehr erfreulich. Für China hingegen wäre eine solche Abschwächung des Wachstums angesichts seiner Überkapazitäten, der maroden Industriekredite und seiner rapide wachsenden Arbeiterheere sowie von Millionen an Hochschulabsolventen, die keine Arbeit mehr finden, eine politische und soziale Katastrophe. Die KP braucht dringend ein Wachstum von mindestens acht Prozent. Statt wie in der Vergangenheit US-Schatzbriefe zu kaufen, wird deshalb in aller Eile ein neues, riesiges Konjunkturprogramm aufgelegt. Nebenbei kauft man sich noch billig in internationale Rohstoffkonzerne wie Rio Tinto ein und sichert sich durch Milliardenkredite sibirisches Öl und Gas von den ebenfalls krisengeplagten Russen.

Albrecht Rothacher



Der einstige chinesische Wettbewerbsvorteil „viele billige Arbeitskräfte“, birgt in wirtschaftlich schweren Zeiten das Potential sozialer Unruhen: Viele der chinesischen Wanderarbeite ist zur Zeit ohne Job. Bild: pa

Zwei Urgroßeltern reichen

Wie Warschau seinen Landsleuten im Osten hilft

Noch immer sind viele Polen mißtrauisch, wenn es um Minderheitenrechte für Deutsche jenseits von Oder und Neiße geht. Forderungen nach muttersprachlichen Schulen oder der Instandhaltung und historisch zutreffenden Beschriftung ostdeutscher Kulturzeugnisse treffen oft auf behauptete oder tatsächliche Ängste vor deutschen Forderungen nach Eigentumsrückgabe oder gar Grenzänderungen.

Viele derjenigen, die vor mehr Rechten für Deutsche in Oberschlesien oder Masuren warnen, gehören aber zu den entschiedensten Vorkämpfern von Volksgruppenrechten für die eigene Landsleute jenseits der Grenzen. Etwa für die mehreren Hunderttausend Polen in den ehemals zu Polen gehördenden Gebieten in Litauen, Weißrußland und der Ukraine und für die Nachkommen polnischer Deportationsopfer Stalins in Sibirien, Kasachstan und anderen Teilen der untergegangenen Sowjetunion. Neben Parteien wie der konservativen Recht und Gerechtigkeit (PiS) und der weit rechts stehenden Liga Polnischer Familien (LPR) sowie landsmannschaftlichen Vereinigungen fühlt sich auch der polnische Staat diesem Anliegen verpflichtet. So gibt es seit 2001 ein Gesetz über die Regelung der Staatsangehörigkeit zuzüglich eines ergänzenden Gesetzes über das Recht auf „Repatriierung“ und damit verbundene staatliche Eingliederungshilfen, die in mancher Hinsicht mit dem deutschen Bundesvertriebenengesetz vergleichbar sind.

Kürzlich kamen für diese Menschen mit der sogenannten „Polenkarte“ wichtige minderheitenpolitische Hilfen hinzu. Die im Herbst 2007 vom Sejm per Gesetz beschlossene, aber erst im letzten Jahr eingeführte ausweisartige Bestätigung der polnischen Volkszugehörigkeit ähnelt den vor ein paar Jahren von der nationalliberalen ungarischen Regierung Orbán eingeführten Sonderrechten für Auslandsmagyaren. Da die Anerkennung einer doppelten Staatsangehörigkeit für die insbesondere in und um Wilna, im nordwestlichen Weißrußland und im Raum Lemberg in größerer Zahl lebenden Polen nicht vorgesehen ist, stellt die Polenkarte eine Ersatzlösung dar. Dennoch hat sie weit mehr als nur symbolische Bedeutung, denn sie sichert ihren Inhabern etliche Vergünstigungen.

Weitgehende Hilfen für die Minderheiten

So dürfen die Besitzer einer Polenkarte in der Republik Polen jede Art von Beschäftigung aufnehmen, haben kostenlosen Zugang zu medizinischen Leistungen, Bildungseinrichtungen und Museen und bekommen ermäßigte Bahnfahrkarten. Auch Langzeitvisa bekommen sie günstiger. Voraussetzung für all diese Vorteile ist der Nachweis von Grundkenntnissen der polnischen Sprache und Kultur sowie die familiäre Abstammung von zumindest einem polnischen Eltern- und Großelternteil oder zwei Urgroßeltern. Sofern keine entsprechenden Staatsangehörigkeitsdokumente vorliegen, reicht auch die aktive Mitgliedschaft in einer polnischen Minderheitenorganisation aus.

Seit März 2008 kann die Polenkarte in den konsularischen Vertretungen Polens beantragt werden, und seitdem haben sich bis zum vergangenen November rund 13000 Personen erfolgreich beworben, davon gut die Hälfte aus der Ukraine. Obwohl diese Maßnahme Warschaus einige Mißbrauchsmöglichkeiten eröffnet und somit noch negative Schlagzeilen machen dürfte, handelt es sich doch um eine wichtige Wiedergutmachungsleistung für die zu Sowjetzeiten systematisch schikanierten Polen im Osten handelt. *Martin Schmidt*

Berlusconi auf Erfolgskurs

Oppositionsführer resigniert wenige Monate vor der Europawahl

Einst gehörte Sardinien zu den Hochburgen der italienischen Linken. Doch bei der Regionalwahl vor zwei Wochen erlitt die Demokratische Partei (PD) mit ihrem Spitzenkandidaten Renato Soru eine schwere Niederlage. Der prominente Unternehmer und scheidende Präsident der Insel kam auf nur 42 Prozent, während der eher farblose Kandidat von Silvio Berlusconis Mitte-Rechts-Koalition „Haus der Freiheit“ fast 52 Prozent erhielt. Dafür hatte Italiens Premier höchstpersönlich die Wahltrommel gerührt. Während sich die Finanzminister und Notenbankchefs der wichtigsten Industrienationen in Rom trafen, machte der Cavaliere lieber Wahlkampf in Sardinien – und das, obwohl Italien dieses Jahr den G7-Vorsitz hat. Gegen seine Versprechungen, die Infrastruktur der Insel kräftig auszubauen, hatte Soru, der eine weitere Zubetonierung der Küsten ablehnte, keine Chance.

Auch seine Partei konnte ihm nicht den Rücken stärken. Die Demokraten wurden in der Vergangenheit von Flügelkämpfen und Bestechungsskandalen schwer gebeutelt. Walter Veltroni, Parteichef und stärkster Kontrahent Berlusconis, zog die Konsequenz und trat zurück mit den Worten: „Ich bin ein Problem für die Partei geworden. Es ist besser, wenn ich gehe.“ Damit steht die PD wenige Monate vor der Europawahl ohne Führung da. Dabei galt der ehemalige Bürgermeister Roms lange Zeit als Hoffnungsträger, der die notorisch zerstrittene Linke einen sollte. Im Herbst 2007 hatten sich ehemalige Christdemokraten und sozialdemokratisch geläuterte Kommunisten unter seiner Führung zusammengerauft und eine Reformpartei nach US-Vorbild gegründet. Doch die Niederlage bei der vorgezogenen Parlamentswahl im Frühjahr 2008 gab Veltroni, der sich als italienischer Barack Obama stilisierte, einen Dämpfer. Er konnte die Wähler mit seinem diffus links-grün-progressiven Programm nicht überzeugen und bekam parteiinterne Rivalitäten nicht in den Griff. Dem Debakel auf Sardinien waren Wahlschlappen in den Abruzzen und Sizilien vorausgegangen.

Ein populärer Macchiavellist

Von der Schwäche der Linken profitiert neben der liberalen Oppositionskraft „Italien der Werte“ des früheren Starstaatsanwalts Antonio Di Pietro vor allem Berlusconis Regierungsbündnis. Selbst verbale Fettnäpfchen, Korruptionsanklagen und die Wirtschaftskrise tun der Popularität des macchiavellistischen Machtpolitikers keinen Abbruch. Die Kritik an Defiziten bei Polizei und Strafjustiz wiegelte der er ab und bemerkte zu einer Serie von Vergewaltigungen, man könne unmöglich „so viele Soldaten wie schöne italienische Mädchen“ einsetzen. Im Falle der kürzlich verstorbenen Eluana Englaro, die seit 17 Jahren im Wachkoma lag, meinte der Premier: „Eluana ist so lebendig, dass sie ein Kind austragen könnte.“ Seine Notverordnung, die künstliche Ernährung trotz des höchstrichterlichen Urteils aufrechtzuerhalten, rechtfertigte er mit Fehlern der Verfassung, die er für „sowjetisch geprägt“ hält und um deren Änderung er gegebenenfalls „das Volk bitten“ werde.

Nur gut, daß Berlusconi im letzten Jahr schon mal selbst Hand an die Verfassung gelegt und ein Gesetz verabschiedet hat, das die vier höchsten Politiker des Landes – einschließlich des Regierungschefs – während ihrer Amtszeit vor Strafverfolgung schützt. Berlusconis Ex-Anwalt David Mills fällt allerdings nicht unter diese Regelung. Er wurde jetzt wegen Falschaussage und Bestechung zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. *Sophia E. Gerber*

Scholz wirbt für Kurzarbeit

Bundesarbeitsminister: »Jetzt entscheidet sich, ob wir 2015 Facharbeitermangel haben oder nicht«

In der Krise drohen Massenentlassungen. Die will die Bundesregierung möglichst verhindern. Im Rahmen des Konjunkturpakets II hat sie daher die Kurzarbeit für Betriebe attraktiver gemacht.

Mit einem Bündel von Maßnahmen zur Ausweitung der Möglichkeit von Kurzarbeit stemmt sich die Bundesregierung gegen die steigende Arbeitslosigkeit. Diese Maßnahmen seien auch eine Lehre aus der jüngsten Vergangenheit, wie Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) auf einer Fachtagung in Hamburg betonte: Anfang des Jahrzehnts hätten Betriebe massenhaft Beschäftigte entlassen. Als die Konjunktur ab 2005 wieder angesprungen sei, hätten die Unternhemen dann über Fachkräftemangel geklagt.

Daher seien die Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Kurzarbeit auch nicht bloß Nothilfe für den Moment, so Scholz. „Jetzt entscheidet sich, ob wir 2015 Fachkräftemangel haben werden oder nicht“, zumal die demographische Entwicklung die Sitaution am Fachkräftemarkt ohnedies verschärfen werde. Die Zahl der Schulabgänger sei jetzt schon jedes Jahr geringer als die der neuen Ruheständler. Bislang sei dies in manchen Regionen noch ausgeglichen worden durch Zuwanderung aus anderen Gegenden, etwa aus den neuen Bundesländern. Aber dieser Strom versiege nun, da die Geburtenraten in den neuen Bundesländern seit dem Mauerfall vor fast 20 Jahren ebenfalls stark gefallen seien, was ab jetzt auf das Angebot junger Arbeitskräfte durchschlage.



Kurzarbeit statt Entlassung: In der Autoindustrie schon in vergangenen Krisen erprobt. Bild: Ullstein

Beschlußlage ist bereits seit 2008 die Ausweitung der maximalen Dauer von Kurzarbeit von bislang sechs auf 18 Monate. Auf die Frage, was er denn mache, wenn die Krise länger anhalte, antwortete der Minister: „Ich kann das Kurzarbeitergeld auch auf 24 Monate verlängern. Das geht innerhalb einer Woche.“ Dazu benötige er nicht einmal die Zustimmung des Budnestages, weil der Arbeitsminister diesen Schritt per Rechtsverordnung selbständig beschließen könne. Im laufenden Jahr rechnet Scholz mit etwa 250 000 Kurzrabeitern bundesweit.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II sei darüber hinaus eine ganze Reihe von Verbesserungen beschlossen worden, welche die Kurzarbeit als Alternative zu Entlassungen attraktiver machten, so Scholz. Zunächst einmal sei der bürokratische Aufwand für die Arbeitgeber, die Kurzarbeit anmelden wollten, „entrümpelt“ worden. Dadurch solle die Kurzarbeit insbesondere für kleinere und mittlere Betriebe interessanter werden, die laut Scholz noch viel zuwenig von dem Instrument Gebauch machen. „Es gibt den verbeiteten Eindruck, daß Kurzarbeit nur etwas für große Unternehmen sei, aber das ist falsch. Unser Angebot richtet sich auch an Klein- und Mittelbetriebe.“ Theoretisch könnte sogar ein Kleinunternehmer mit nur einem einzigen Angestellten eben diesen in Kurzarbeit schicken, so der Minister.

> Auch Klein- und Mittelbetriebe sind angesprochen

Wichtig ist es Scholz darauf hinzuweisen, daß ein Unternehmen keineswegs erst Leiharbeiter und befristet Angestellte entlassen müsse, bevor es die Stammbelegschaft in Kurzarbeit schicken dürfe. Ab einer Unterbeschäftigung von zehn Prozent könne Kurzarbeit für jeden einzelnen Beschäftigten beantragt werden, egal in welchem Vertragsverhältnis er mit dem Betrieb stehe.

Die zusätzlichen Sozialversichungsbeiträge übernehme zur Hälfte der Staat. Unter Umständen aber auch zu 100 Prozent, dann nämlich, wenn der Arbeitgeber die Kurzarbeit dazu nutzt, den Beschäftigten weiterzuqualifizieren, wofür es darüberhinaus noch Zuschüsse gebe: „Wir machen es möglich, Qualifizierung während der Kurzarbeit zu fördern“, so Scholz. So verstreiche die arbeitsfreie Zeit nicht nutzlos. Allerdings müsse es sich dabei um Qualifizierungsmaßnahmen handeln, die nicht sowieso schon geplant gewesen seien. Insgesamt, mit oder ohne Kurzarbeit, würden die staatlichen Mittel für Qualifizierung von Arbeitnehmern um zwei Milliarden Euro aufgestockt. Damit werde das Programm „Wegebau“ finanziert. Dieses richte sich gezielt an Ungelernte sowie ältere Fachkräfte, die seit vier oder mehr Jahren keine Weiterqualifizierung mehr absolviert hätten. Grundsätzlich werde ein Rechtsanspruch eingeführt auf einen Schulabschluß, und zwar lebenslang.

Auf mögliche Kritik an den Kosten für die neuen Maßnahmen reagierte der Bundesarbeitminister schon vorweg: „Ob wir uns das alles leisten können? Ja!“ Arbeitslosigkeit, späterer Fachkräftemangel und die Anstrengungen, die nötig wären, um Arbeitslose wieder in Arbeit zu bekommen, kämen die Allgemeinheit weitaus teurer als sämtliche neuen Instrumente zur Unterstützung von Kurzarbeit und Qualifizierung.

Stolz verwies der Sozialdemokrat auf die mit der Agendapolitik von SPD-Kanzler Gerhard Schröder eingeleiteten Reformen, die sich jetzt erst recht auszahlten: „Wir können froh sein, daß wir 2003 mit den Reformen begonnen haben, sonst stünden wir heute ziemlich hilflos vor der Krise.“

Welche Wirkung das insgesamt 50 Milliarden Euro umfassende Konjunkturpaket II entfalten werde, wollte der Minister nicht beziffern. „Das wichtigtse ist, daß jetzt nicht alle nur aufeinander warten.“ Diese rezessionstypische Wartehaltung wolle die Bundesregierung durchbrechen, so der Bundesarbeitsminister. Mit dem Vorwurf, es handele sich bei dem Paket um ein „Sammelsurium“ von Kleinmaßnahmen, denen Ziel und Wucht fehlten, könne er nichts anfangen. In ihrer Summe seien die Kojunturpakete I und II mit ihrem Gesamtvolumen von 85 Milliarden Euro durchaus geeignet, dazu beizutragen, „daß es wieder losgeht“, gab sich Scholz in Hamburg optimistisch.

Hans Heckel

MELDUNGEN

Globale Pleitewelle

New York – Allein in den ersten Wochen des Jahres 2009 bis zum 17. Februar gingen mehr Firmen, die von der Rating-Agentur Standard & Poor's eingestuft werden, pleite, als in den Gesamtjahren 2006 und 2007. Zu drei Vierteln handelt es sich dabei um US-Unternehmen. Die New Yorker Agentur geht davon aus, daß die Insolvenzen weitergehen: Firmen mit einem Gesamtschuldenstand von 485,7 Milliarden US-Dollar drohe eine Herabstufung ihrer Bonität in diesem Jahr. Eine solche Herabstufung hat zur Folge, daß die Unternehmen höhere Zinsen für Kredite zahlen müssen („Risikoaufschlag“), was eine Insolvenz näherrücken läßt. *H.H.*

Almunia über Polen verärgert

Warschau – Der Präsident der polnischen Notenbank, Slawomir Skrzypek, hat den Zeitplan seines Landes für den Beitritt zum Euro öffentlich infrage gestellt. Für einen Beitritt schon im Jahre 2012 sei Polen nicht reif, so Skrzypek. Damit fiel er Ministerpräsident Donald Tusk in den Rücken. Tusk hatte die polnischen Medien verbreiten lassen, daß er bereits Verhandlungen über die Aufnahme seines Landes in den „Wechselkursmechanismus 2“ (WKM2) aufgenommen habe, die als Vorstufe für den Euro-Beitritt gilt. Innerhalb des WKM2 dürfen Währungen nur noch um maximal 15 Prozent gegenüber dem Euro schwanken. Daß Tusk den Verhandlungbeginn öffentlich gemacht hat, sorgte für Verstimmung. Normalerweise geschieht dies mit Rücksicht auf die Devisenmärkte diskret. EU-Währungskommissar Joaquín Almunia gab sich verärgert und warnte mit Hinblick auf Polen davor, den Euro durch Aufnahme instabiler Staaten zu schwächen. Der Zloty hat seit August 2008 gegenüber dem Euro fast ein Drittel seines Werts verloren. *H.H.*

Schatten über dem Opernball

Die Finanzkrise in Osteuropa wird bedrohlich für Österreich – Banken stark exponiert

Der Opernball war glanzvoll wie immer, Karten und Logen waren ausverkauft, und beim Sekt wurde nicht gespart. Dennoch war manches anders: Trinkgelder, heißt es, seien viel spärlicher geflossen – ein untrügliches Krisenzeichen. Und während draußen hunderte Polizisten vergeblich auf Demonstranten warteten, mangelte es drinnen an in- und ausländischer Prominenz aus Industrie und Finanz. Denn wer vielleicht morgen schon um Steuermilliarden anklopfen muß, will nicht unbedingt beim Opernball gefilmt werden. Selbst der Chef der „Erste Bank“, der zweitgrößten des Landes, zog es vor, nicht in Erscheinung zu treten – obwohl seine Gattin sogar die organisatorische Leitung des Opernballs innehatte.

Was sich 2007 in Übersee auf dem Hypotheken-Sektor angebahnt hatte, war von den meisten Österreichern lange Zeit recht distanziert beobachtet worden. Doch die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf die reale Wirtschaft werden auch in Österreich immer deutlicher. Besonders beunruhigt ist man über die Krise in der KfZ-Branche, vor allem der deutschen, denn österreichische Zuliefer- und Assemblier-Betriebe sind mit 65000 Beschäftigten ein bedeutender Wirtschaftssektor, und zum Teil gibt es da bereits Kurzarbeit. Daß sich auch die österreichische Regierung auf das ökonomisch wie ökologisch fragwürdige Rezept einer „Verschrottungsprämie“ festlegte, ist aber ein besonderer Schildbürgerstreich, denn das kommt de facto einer Subvention für Importeure und ausländische Erzeuger gleich.

Während der Konsum bisher nur mäßig zurükkging, was nicht zuletzt mit großzügigen Lohnabschlüssen und Pensionserhöhungen zusammenhängt, ist bei Investitionen große Zurückhaltung zu verzeichnen, weil die Unternehmen selbst, aber auch die Banken als Kreditgeber vorsichtiger werden. Als größter "Nicht-Investor“ erweist sich dabei die Vöest Linz, die wegen der im Inland geradezu prohibitiven "Umwelt“-Auflagen die Errichtung eines Stahlkomplexes am Schwarzen Meer geplant hatte - und die nun auch dieses Ersatz-Projekt auf Eis legt.

> Vergeblich warb der Finanzminister für Osteuropa-Hilfen

Das führt direkt zur Achillesferse Österreichs, dem Kredit-Risiko in den „Reformländern“: Die Investitionen in diesen von Wirtschaftskrise und Währungsverfall besonders stark betroffenen Staaten übersteigen mit rund 300 Milliarden Euro das jährliche Bruttoinlandsprodukt Österreichs, und nicht weniger als 230 Milliarden der insgesamt 1,3 Billionen Euro Schulden dieser Länder entfallen auf österreichische Banken! Das ist den Rating-Agenturen nicht entgangen – und folglich auch nicht der Bundesregierung, die im Vorjahr für die Bankeinlagen unbeschränkte Garantien abgegeben hat und die jetzt eifrig, aber wenig professionell die EU zu einem besonderen Osteuropa-Hilfspaket überreden will.

Doch beim deutschen Amtskollegen Peer Steinbrück hat sich Finanzminister und Vizekanzler Josef Pröll (ÖVP) bereits eine Abfuhr geholt, der tschechische Vizepremier Alexander Vondra sieht namens des EU-Vorsitzlandes „keinen Grund für außerordentliche Maßnahmen“, und Wirtschaftskommissar Joaquín Almunia „teilt“ zwar die Sorgen der Österreicher, „gerade was die Privatbanken betrifft“, hat aber eher die Misere daheim in Spanien vor Augen. Es war wohl von der Optik her keine gute Idee, daß Pröll für seine Blitzreisen zwischen Agram (kroatisch: Zagreb) und Kiew just einen Privat-Jet von Raiffeisen benützte.

Die Bankaktien sind jedenfalls im Keller und dies, obwohl Raiffeisen International für 2008 einen Rekordgewinn bekanntgab. Auch daran zeigt sich, daß die Rating-Agenturen, die jahrelang in fahrlässiger bis krimineller Weise die Bonität von Unternehmen und Staaten stark überbewertet und damit dem Zusammenbruch Vorschub geleistet hatten, nun ins andere Extrem verfallen sind und lieber viel zu schlechte Noten vergeben: So wurde der Risikoaufschlag, der für österreichische Staatsanleihen verglichen mit deutschen im Februar 2008 noch 0,1 Prozent betragen hatte, nunmehr auf 1,33 Prozent erhöht. Damit stufen die Agenturen die Republik Österreich jetzt schlechter ein als etwa Spanien.

Richard G. Kerschhofer

Schaurige Prognose

»Crash-Spezialist«: Währungsreform 2014

Die Zukunnftsaussichten trüben nach Einschätzung namhafter Experten weiter ein. Der Leiter des Hamburger Weltwirtschafts-Instituts HWWI, Thomas Straubhaar, sagt voraus, daß die derzeit geringe Preisinflation schon in wenigen Monaten in eine heftige Preissteigerung übergehen werde. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, sieht rabenscharz für die Konkunktur: Nur wenn es ab dem Sommer einen „richtigen Aufschwung“ gebe, schrumpfe die deutsche Wirtschaft 2009 „nur“ um fünf Prozent. Sonst komme es noch schlimmer, so Walter zur „Bild“-Zeitung.

> Unabhängigkeit der EZB als Bollwerk

Mit der wohl erschreckendsten Prognose gerade für deutsche Ohren wartete letzte Woche der Finanzexperte Roland Leuschel auf. Im Gespräche mit der „Welt“ sagte er eine Währungsreform für das Jahr 2014 voraus. Leuschel hatte den Börsenkrach von 1987 prophezeit und gilt seitdem als Crash-Spezialist. Anfang 2008 prognostizierte er überdies die Halbierung des Deutschen Aktienindex Dax von 8000 auf 4000 Punkte binnen Jahresfrist, was exakt eingetreten ist.

Andere Sachverständige schließen eine mögliche Währungsreform für den Euro-Raum als Folge politisch gewollter Geldmengenaufblähung aus, da die Europäische Zentralbank (EZB) von den Regierungen unabhängig agiere. In den USA und Großbritannien dagegen sind die Notenbanken dabei, auf Wunsch ihrer Regierungen massenhaft Geld zu schöpfen, was die Stabilität von Dollar und Pfund schon sehr bald unterminieren könnte.

Aber bleibt die EZB so unabhängig? In einer sich zuspitzenden Krise weichen scheinbar feste Regeln manchmal auf, wie ein aktuelles Beispiel belegt: Noch im Januar hatte es Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) kategorisch abgelehnt, daß sich Deutschland an der Finanzierung der Schulden anderer, von der Pleite bedrohter Euro-Staaten beteilige. Nach dem jüngsten Treffen der EU-Finanzminister machte er eine Kehrtwende: Man müsse da wohl „behilflich sein“, so der Minister jetzt. *H.H.*

Kriegsmuseum

Von Konrad Badenheuer

Nichts spricht gegen ein Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig. Wenn die Konzeption auch noch versöhnlich-übernational ist, und das Vorhaben in deutsch-polnischer Kooperation verwirklicht wird - umso besser.

Genau mit diesem Anspruch kommt das von Polens Premier Donald Tusk vorgeschlagene Projekt auch daher, und es war absehbar, daß Deutschlands politische Klasse darauf fliegen würde. Der Umstand, daß Tusk mit diesem Vorschlag das „sichtbare Zeichen“ in Berlin zum Gedenken an die Vertreibung verhindern wollte, hätte allerdings zu Vorsicht mahnen sollen. Und was nun an konzeptionellen Vorarbeiten bekannt wurde, macht erst recht skeptisch. Es ist leider damit zu rechnen, daß im Jahre 2014 in Danzig ein Museum eingeweiht wird, das durch große Weglassungen und kleine Unwahrheiten ein insgesamt falsches Bild über Vorgeschichte, Verlauf und Folgen des Zweiten Weltkriegs zeichnen wird. Nationalismus auf leisen Sohlen - bestenfalls. Schlimmstenfalls darf der deutsche Steuerzahler die Verbreitung handfester Manipulationen mitfinanzieren, wobei gerade dieses Engagement den Fälschungen sogar noch den Anstrich der Objektivität geben würde.

Das Schreckwort ist gefallen

Von Hans Heckel

Erstmals also fiel jenes Wort, das wie kein anderes aus dem Feld der Wirtschaft den Deutschen in die Glieder fährt: Währungsrefom (siehe Seite 7). Und das auch noch mit einer konkreten Jahreszahl versehen, 2014.

Wir wissen nicht, wie „Crash-Prophet“ Roland Leuschel zu seiner Berechnung kam, daß die Münze der Deutschen in genau fünf Jahren zum dritten Mal in einem Jahrhundert zusammenbrechen werde – und hoffen daher, daß ihm da eine Null zuviel oder zuwenig durchgerutscht ist. Unstreitig unter den Experten ist mittlerweile jedoch, daß sich im Gefüge der Weltwährungen ein großes und unheilvolles Inflationspotential zusammengebraut hat. Die Notenbanken Großbritanniens und der USA kaufen bereits Staatsanleihen ihrer Regierungen auf, die offenbar am freien Kapitalmarkt nicht mehr gut unterzubringen sind. Das ist nichts anders als Gelddrucken, für das keine Deckung durch ein entsprechendes Güterangebot gibt.

Aber steht die Sorge vor Inflation nicht im krassen Kontrast zu den derzeit stagnierenden, ja rückläufigen Preisen? Die Kurse für Öl und andere Rohstoffe, die noch im vergangenen Jahr an der Spitze der Preistreiber standen, sind dramatisch eingebrochen. Die Nachfrage der Verbraucher stagniert oder geht, wie in den USA und England, sogar drastisch zurück, was ebenfalls auf die Preise drückt. Doch Experten halten dies für ein vorübergehendes Phänomen. Auseinander gehen die Meinungen nur darüber, wann genau die Preisspirale wieder nach oben dreht. Manche sagen, das geschehe erst, wenn die Wirtschaft wieder Tritt faßt, weil sich dann erst die gewaltigen Geldmengen, die die Notenbanken derzeit in die Märkte pressen, in Bewegung setzen würden. HWWI-Chef Thomas Straubhaar widerspricht: Schon in wenigen Monaten, also noch mitten in der Krise, werde es losgehen.

Finger weg von britischen und US-Staatsanleihen

Als Vorzug erweist sich nun, daß die Europäische Zentralbank (EZB), besonders auf deutschen Druck hin, Unabhängigkeit genießt. Aber der politische Druck auf Frankfurt wird steigen. Einem Dammbruch käme es gleich, wenn es in die Enge getriebenen Regierungen der Eurozone gelänge, die EZB ebenfalls zum Ankauf von Staatsanleihen zu nötigen, wie es die US-Fed und die Bank von England bereits tun.

Dann könnte es plötzlich schnell gehen. Wenn die Menschen das Vertrauen in den Wert des so großzügig gedruckten Geldes zu verlieren beginnen und deswegen Sachwerte kaufen, kommt es rasch zu genau dem Geldwertverfall, der bislang ausgeblieben ist, obwohl die monetären Voraussetzungen längst vorliegen. Den jüngsten Goldpreisanstieg deuten viele als ersten Vorboten einer solchen Flucht in Sachwerte. Vor dem Kauf britischer oder US-Staatsanleihen wird in einschlägigen Kreisen übrigens bereits gewarnt.

Multikulti lebt

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Multikulti ist tot – es lebe das Multikulturelle! Klingt paradox, ist es aber nicht. Paradox ist lediglich, was uns von ideologiebewegten Schwärmern, Weltverbesserern und Gesellschaftsveränderern als angeblich multikulturell vorgegaukelt wird.

Da wurde ein Begriff so lange umgedeutet, bis er sich als Rechtfertigung für jede nur denkbare gesellschaftspolitische Abartigkeit herhalten ließ. Von der Diktatur kleiner, aber radikaler Minderheiten über die meist schweigende Mehrheit bis hin zur ungehemmten Zuwanderung in unsere überforderten Sozialsysteme oder die Herausbildung quasi rechtsfreier Parallelgesellschaften – im politisch korrekten Gutmenschenvokabular wurde alles zu „Multikulti“ geschönt. Immer mit dem Unterton: Wer nicht mitmacht, ist engstirnig, reaktionär, nationalistisch oder schlimmeres.

Höchste Zeit also, dieser systematisch betriebenen Begriffsverwirrung entgegenzutreten! Im ursprünglichen Sinne sollte „multikulturell“ eigentlich etwas mit Kultur zu tun haben. Was aber bei vielen Fehlentwicklungen, die sich heute mit diesem Etikett zieren, eindeutig nicht der Fall ist.

Hingegen war die abendländische Kultur, wie sie sich aus ihren jüdisch-christlichen und griechisch-römischen Wurzeln entwickelt hat, in diesem ursprünglichen Sinne multikulturell. Das Gesicht der europäischen Kultur ist geprägt von Vielfalt, nicht von Gleichmacherei. Davon zeugen auch die rund 300 nationalen Minderheiten in Europa. Sie zu schützen, zu pflegen und zu fördern ist eine zutiefst konservative Aufgabe. Auf die Segnungen pseudo-multikultureller Ideologien und Utopien hingegen können wir gern verzichten.



Das böse Wort „Inflation“ geistert durch die Gazetten, und viele Experten streiten schon nicht mehr darüber, ob die Preise anziehen, sondern wann und in welchem Ausmaß. Nach Lage der Dinge sind übrigens Dollar und Pfund weit stärker gefährdet sind als der Euro. Bild: Ullstein

Moment mal!



Schluß mit lustig!

Von Klaus Rainer Röhl

Die Karnevalszeit teilt Deutschland in zwei Hälften. In eine, die auf den Straßen und Kneipen trinkt, singt und oft untergehakt herumhampelt, und in eine andere Hälfte, die ziemlich verständnislos am Fernsehschirm dabei zusieht. Ausweichen ist kaum möglich, denn die Übertragungen über die singenden und grellbemalten „Jecken“ machen sich auf allen Kanälen breit. Fragt sich, was ist eigentlich „jeck“ und was macht die Jecken so jeck? Schnaps, das war sein letztes Wort, dann trugen ihn die Englein fort. Das ist aber nur ein Teil der Erklärung. Die andere Hälfte ist eine gewisse erotische Freizügigkeit, aus vorchristlicher Zeit als frühlingshaftes Paarungs-Fest überliefert (Saturnalien), die von der Kirche später auf die Zeit vor dem großen Fasten verlegt und so zeitlich begrenzt wurde. Du darfst! Aber nur kurz. Auch die Saturnalien und anderen Feste, bei denen es zu einer massenhaften Begegnung junger Männer und Frauen kommen sollte, benutzten Rauschmittel aller Art als Beschleuniger, Dionysos brachte dann den Wein. Auch die zeitlich begrenzte, wohl aus noch früheren Zeiten stammende Frauen-Freiheit für einen Tag ist seit der Antike belegt (siehe „Lysistrata“ von Aristophanes) und führte im 19. Jahrhundert, als man die alten Volksfeste mit parodistisch verwendeter preußischer Marschmusik, Orden- und Uniformen-Pracht wiederbelebte, zur Erfindung der „Weiberfastnacht“, der Umkehrung aller Männergewalt für einen Tag. Alice Schwarzer auf Zeit. Tatsächlich aber wachsen in Köln, Düsseldorf und Mainz immer wieder neue „lecker Mädscher“ heran, die sich massenhaft und gezielt in glaubhaft gute Laune hineinsteigern.

Was die bunten und dröhnenden Fernseh-Sendungen nicht zeigen, sind die Ausbrüche der Gewalt, die jedes Jahr zunehmen. Ausbrüche von Gewalt, besonders bei Jugendlichen, viermal so viele Fälle in Düsseldorf und Köln – und auch in Karlsruhe – wie im vorigen Jahr, wo sie schon einen Höhepunkt erreicht hatten. Massiver Alkohol-Konsum von 12jährigen, bei denen Schnaps nun wirklich ihr letztes Wort ist. „Koma-Saufen“. Keine Todesfälle bisher, aber viele Kinder, die nur durch massive ärztliche Hilfe gerettet werden konnten. Da titelte sogar die ARD in ihren Abendnachrichten „Schluß mit lustig!“ Nicht nur im Fasching hoffentlich.

Koma-Saufen als dunkle Kehrseite des Karnevals

Die Gewalt an unseren Schulen ist in den letzten zwei Jahrzehnten um ein Vielfaches gestiegen und steigt in jedem Monat weiter. Gewalt gegen Schwächere ohne Gnade. Gefilmt mit dem Handy. Erpressung, Körperverletzung, Bedrohung, auch gegen die Lehrer. Was ist passiert mit unseren Kindern und Enkelkindern in den letzten drei Jahrzehnten? Was für eine Generation ist da in unseren Elternhäusern und Schulen herangewachsen? Sind die Eltern schuld? Oder die Gesellschaft? Oder vielleicht doch die Video-Spiele, die sie täglich konsumieren? Wo ist die Grenze? Gewalt ohne Grenze?

Auch wir haben vielleicht mal in der Schule mit Kreide geworfen oder den Stuhl bekleckert, auf den der Lehrer sich dann gesetzt und seine Hose verschmiert hat. Haben Karikaturen an die Tafel gemalt und den Lehrer veräppelt. Aber uns wurden auch mal Grenzen gesetzt. Seit 1968 aber ist es an Deutschlands Schulen verpönt, Grenzen zu setzen. Ebenso verpönt wie es ist, Gedichte zu lernen, Geschichtsdaten zu kennen und den Mund zu halten, wenn ein anderer redet. Wissen Sie, was das bedeutet, alles zu dürfen, und nirgends ist jemand, der sagt: „Jetzt ist Schluß!“?

Wie war es noch 1967/68? Man stellte alles in Frage, fragte nach jeder Anordnung „Muß das sein?“ Oder einfach: „Ich hab kein Bock!“ Antiautorität nannte sich die Bewegung. Sie war wahrhaftig keine Revolution der Ausgebeuteten und Entrechteten. Es war ein Aufstand, den weder soziale Not noch krasses Elend hervorgerufen hatte, sondern die in einer Epoche des höchsten Wohlstands entstanden war, den eine deutsche Gesellschaft bis dahin je erreicht hatte. So bemühte man sich, Defizite auf einem anderen als dem sozialen Gebiet aufzudecken. Alle würden, so hieß es, unterdrückt. Bald wurden die Anstrengungen, die Menschen von allen Zwängen zu befreien, flankiert von Versuchen, den „Neuen Menschen“ sozusagen heranzuzüchten. Die noch immer in allen Regionen der Bundesrepublik vorgenommene, verantwortungslose (nämlich keiner Institution verantwortliche) Kinderladen-Erziehung. Dort wurden schon ab 1968 Experimente an eigenen und fremden Kindern gemacht, die im Kern einer antihumanen Tradition zuzuordnen sind.

Dem Herumfummeln am Sozialisationsprozeß stand ein ebenso verheerendes Herumfummeln am Gewaltprivileg, ja ein Herumfummeln an Wertvorstellungen allgemein zur Seite. Entscheidende Defekte wurden damals eingeleitet: die totale Sehstörung bei der Beurteilung linken und rechten politischen Terrors – bis hin zum vorbereiteten und ausgeführten politischen Mord; die ins Ermessen des einzelnen gestellte willkürliche Interpretation des Gewaltprivilegs; der leichtfertigantihumane Umgang mit der Unversehrtheit des Körpers anderer (einschließlich der Beliebigkeit der Diskussion über das ungeborene Leben). Hier wurde nicht nur eine „Umwertung aller Werte“ angestrebt, sondern eine Abwertung aller Wertvorstellungen betrieben.

Wachsende Jugendgewalt ist eine Spätfolge der 68er Revolte

Ein 1968 geborener Jugendpsychiater aus Bonn, selber von 68er Eltern erzogen, schlug im letzten Jahr Alarm. Michael Winterhoff. Sein Buch „Warum unsere Kinder Tyrannen werden“ steht seit einem halben Jahr auf den Bestsellerlisten, der „Focus“ brachte an diesem Montag eine Titelgeschichte über ihn. Experten fordern Eltern zum Umdenken auf.

Die müde gewordenen Alt-68er denken bereits über einen Gegenschlag nach. Der Erziehungswissenschaftler und „Familientherapeut“ Wolfgang Bergmann aus Hannover hat eine Art Gegenbuch zu Winterhoffs Polemik gegen die kleinen Tyrannen unter dem Titel „Warum unsere Kinder ein Glück sind“ geschrieben, das soeben in der „Süddeutschen Zeitung“, dem heimlichen Zentralorgan aller 68er-Nostalgiker, angekündigt wird. Bergmann muß wissen, wovon er spricht: Er gründete in den siebziger Jahren den dritten „antiautoritären Kinderladen“ in Dortmund. Damals wollten sie, sagt er nun, mit den „deutsch-nationalen“ Traditionen brechen. Der ganzseitige Artikel in der „Süddeutschen“ wird mit ein großen bunten Grafik aus den Zwanzigern illustriert, die eine deutsche Hausfrau zeigt, deren Kinder stramm im Bett stehen und bei offenem Fenster Freiübungen machen müssen. Die Uhr zeigt auf sieben. Dressur, Zwang, Disziplin. Der antiautoritäre Familientherapeut beklagt, daß heute in jeder pädagogischen Buchhandlung reihenweise Bücher stünden, die Ordnung und Disziplin fordern, und zwar, weil wir unsere Rituale nicht aufgeben wollen und auch nicht unseren „deutsch-nationalen Charakter“. Die Argumente des Tyrannen-Bekämpfers Winterhoff, daß seit den Neunziger Jahren viele Menschen sich nur noch um sich selber drehen und dabei 30 Prozent aller Kinder verhaltensauffällig wurden, „Kneipengewäsch“, Stammtisch.

Die Bücher in den pädagogischen Buchläden, die unseren Therapeuten ärgern, werden weiter verkauft. Der Trend zu mehr Erziehung und Gemeinschaftssinn ist da. Die abgestandene 68er Besserwisserei und die gescheiterte antiautoritäre Kindererziehung auch. Und der vage Faschismusvorwurf für alle Gegner.

Lesen Sie von Klaus Rainer Röhl auch „Kinder brauchen Mütter, keine Krippen“, in dem Buch „Du bist Deutschland“, München 2007.

Durchs Schlüsselloch geschaut

Hamburger Kunsthalle zeigt Bronzeplastiken von Edgar Degas – Zu Lebzeiten Publikum geschockt

Zeitlebens schuf der französische Impressionist Edgar Degas (1834–1917) neben seinen bekannten Pastellen und Gemälden auch zahlreiche Plastiken, die er jedoch der breiten Öffentlichkeit vorenthielt. Nun sind sie in der Hamburger Kunsthalle erstmals in Deutschland zu sehen.

Erst kurz nach dem Tod des Künstlers konnten die Tänzerinnen, Badenden und Rennpferde, die er aus Wachs modelliert hatte, gesichert und 1919 in Bronze gegossen werden. Die Ausstellung „Intimität und Pose“ zeigt den kompletten Bestand der 73 Originalabgüsse, allesamt Leihgaben des Museu de Arte de São Paulo Assis Chateaubriand in Brasilien.

Faszinierend ist allein schon die Präsentation der Plastiken. Auf einem s-förmigen Podest, das an einen Laufsteg erinnert, sind 28 etwa 20 Zentimeter große Bronzen aufgebaut. Durch den

Bronzen scheinen jede Bodenhaftung verloren zu haben

erhöhten Blick vom Eingangsbereich gewinnt man einen unvergleichlichen ersten Eindruck: die Truppe der kleinen Tänzerinnen scheint nur noch auf Musik zu warten, um dann elfengleich zu entschweben. Sie scheinen jede Bodenhaftung verloren zu haben, während sie die schwierigsten Schritte trainieren. Ein größeres Exemplar schließlich wurde auf eine Drehscheibe gestellt und so beleuchtet, daß der Schatten an der weißen Wand kunstvolle Tänze vollführt. Eine Idee, auf die schon Degas kam und die in Hamburg dankenswerterweise aufgegriffen wurde.

In Vitrinen schließlich stehen die großen Plastiken, darunter auch die unterlebensgroße „Tänzerin von 14 Jahren“. Als einzige seiner Plastiken hatte Degas sie 1881 im sechsten Impressionisten-Salon in Paris ausgestellt. Das Publikum war empört. Zu realistisch war die Tänzerin dargestellt, zumal Degas das Wachsmodell mit einer Perücke aus Pferdehaar, in dem eine Schleife prangte, mit echtem Mieder, Tutu und Ballettschuhen ausstaffiert hatte. In Hamburg schmückt nur eine Andeutung von Tüllröckchen die Bronze.

„Einfach schrecklich“, urteilte damals die Kritik, und sprach von der „Häßlichkeit“ der Kleinen. Sittenstrenge Kritiker wollten gar „frühreife Verderbnis“ erkannt haben und „die furchtbare Verheißung eines jeden Lasters“. Degas selbst hatte diese Urteile (ungewollt) provoziert, hatte er doch neben die Tänzerin von ihm gezeichnete „Verbrecher-Physiognomien“ mit fliehender niedriger Stirn gehängt. Gewiß, schön ist die kleine Tänzerin nicht, eher selbstbewußt und entschlossen, ganz in ihre Kunst vertieft. Heute sieht man den modernen Ausdruck der Plastik und meint in der Haltung der Tänzerin einen gewissen Trotz herauszuspüren, ein „Jetzt erst recht“. Edgar Degas aber hatte seitdem seine Wachsmodelle nicht mehr öffentlich ausgestellt.



Edgar Degas: Kleine Tänzerin von 14 Jahren (Bronze, um 1878–1881; im Besitz des Museu de Arte de Sao Paulo Bild: Fernando Maquieira

Für seine Arbeit als Maler und Zeichner brauchte er jedoch die Modelle, zumal seine Sehkraft seit dem 30. Lebensjahr kontinuierlich abnahm. An den Wachsmodellen studierte er die Bewegungsabläufe, die er dann in seinen Gemälden oder Pastellen so meisterhaft festhielt. Und so sind selbst an den Bronzen Gebrauchsspuren zu sehen wie etwa Fingerabdrücke des Malers oder herausgebrochene Stücke. An der einen oder anderen Plastik kommt sogar das Drahtgestell wieder zutage, das dem Wachs den nötigen Halt gab.

Das alles aber lenkt nicht ab von Degas' meisterhafter Kunst, den weiblichen Körper aus einer einzigartigen Perspektive darzustellen. So richtete er seinen Blick nicht auf die inszenierte Pose, sondern auf die Körperhaltungen und Bewegungen im unbeobachteten Moment. „Bislang ist der Akt immer in Posen dargestellt worden, die ein Publikum voraussetzen, aber diese Frauen sind ehrbare, einfache Menschen, die sich allein für ihren körperlichen Zustand interessieren. Es ist, als ob man durch ein Schlüsselloch schaut“, hat er einmal gesagt. Entstanden sind „intime Posen“: Tänzerinnen, die Ballettpositionen proben, ihre Schuhe schnüren oder ihre Füße betrachten, und Frauen beim Kämmen oder Waschen. Seine Darstellungen sind jedoch keineswegs entblößend oder voyeuristisch, sie wirken eher distanziert. Die für seine Zeit außergewöhnliche, zuweilen Betrachter und Kritiker schockierende Sicht auf den ungeschönten Körper wird auch in der reichen Auswahl an Zeichnungen, Pastellen und Gemälden behandelt, welche die Bronzeplastiken ergänzen.

Neben der Einmaligkeit, diese Bronzen nun in Hamburg sehen zu können, gilt es ebenfalls als eine kleine Sensation unter Kunstfreunden, daß an Alster und Elbe nun sogar die äußerst empfindlichen Pastelle ausgestellt werden. Selbst das Musée d'Orsay in Paris trennte sich vorübergehend von 31 Pastellen, die seit 1971 das Haus nicht mehr verlassen hatten.

Wie sehr Arbeiten von Edgar Degas geschätzt werden, zeigte nicht zuletzt eine Auktion bei Sotheby's in London, auf der Anfang Februar für 14,7 Millionen Euro die Bronze einer Tänzerin versteigert wurde. Sie war ein Einzelstück aus einer Privatsammlung und ging an einen Sammler

Eine Bronze für 14,7 Millionen ersteigert

in Asien. Von den 22 Serien, die nach dem Tod Degas' angefertigt wurden (übrigens gegen den Wunsch des Künstlers), sind nur noch vier vollständig erhalten. Eine befindet sich in Brasilien, die jetzt den Weg nach Europa fand.

Silke Osman

Die Ausstellung „Edgar Degas. Intimität und Pose“ ist bis zum 3. Mai im Hubertus-Wald-Forum der Hamburger Kunsthalle dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr zu sehen, Katalog 35 Euro.

Donauschwabe zeigt in Wien neue Graphik

Der aus dem Banater Werschetz im heutigen Serbien stammende donauschwäbische Künstler Robert Hammerstiel zeigt derzeit im Leopold Museum 75 Zeichnungen und Druckgraphiken der vergangenen Jahrzehnte. Hammerstiels „Winterreise“ ist eine Hommage an Franz Schuberts Liederzyklus, wobei der Titel die eigene donauschwäbische Kindheit in das Zentrum

Der Leidensweg ließ Hammerstiel nicht mehr los

der Ausstellung stellt: „Ich habe selbst eine Winterreise erleben müssen“, erinnert sich Hammerstiel.

Es war in einer Winternacht des Jahres 1945, als ihm gemeinsam mit einem Freund die Flucht aus einem der vielen Konzentrationslager gelang, die Tito im ehemaligen Jugoslawien für die Donauschwaben errichten ließ. Hammerstiel gelang die Flucht nach Österreich. Dort begann er sich neben seiner Arbeit als Gießer mit dem Trauma der frühen Kindheit und dem Völkermord an den Donauschwaben zu beschäftigen.

Schon früh tauchen in seinen Zyklen „Kindertotenlieder“ oder „Totentanz“ die Schrecken und Grausamkeiten im mörderischen Lager seiner Kindheit auf. Der eigene Leidensweg ließ Hammerstiel bis zur Gegenwart nicht mehr los.

Immer wieder greift der Künstler das Trauma der Kindheit auf, bringt es ans Tageslicht und macht die „Winterreise“ aus Titos Tötungsmaschinerie zu einer Reise zurück ins Leben. Hammerstiels „Winterreise“ findet sich in ergreifenden Blättern eines Skizzenbuchs in einer Vitrine ausgestellt.

Die Ausstellung im Leopold Museum, Museumsplatz 1, 1070 Wien, dauert bis 27. April und ist täglich außer Dienstag von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr zu besuchen. *pm*

Dramen oder Lustspiele?

Berühmte Liebespaare der Kulturgeschichte: Der Arzt und Dichter Anton Tschechow und die Schauspielerin Olga Knippel

Er führte keine Tagebücher, nur einzelne Skizzen über sich hinterließ er. Die aufschlußreichste lautete: "Die Medizin ist meine gesetzliche Ehefrau, die Literatur meine Geliebte." Anton Tschechow (1860–1904) wurde in Taganrog am Asowschen Meer als dritter Sohn des Ehepaares Pavel und Evgenija geboren. Der Vater, ein freigekaufter Leibeigener, eröffnete einen Kramladen, in dem die Kinder von klein auf mitarbeiten mußten. Trotz aller Erbärmlichkeit besuchte Anton mit Hilfe ihm Wohlgesonnener das Gymnasium, bestand das Abitur und immatrikulierte sich 1879 zum Medizinstudium in Moskau, wo seine Eltern auf der Flucht vor Gläubigern eine Bleibe gefunden hatten. Gleichzeitig, mit Beginn des Studiums, begann er zu schreiben. Seine Kurzerzählungen wurden in namhaften Zeitungen veröffentlicht, zeitweilig war er als Redakteur tätig.

Sehr bald wird Tschechow „Meister der Novelle“ genannt, und zwar der schmucklosen Prägnanz des Stils wegen. Diese Sprache war ungewöhnlich, las sich spannungsreich. Seine Einkünfte überließ er der Familie: „Ich bezahle an allen Ecken und Enden, und mir bleibt nichts!“ Er ernährte sich vom Erlös der Nachhilfestunden: „Ich habe schon keinen überflüssigen Fetzen Fleisch mehr am Körper. Man sagt, ich sei abgemagert bis zur Unkenntlichkeit." Bei der Magerkeit blieb es; nicht aber bei der Armut.

1884 erhält Anton Tschechow das Arztdiplom und eröffnet eine Privatpraxis. Seine Beliebtheit als ärztlicher Könner und sein Ruhmesweg als Schriftsteller enthoben ihn finanzieller Sorgen. Zwei Güter wird er sich leisten: das kleine Gut Melichovo bei Moskau und ein Prachtanwesen in Jalta. Dort lebte er oft und monatelang, denn er war an Tuberkulose erkrankt. Als Arzt wußte er, daß diese Krankheit – zur damaligen Zeit – mit dem Tod endet. Vor Außenstehenden spielte er sein Leiden herunter. Nur wenigen gab er kund, daß er „manchmal“ Blut huste.

Ab 1887 beginnt er Schauspiele zu schreiben. Er hat sein für ihn gültiges Ausdrucksmittel gefunden. „Ivanov“, „Der Bär“, „Der Waldschrat“ begründen seinen Ruhm. Mit "Die Möwe", „Onkel Vanja“, „Drei Schwestern“, „Der Kirschgarten“ schreibt er Weltliteratur. Über die Aufführungen seiner Stücke war er entsetzt. Das lag an einem grundlegendem Mißverständnis zwischen ihm, den Schauspielern und dem Publikum. Tschechow hegte die Überzeugung, über den Niedergang des russischen Land-Kleinadels, der den feudalen Hochadel in Sprache und Gestik kopierte, „Komödien“ geschrieben zu haben. Man sollte über die „Nachäffer“, die einer nach dem anderen verarmten und ihre Güter an „klassenlose Emporkömmlinge“ verkaufen mußten, lachen. So kommt es bei „Drei Schwestern“ 1900 in Moskau zum Eklat. Die Schauspieler weinen beim Lesen des „düsteren“ Textes. Einer belehrt Tschechow, daß er ein „Drama“ geschrieben habe, kein „Lustspiel“. Wutentbrannt verläßt Tschechow die Runde. Aber fortan wird er seine Schauspiele „Dramen“ oder „Tragikomödie“ nennen.



Anton Tschechow Bild: Internet

Doch bei aller Wut hatte er von einer jungen Schauspielerin kein Auge gelassen: Olga Knippel. Mehrere Beziehungen lagen hinter dem Vierzigjährigen. Nie hatte es zur Ehe gereicht. Jetzt wurde ihm bewußt, daß er schicksalhaft liebte. Schon bald fragte er sie, ob sie einen Lungenkranken heiraten würde.

"Warum nicht?" erwiderte Olga. „Tuberkulose ist ansteckend“, warnte Tschechow. „Nicht, wenn man liebt. Liebe macht gefeit“, äußerte Olga lakonisch. „Dann sei mir gegrüßt, du letzte Seite meines Lebens“, war Tschechows Antwort.

Sie heirateten in einer kleinen Moskauer Kirche. Tschechow bestand darauf, daß Olga Schauspielerin blieb. Nach seinem Tode würde sie ihre Aufgabe fortführen, beansprucht sein, sich nicht in Erinnerungen verlieren. Diese Entscheidung hatte zur Folge, daß sie getrennt lebten. Olga in Moskau, er – seiner Krankheit halber – in Italien oder Jalta.

Zu ihrer Rolle als „Mascha“ in „Drei Schwestern“ riet er ihr: „Denke daran: Du äffst höhere Gesellschaft nach. Sprich nicht melancholisch.“

Giga versprach es; halten konnte sie es nicht. Sie glitt in die Tragik des Textes: "Wenn man das Glück immer nur in Unterbrechungen, stückchenweise zu fassen kriegt und es dann verliert…"

In Nizza las Tschechow über den grandiosen Premierenerfolg. Postwendend schrieb er ihr, daß er Sehnsucht habe: "Ich bin doch verheiratet! Ich möchte ab und zu meine Frau sehen."

Gelegenheit dazu boten jederzeit das Klima Jaltas und die prachtvolle Häuslichkeit. Noch eine weitere Gelegenheit längeren Zusammenseins ergab sich, die allerdings mit unaufschiebbarer Notwendigkeit verbunden war.

Beide reisten 1904 nach Deutschland. Tschechow wollte sich in Badenweiler einer vielversprechenden Kur unterziehen. Es ging ihm miserabel, doch das gab er nicht zu. Auch Olga ließ sich durch Tschechows Heiterkeit täuschen. Der Chefarzt suchte Tschechow auf: "Verehrter Herr Tschechow", begann er. "Ich weiß", fiel ihm Tschechow ins Wort.

Spät am Abend bestellte er Champagner: "Laß und fröhlich sein, Olga. Ich habe für dich heute eine Humoreske geschrieben. Niemand soll sagen, ich könne nichts Lustiges zu Papier bringen. Ich lese es dir vor! Aber erst: Zum Wohl!"

Ungläubig lauschte Olga. Hellauf lachte sie, immer wieder! Mitten in ihrem Lachen starb Tschechow. *Esther Knorr-Anders*

Vom U-Boot zur Friedensdemo

Weit war der Weg Martin Niemöllers vom nationalgesinnten Marineoffizier zum vom Ostblock gefeierten Pazifisten

Selten trifft das Wort „Protestant“ im vollsten Sinne des Wortes auf einen Menschen so zu wie auf Martin Niemöller, der vor 25 Jahren am 6. März 1984 in Wiesbaden starb. Der als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und Friedensaktivist bekannt gewordene evangelische Pfarrer begann seine berufliche Laufbahn als Offizier der kaiserlichen Marine. Ein Lebenslauf mit erstaunlichen Wendungen und Wandlungen.

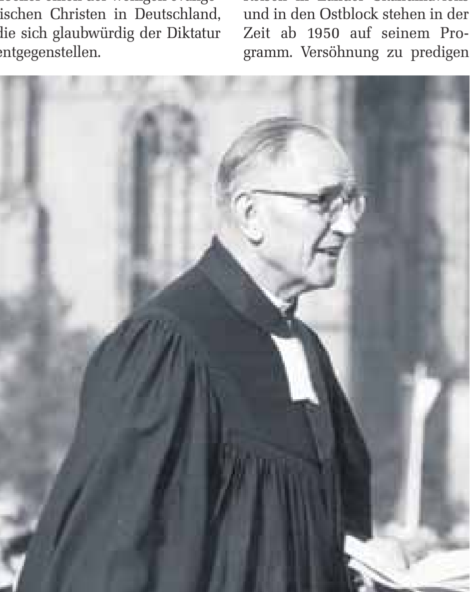
1892 kommt Niemöller in Lippstadt/Westfalen im Hause eines evangelischen Pfarrers zur Welt. Nach dem Umzug der Familie nach Wuppertal-Elberfeld im Jahr 1900 und dem Abitur beginnt Niemöller jedoch zunächst kein Theologiestudium, sondern eine militärische Laufbahn in der kaiserlichen Marine. So erlebt und überlebt er den Ersten Weltkrieg größtenteils im Bauch von U-Booten, die feindliche Kriegs- oder Handelsschiffe bekämpfen. Im letzten Kriegsjahr 1918 wird Niemöller zum U-Boot-Kommandanten befördert. Kurz nach Kriegsende allerdings endet seine militärische Karriere abrupt. Er lehnt die neue demokratische Regierung ab und weigert sich, „sein“ U-Boot im Rahmen der Reparationsleistungen an die Briten abzuliefern. Ein erster vehementer Protest mit nachhaltigen Folgen.

So steht Niemöller vor einem totalen Neuanfang. Er beginnt eine landwirtschaftliche Lehre, heiratet seine Frau Else, mit der er sieben Kinder haben wird. Noch 1919 beginnt er ein Studium der evangelischen Theologie in Münster, da der Erwerb eines eigenen Hofes aussichtslos erscheint. 1920 wird der Theologiestudent als Freikorps-Kommandant noch einmal militärisch aktiv. Er bekämpft aufständische Arbeiter im Ruhrgebiet. Vier Jahre später wird Niemöller zum protestantischen Geistlichen ordiniert. Einer orientierungslos wirkenden Gesellschaft will er durch die christliche Botschaft wieder Sinn und den kirchlichen Strukturen Ordnung vermitteln. Er arbeitet zunächst als Geschäftsführer der „Inneren Mission“ und so – wie die meiste Zeit seines Lebens – als kirchlicher Funktionär. Noch immer kritisch gegen die demokratische Ordnung eingestellt unterstützt er ab 1924 die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) und begrüßt 1933 die Einführung des „Führerstaates“.

Mit dem Jahr 1933 beginnt für Niemöller die erste Zeit eines grundlegenden Wandels, einer Konversion vom antidemokratischen ehemaligen Marineoffizier zum Widerstandskämpfer. Er kämpft nicht mehr mit militärischen Mitteln wie in den ersten drei Lebensjahrzehnten, sondern mit den gewaltlosen Mitteln der mutigen Rede, von Protesten, Resolutionen und Demonstrationen. 1933 gründet er zusammen mit 70 Pfarrern den „Pfarrernotbund“, eine wichtige Keimzelle der späteren Bekennenden Kirche, die sich gegen den totalitären Anspruch der nationalsozialistischen Diktatur stellt. Er übernimmt den Vorsitz dieser Organisation und setzt sich zunächst gegen den Ausschluß jüdischer Christen aus der Kirche und die Verfälschung biblischer Bücher ein.

1934 nimmt Niemöller noch an einem Treffen hoher Kirchenführer mit Adolf Hitler teil, bevor er im gleichen Jahr wegen seines Widerstandes gegen den sogenannten Arierparagraphen aller seiner kirchlichen Ämter enthoben wird. Er erhält Redeverbot, was ihn aber nicht daran hindert, weiter Predigten zu halten. Als 1935 die Bekennende Kirche in seiner Heimat, in Wuppertal-Barmen gegründet wird, gehört er zu ihren aktivsten Vertretern. Zusammen mit mehreren hundert Pfarrern wird er noch im selben Jahr als Reaktion auf kritische Stellungnahmen gegen die Schriften des NS-Hauptideologen Alfred Rosenberg für drei Tage inhaftiert. Zwei Jahre später kommt Niemöller als „persönlicher Gefangener Adolf Hitlers“ in das Konzentrationslager Sachsenhausen. Seine eigentlich schon beschlossene Ermordung können Eingaben prominenter Politiker und Kirchenleute aus dem In- und Ausland verhindern. Eine Schlüsselrolle spielte dabei der Einsatz des heute weitgehend vergessenen britischen Bischofs George Bell, der wenige Jahre später zu den engagiertesten Gegnern der Vertreibung der Ost- und Sudetendeutschen außerhalb Deutschlands gehören sollte. Bell und die anderen Helfer Niemöllers sehen in diesem zusammen mit Dietrich Bonhoeffer einen der wenigen evangelischen Christen in Deutschland, die sich glaubwürdig der Diktatur entgegenstellen.

Von 1941 bis 1945 wird Niemöller in das Konzentrationslager Dachau überstellt, wo rund 2500 Geistliche (davon rund 80 Prozent katholisch) inhaftiert sind. Amerikanische Truppen befreien ihn schließlich, kurz bevor seine schon befohlene Ermordung ausgeführt wird. Schnell steigt Niemöller nach dem Krieg in führende Positionen in der sich neu formierenden Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) auf. Er wird Mitglied im Rat der EKD und Leiter des kirchlichen Außenamtes, arbeitet an der „Stuttgarter Schulderklärung“ (1947) mit, die eine Mitschuld der evangelischen Kirche an den Verbrechen der nationalsozialistischen Zeit eingesteht. Reisen in Länder Skandinaviens und in den Ostblock stehen in der Zeit ab 1950 auf seinem Programm. Versöhnung zu predigen und zu vermitteln ist das Hauptmotiv seines Wirkens in der Zeit des beginnenden „Kalten Krieges“.



Pfarrer Martin Niemöller: Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Frankfurt am Main 1956 Bild: pa

Damit beginnt eine dritte Lebensphase, eine weitere Wandlung Niemöllers vom Kirchenmann zum linken Friedenskämpfer. Er ist gegen die Gründung der Bundesrepublik: „In Rom gezeugt und in Washington geboren.“ Anfang der 50er Jahre stellt er sich gegen Bundeskanzler Konrad Adenauer und dessen Pläne zur Wiederbewaffnung und Gründung der Bundeswehr. In der Kirche protestiert er gegen die Restaurierung der Volkskirche und will eine urdemokratische Verfassung mit „Bruderräten“ einführen. Mit diesen Protesten kann sich Niemöller jedoch nicht durchsetzen, weswegen es um ihn immer einsamer wird. 1955 gibt er seinen EKD-Ratssitz ab und 1964 seine Funktion als Kirchenpräsident in Hessen-Nassau. Sein Herz ist jedoch schon in diesen Jahren bei der Friedensbewegung. 1958 nimmt er am ersten Ostermarsch der Friedensbewegung gegen das Kernforschungszentrum im englischen Alsterhom teil. Mit der 1959 geäußerten Aussage „Und darum ist heute die Ausbildung zum Soldaten die hohe Schule der Berufsverbrecher“, handelt sich Niemöller eine Anzeige des damaligen Verteidigungsministers Franz-Josef Strauß ein.

Dieser Linie bleibt Niemöller bis zu seinem Tod Mitte der 80er Jahre treu. Proteste gegen den vermeintlichen Militarismus des Westens, gegen die sogenannte „Nachrüstung“ der 80er Jahre bilden die Hauptinhalte seiner Reden. Gleichzeitig scheint er weitgehend blind für die Aufrüstung und Bedrohung durch den Warschauer Pakt. Der erstaunliche Wandel des einstigen kaiserlichen Marineoffiziers zum Kirchenmann und schließlich zum pazifistischen Kämpfer und protestierenden Protestanten wirkt wie eine doppelte Konversion. Durch die sozialistische 68er-Protest-Bewegung findet der knorrige alte Mann schließlich ein breites Betätigungsfeld und eine neue Heimat. In den 70er Jahren wird er zum Ehrenpräsidenten des vom Ostblock dominierten „Weltfriedensrates“ ernannt und erhält unter anderem den Lenin-Friedenspreis der UdSSR und die DDR-Friedensmedaille in Gold. 1980 überläßt er dem Anführer der Studentenrevolte Rudi Dutschke seine eigene Grabstelle auf dem St.-Annen-Friedhof in Berlin-Dahlem.

Hiermit vollzieht Niemöller eine symbolische Sympathiebekundung für die sozialistische 68er-Bewegung. Berühmt und immer wieder sinngemäß zitiert wird sein Aufruf zum Protest: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, denn ich war ja kein Kommunist. Als die Nazis Gewerkschafter/Sozialisten/Juden/Katholiken holten, habe ich geschwiegen ... Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“ Wer Niemöllers doppelte Konversion vom Marineoffizier zum Kirchenmann und schließlich zum Friedensaktivisten verstehen will, erhält aus seiner Sozialethik Antworten. Vom Elternhaus lutherisch geprägt, mit einer klaren Trennung zwischen Kirche und Politik im Sinne von Martin Luthers Zwei-Reiche-Lehre, geht er unter dem Einfluß des reformierten Theologen Karl Barth neue Wege. So werden politische Entscheidungen immer mehr zu Glaubensentscheidungen. Die Frage „Was würde Jesus dazu sagen?“ wird zu einem Markenzeichen von Niemöllers politischem Denken, das andererseits viele andere Christen, die andere Meinungen vertreten, ausgrenzt. So sehr Niemöller dadurch die Anerkennung der linken Protestkultur, von Friedensbewegungen und staatssozialistischen Diktaturen des Ostens findet, so sehr löst er damit Widerspruch bei Andersdenken oder Andersglaubenden aus.

Hinrich E. Bues

Vater des Rübenzuckers

Marggrafs Entdeckung stieß auf Vorbehalte

Als der Chemiker Andreas Sigismund Marggraf im Jahre 1747 seine Beobachtungen über den Zuckergehalt in der Runkelrübe in Berlin vortrug, konnte er noch nicht wissen, wie segensreich seine Entdeckung einmal werden würde. Segensreich deswegen, weil seine Entdeckung die Länder, die Runkelrüben anbauten, von der Einfuhr des Zuckerrohrs aus Übersee unabhängig machte. Diese Unabhängigkeit bewährte sich bereits 1806, als Napoleon die sogenannte Kontinentalsperre als Wirtschaftsblockade gegen England errichtete, aber dadurch auch auswärtige Waren vom europäischen Festland fernhielt.

Marggraf wurde am 3. März 1709 in Berlin geboren. Sein Vater, der Hofapotheker Henning Christian gab ihm schon früh Unterricht in der Pharmazie und weckte sein naturwissenschaftliches Interesse. Marggraf studierte dann zunächst für kurze Zeit am „Collegium medico-chirurgicum“ in Berlin, und dann Chemie in Straßburg und Halle. In der von Friedrich dem Großen neu belebten Akademie der Wissenschaften wurde er nach seiner Rückkehr nach Berlin Mitglied und erhielt neben seinem (dürftigen) Gehalt immerhin ein eigenes Laboratorium, in dem er eine mietfreie Wohnung beziehen konnte.

Den Zuckergehalt der Runkelrübe entdeckte Marggraf, indem er Pflanzen untersuchte, die auf mittelmäßigem Boden, wie er ja in der Mark Brandenburg reichlich vorhanden war, noch unproblematisch aufwuchsen. Dabei richtete er seine Aufmerksamkeit auf den weißen und roten Mangold, in dessen Wurzeln er „... wirklichen Zucker, der dem bekannten aus Zuckerrohr gewonnenen genau gleicht“ feststellte.

Unabhängigkeit vom Rohrzucker aus Übersee

Seine Schlußfolgerung, „... daß dieses süße Salz in unserer Heimat gerade so bereitet werden kann, wie in Gegenden, wo das Zuckerrohr wächst“, wurde dann von seinem Schüler, Francois Charles Achard, bis zur Errichtung der ersten Rübenzuckerfabrik im Jahre 1802 in Cunern an der Oder weitergeführt.

Marggraf verkündete seine Entdeckung im Jahre 1747 in einer Sitzung der Akademie und legte damit die Grundlage für die Runkelrüben-Zuckerindustrie. Allerdings ging es ihm wie vielen Genies: Seine Entdeckung stieß jahrzehntelang auf Mißtrauen und Vorbehalte. So heißt es noch im Jahre 1858 in dem seinerzeit maßgeblichen Lexikon, der „Oeconomischen Encyclopädie“ des Johann Georg Krünitz: „Über die Vorteile des Anbaus der Runkelrübe für den Landwirt im allgemeinen kann man noch kein ganz entschiedenes Urteil fällen.“

Marggraf dürfte der erste deutsche Forscher gewesen sein, der das Mikroskop, das Anfang des 17. Jahrhunderts in Holland erfunden worden war, konsequent genutzt hat. Im Laufe seines Forscherlebens erfand er vor der Entdeckung des Zuckers in der Runkelrübe eine verbesserte Methode zur Phosphorgewinnung (1743), ein Verfahren zur Herstellung von Zyankali (1745) und ein Verfahren zur Zinkproduktion (1746). Nach der Beschäftigung mit der Zuckerrübe untersuchte Marggraf das Platin (1752), wies die Salpetersäure im Regenwasser nach (1764) und beschäftigte sich eingehend mit den Eigenschaften von Phosphor. Außerdem ermittelte er den Unterschied zwischen Ameisensäure und Essigsäure.

Marggraf starb am 7. August 1782. Heute gehört Deutschland mit etwa 500 000 Hektar Anbaufläche neben Frankreich und Polen zu den Hauptproduzenten von Zucker in Europa.

Jürgen Ziechmann

Er ermöglichte Tauroggen

Vor 150 Jahren starb Friedrich zu Dohna-Schlobitten

Vor 225 Jahren, am 4. März 1784, kam Karl Friedrich Emil zu Dohna-Schlobitten auf dem ostpreußischen Familiensitz Schlobitten zur Welt. 1798 trat er in ein preußisches Kavallerieregiment ein. Nach dem Vierten Koalitionskrieg gegen Napoleon 1806/07 stand er auf der Seite der preußischen Reformer. 1809 wurde er der Schwiegersohn des preußischen Militärreformers Gerhard von Scharnhorst durch die Heirat mit dessen Tochter Juliane.

Wie viele preußische Reformer und Patrioten lehnte auch er die Entscheidung des preußischen Königs ab, Frankreich ein Hilfskorps für den Überfall auf Rußland (und damit den eigenen Verbündeten von 1806/07) zu stellen. Mit dem preußischen Militärreformer Carl Philipp Gottlieb von Clausewitz wechselte der Graf in die Dienste des Zaren.

Am zweiten Weihnachtstag 1812 überbrachte Dohna-Schlobitten als russischer Emissär dem Kommandanten des preußischen Hilfskorps, Ludwig Yorck von Wartenburg, das Angebot des Zaren Alexander I., als Gegenleistung für ein Ausscheren Preußens aus der napoleonischen Front „nicht eher die Waffen niederzulegen, als bis es“ ihm „gelungen wäre, für Preußen eine Gebietsvergrößerung durchzusetzen, groß genug, um es unter den Mächten Europas die Stelle wieder einnehmen zu lassen, die es vor dem Kriege von 1806 gehabt hat“. Dieses Angebot durch Alexander I. beziehungsweise die Informierung hierüber durch Dohna-Schlobitten ermöglichten Yorck erst die Grundsatzentscheidung für die Konvention von Tauroggen.

Zwar mochte Yorck die Franzosen nicht, weil er wußte, was sie seinem Land angetan hatten und noch antaten, doch hatte er vorerst noch mit einer Neutralisierung seines Hilfskorps gezögert, da er eine durchaus realistische Gefahr gesehen hatte: In Rußland gab es nämlich eine Tendenz, die Kampfhandlungen einzustellen, sobald man die russische Grenze erreicht hätte. Wenn Preußen sich nun vorher durch einen Ausstieg aus der napoleonischen Koalition kompromittierte, bestand die Gefahr, daß Bonaparte nach dem Ende des Rußlandfeldzuges und der Kampfhandlungen mit den Russen sich an den Preußen für deren „Untreue“ rächen würde und die Russen seelenruhig, Gewehr bei Fuß, an der russischen Grenze zusähen. Diese Gefahr war erst durch das von Alexander I. gemachte und Dohna-Schlobitten überbrachte Angebot gebannt.

Nach ihm wurde 1850 Königsbergs Dohna-Turm benannt

In den preußischen Seitenwechsel folgenden Befreiungskriegen von 1813/14 führte Dohna-Schlobitten das 2. Husarenregiment der russisch-deutschen Legion. Nach Napoleons Niederwerfung wechselte er in preußische Dienste zurück und wurde Kommandeur des 8. Ulanenregiments. 1837 wurde er als Divisionskommandeur Generalleutnant. 1839 wurde er kommandierender General des 2. und 1842 des 1. Armeekorps, des ost- und westpreußischen.

Über sein Verhalten als kommandierender General in Ostpreußen während der 48er Revolution heißt es, daß er revolutionäre Ansätze rasch niedergeschlagen und den Ausbruch von Unruhen in der Provinzhauptstadt verhindert habe. Den Vorschlag des Zaren, nach Berlin zu marschieren, um dort mit Gewalt für Ruhe zu sorgen, lehnte er ab. Bei seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst wurde Dohna-Schlobitten zum Generalfeldmarschall befördert und von König Friedrich Wilhelm IV. als Oberstkämmerer an dessen Hof gezogen. Der Preuße starb vor 150 Jahren, am 21. Februar 1859 in Berlin.

Manuel Ruoff

Einigung im linksliberalen Lager

Vor 125 Jahren entstand aus Fortschrittspartei und Liberaler Vereinigung die Deutsch-Freisinnige Partei

Heutzutage freut sich der parteipolitisch organisierte Liberalismus in Form der FDP über zweistellige Wahlergebnisse. Zu seinen Bestzeiten jedoch besaß er als Fortschrittspartei die Stimmenmehrheit. Am 5. März 1884 vereinigte sich die Fortschrittspartei mit der linken Abspaltung ihrer rechten Abspaltung zur Deutsch-Freisinnigen Partei.

Die Geschichte des parteipolitisch organisierten Liberalismus reicht bis in die Zeit des preußischen Heereskonfliktes zurück, der einen Keil zwischen den Herrscher und die liberale Landtagsmehrheit trieb. Damals wollte der preußische König Wilhelm I. das Heer vergrößern. Preußens Liberale standen einer Stärkung der Armee durchaus positiv gegenüber. In den Augen der preußischen Liberalen war das Preußen der „liberalen Ära“ prädestiniert, notfalls mit Gewalt einen kleindeutschen Nationalstaat zu schaffen. Die Liberalen störten sich allerdings daran, daß Wilhelm I. im Zuge der Heeresvergrößerung das feudale stehende Heer des Königs gegenüber der in den Befreiungskriegen als eine Art Bürgermiliz gegründeten Landwehr stärken wollte. Sie verweigerten daher im Landtag der Regierung die für die Heeresreform geforderten Mittel. Daraufhin löste 1861 Wilhelm I. den Landtag auf und der Liberalismus organisierte sich in der Fortschrittspartei, der ersten Programmpartei Deutschlands.

Die Parlamentsneuwahlen führten erneut zu einer liberalen Mehrheit. Wilhelm I. berief daraufhin 1862 Otto von Bismarck zum Ministerpräsidenten, der unter Mißachtung des Budgetbewilligungsrechtes des Landtages die Heeresreform gegen den Widerstand des von den Liberalen dominierten Parlamentes durchführte.

Nach dem Deutsch-Dänischen und dem Deutsch-Deutschen Krieg spaltete Bismarck die Fortschrittspartei mit einer Indemnitätsvorlage. Er beantragte nämlich 1866 im Parlament eine nachträgliche Billigung seines Verfassungsverstoßes. Damit brachte er die Liberalen in einen Zielkonflikt, die einen parlamentarisch-konstitutionell verfaßten Nationalstaat anstrebten. Für die Linksliberalen hatte bei der Stimmenabgabe Vorrang, daß Bismarck gegen die Verfassung verstoßen hatte, für die Rechtsliberalen, daß er mit den Einigungskriegen Schritte Richtung nationale Einheit unternommen hatte.

Das Ergebnis war ein uneinheitliches Abstimmungsverhalten der Liberalen bei der Indemnitätsvorlage und deren organisatorische Spaltung. Der rechte Flügel der Fortschrittspartei spaltete sich ab und gründete eine neue Partei. Da für diesen Flügel die nationale Einheit Priorität besaß, wählte er den Namen „Nationalliberale Partei“

Während die Fortschrittspartei in der Opposition zur Regierung verblieb, war die Nationalliberale fortan Bismarcks Partei im Parlament. In ihr hatte er seine treuesten Anhänger. Entsprechend hart traf die Nationalliberalen deshalb Bismarcks Rechtsschwenk 1878. Der preußische Ministerpräsident und Reichskanzler beendete den Kirchenkampf, den die laizistisch und tendenziell antiklerikal gesinnten Nationalliberalen als einzige aus Überzeugung mitgefochten hatten. Bismarck erließ das illiberale Sozialistengesetz. Er mischte sich mit seiner Sozialgesetzgebung in die Wirtschaft ein. Und er wechselte von einer freihändlerischen zu einer protektionistischen Hochzollpolitik. All das waren für einen Liberalen Zumutungen. Über die Frage, ob man Bismarck trotzdem weiter unterstützen solle, spalteten sich die Nationalliberalen. Der linke Flügel meinte nein, spaltete sich ab und wechselte als Liberale Vereinigung zur Fortschrittspartei in die Opposition.

In der Opposition kamen sich Fortschrittspartei und Liberale Vereinigung näher. Schließlich trieb Bismarck durch sein Verhalten nach dem Tode Eduard Laskers die linke Abspaltung der rechten Abspaltung der Fortschrittspartei in die Arme der Linksliberalen. Nachdem der führende Kopf der Liberalen Vereinigung am 5. Januar 1884 während eines Erholungsaufenthaltes in New York gestorben war, untersagte Bismarck nämlich die Weiterleitung eines Kondolenzschreibens der US-Regierung an den Reichstag und jede offizielle Beteiligung an der Gedächtnisfeier für den Verstorbenen. Das stieß die ehemaligen Nationalliberalen ab in Richtung der links von ihnen stehenden Linksliberalen. Am 24. Februar 1884 wurden sich Vertreter beider Parteien über die Vereinigung einig. Aus der Fusion ging am 5. März 1884 als neue Partei die Deutsch-Freisinnige Partei hervor. Abgesegnet wurde das Zusammengehen am 15. und 16. März auf zwei getrennten Parteitagen von Fortschrittspartei und Liberaler Vereinigung. Erstere brachte 59 Reichstagsmandate und letztere 46 ein. Damit war die deutschfreisinnige Fraktion nach jener des Zentrums die zweitstärkste im Reichstag.


Deutsch-Freisinnige: Gruppe im Deutschen Reichstag vor 120 Jahren Bild: Bundesarchiv

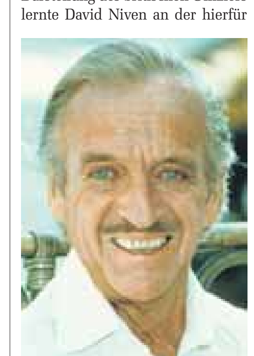
Die Deutsch-Freisinnigen erhofften sich eine glänzende Zukunft als „Kronprinzenpartei“. Sie gingen davon aus, daß der zum Zeitpunkt der Parteigründung bereits 86 Jahre alte Wilhelm I. bald sterben würde. Der damals erst 52 Jahre alte Kronprinz würde seinem Vater auf den Throne folgen, und eine liberale Ära begänne. Ihre Aufgabe sahen die Deutsch-Freisinnigen dabei darin, die von ihrem Hoffnungsträger eingesetzte liberale Regierung im Parlament zu stützen. Es kam anders. Wilhelm I. ließ sich mit dem Sterben noch vier Jahre Zeit, und die Regentschaft seines liberalen Sohnes blieb nur Episode.

Mehr oder weniger das gleiche blieb die Deutsch-Freisinnige Partei mit ihrer nur neunjährigen Existenz. Im Jahre 1893 schieden sich die Geister ihrer Abgeordneten an der Frage, wie auf eine Militärvorlage zu reagieren sei. Entgegen der Fraktionsdisziplin stimmten sechs deutsch-freisinnige Reichstagsabgeordnete für statt gegen die Vorlage. Der zum linken Parteiflügel gehörende Eugen Richter forderte daraufhin noch am selben Abend in einer Fraktionssitzung den Ausschluß der sechs Fraktionsmitglieder. Es kam zu einer Kampfabstimmung. Der Antrag auf Ausschluß wurde mit 27 gegen 22 Stimmen angenommen. An dieser Frontlinie kam es zum Bruch. Die Deutsch-Freisinnige Partei zerfiel in ihre Flügel. Der größere linke fand sich in der Freisinnigen Volkspartei und der kleinere rechte in der Freisinnigen Vereinigung zusammen. Zu den Unterschieden zwischen den beiden Parteien – abgesehen von ihren unterschiedlichen Wurzeln – schrieb die „Vossische Zeitung“ 17 Jahre nach dem Ende der Deutsch-Freisinnigen Partei: „Wenn man gefragt würde, wodurch sich die Freisinnige Volkspartei von der Freisinnigen Vereinigung unterscheidet, man hätte seit Jahren einen Preis auf die zutreffende Antwort setzen können, und sie wäre nicht gefunden worden.

Manuel Ruoff

Gentleman par excellence

Kein anderer Schauspieler verkörperte in seinen Filmen den britischen Gentleman mit Souveränität, Lässigkeit und Selbstironie wie er. Am 1. März des Jahres 1909 oder 1910 kam der Schotte James David Graham Niven in der britischen Hauptstadt zur Welt. Wie sollte es auch anders sein: Sein Vater war britischer Offizier und seine Mutter eine britische Lady. Die Darstellung des britischen Offiziers lernte David Niven an der hierfür weltweit besten Ausbildungsstätte, dem Royal Military College in Sandhurst. 1929 erhielt er das Offizierspatent. Niven spielte also nicht nur britische Offiziere, er war auch einer. 1932 quittierte er den Dienst, um nach Kanada auszuwandern. Als Gelegenheitsarbeiter schlug er sich von dort aus über die Bermudas und Kuba bis nach Hollywood durch, wo er sich erfolgreich um eine Beschäftigung in der Filmbranche bemüht. Schnell hatte er seine Paraderolle: den britischen Gentleman, entweder in Zivil oder als Offizier in Uniform. Erst verkörperte er diese Figur nur in Nebenrollen, 1939, an der Seite von Ginger Rogers in „Die Findelmutter“ erstmals auch in der männlichen Hauptrolle. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte Niven als Offizier an der Front, spielte aber auch in Propagandafilmen den Offizier. Am Ende war er an führender Stelle in der Truppenbetreuung tätig. Danach trat er an der Seite anderer großer Stars in vielen Klassikern der Unterhaltungsfilmbranche auf. Am 29. Juli 1983 starb der Oscar-Preisträger in seinem Schweizer Chalet.


David Niven Bild: Archiv

Manuel Ruoff

Des »Käfers« großer Bruder

Vor 75 Jahren wurde der Tatra 77 der Öffentlichkeit präsentiert

Der legendäre „Käfer“ hatte einen tschechischen Bruder, den V 570. Wie der „Käfer“ hatte auch dieses Auto einen luftgekühlten Boxermotor im Heck, der die Hinterräder antrieb, sowie eine aerodynamische Karosserie mit stromlinienförmig abfallender Front- und Heckpartie. Beim V 570 handelte es sich allerdings nicht um einen Volkswagen, sondern um einen Tatra; Tatra war 1923 aus der Fusion der Nesselsdorfer Wagenbau-Fabriks-Gesellschaft mit der Ringhoffer AG in Prag-Smíchov hervorgegangen. Während der „Käfer“ von Ferdinand Porsche entwickelt wurde, war der V 570 von Hans Ledwinka konstruiert. Und hierin liegt auch die Erklärung für die Ähnlichkeit der beiden Produkte, denn die beiden Herren mit österreichischen Wurzeln waren miteinander befreundet und tauschten rege Ideen aus. Da der V 570 bereits 1933 entstand, wird er sogar als ideeller Vorgänger des „Käfers“ bezeichnet.

Neben der Tatsache, daß der Tatra im Gegensatz zum Volkswagen statt eines Vier- einen Zweizylindermotor hatte, besteht der viel wesentlichere Unterschied darin, daß der V 570 im Gegensatz zum millionenfach verkauften „Käfer“ nie über das Stadium des Prototypen hinauskam. Er diente jedoch einem anderen Tatra als Vorbild, dem Typ 77.

Vor 75 Jahren, am 4. März 1934 wurde dieses Fahrzeug auf dem Prager Automobilsalon zum ersten Mal der Öffentlichkeit vorgestellt. Noch im selben Monat lief die Serienproduktion an – die weltweit erste eines Automobils mit aerodynamischer Karosserie.

Im Gegensatz zum V 570 und zum „Käfer“ war der Tatra 77 allerdings ein Fahrzeug der Oberklasse. So hatte der luftgekühlte V-Motor acht Zylinder. Aus den drei Litern Hubraum holte er 60 PS Leistung, die das 1,7 Tonnen schwere Fahrzeug 145 Stundenkilometer schnell machten.

Bereits im ersten Jahre nach der Markteinführung wurde das Auto modifiziert und dabei vergrößert. Karosserie und Radstand wurden länger, der Motor erhielt 0,4 Liter mehr Volumen, und das Gewicht stieg um 100 Kilogramm. 70 PS ermöglichten nun eine Höchstgeschwindigkeit von 150 Stundenkilometern.

Nach insgesamt 101 Tatra 77 und 154 Tatra 77 A war 1938 Schluß mit der Produktion. Der Nachfolger, der ebenfalls mit der prägnanten Heckflosse ausgestattete Typ 87, war bereits ab 1936 im Programm. Doch das Grundkonzept, aerodynamische Karosserie mit luftgekühltem Heckmotor sowie angetriebener Pendelachse hinten, prägte noch für Jahrzehnte die Personenkraftwagen von Tatra. Erst 1999 stellte der tschechische Automobilbetrieb die Pkw-Produktion ein und konzentriert sich seitdem auf die Herstellung von Lastkraftwagen.

Manuel Ruoff

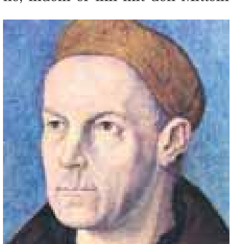
Der Bankier machte Kaiser

Jakob Fugger der Reiche finanzierte zwei Habsburgern die Krone

Eigentlich hatte er ja Geistlicher werden sollen. Als Jakob Fugger am 6. März 1459 in Augsburg das Licht der Welt erblickte, war er bereits das zehnte Kind seiner nicht nur kinderreichen Eltern. Auf ihn glaubte man daher bei der Fortführung des Familienbetriebes verzichten zu können. Aber es kam anders. Drei Brüder starben wie die Fliegen, und so wurde er von seinem älteren Bruder Ulrich, dem Familienoberhaupt seit dem Tode des Vaters, aus der theologischen Herausbildung herausgerissen und mußte sich fortan dem Mammon verschreiben.

Für einen Klosterschüler entwickelte Fugger eine enorme Geschäftstüchtigkeit. Als erstes stürzte er sich auf die Edelmetallbranche. Er versorgte Minenbesitzer mit Geld, forderte als Gegenleistung jedoch nicht etwa die üblichen Schuldscheine, sondern Anteile. Unter seinem Einfluß als Miteigentümer verkauften dann die Minen ihr Edelmetall an ihn, und er machte daraus Geld. Dabei verdiente er doppelt: Er umging den Zwischenhandel und verdiente zusätzlich beim Münzen durch Strecken des Edelmetalls.

Außer auf Edelmetalle setzte Fugger auf die Habsburger als einem Herrschergeschlecht mit Zukunft. So finanzierte er den luxuriösen Lebenswandel des späteren Kaisers Maximilian I. und verschaffte ihm 1508 die Kaiserkrone, indem er ihn mit den Mitteln versorgte, die Kurfürsten zu bestechen.


Jakob Fugger Bild: Archiv

Fugger machte in derart großem Stile Geldgeschäfte, daß sein eigenes Kapital dafür nicht mehr ausreichte. So wurde er zum Bankier. Eine beträchtliche Einlage hatte der Fürstbischof von Brixen Melchior von Meckau, der 1509 verstarb. Hätte der eigentliche Erbe, die katholische Kirche, das Erbe angetreten und das Geld abgezogen, wäre Fugger ruiniert gewesen. Hier revanchierte sich Kaiser Maximilian. Er gewährte dem Papst in einem seiner Kriege Waffenhilfe, erhielt dafür als Gegenleistung Meckaus Erbe und ließ dieses mit seinen Schulden bei Fugger verrechnen, der dadurch gerettet war.

Als Maximilian I. 1519 starb, waren die Habsburger Fuggers größte Schuldner. Er mußte sie deshalb potent halten. So ermöglichte er wie zuvor schon Maximilian I. auch dessen Enkel Karl V. die Kaiserkrone. Dieser revanchierte sich dafür unter anderem dadurch, daß er auf der Bühne der Politik Kritik an Fuggers teilweise monopolartige Stellung in der Edelmetallbranche vom Tisch wischte.

Fugger hatte in richtiger Einschätzung des Potentials der Habsburger das Schicksal seines Unternehmens an das dieser aufstrebenden Herrscherfamilie gebunden. Das barg große Chancen, aber auch das Risiko der Abhängigkeit. Als reichster Kaufmann und Bankier seiner Zeit verstarb der kinderlos gebliebene am 30. Dezember 1525 in Augsburg.

M. R.

Ich will doch nur um die Bombenopfer von Dresden trauern

Zu: Dresden-Gedenken

Wieder wird das Gedenken an die Opfer der mörderischen Bombenangriffe alliierter Bomberverbände kurz vor Kriegsschluß zu einem politischen Klamauk herabgewürdigt.

6000 „Neonazis“ wurden dazu in Dresden erwartet, von denen niemand weiß, was sie zu Neonazis macht und wie ihr Gedenken an die unschuldigen Opfer aussehen soll. Es wird, so entsteht der Eindruck, einfach nur gehetzt und verunglimpft.

Wer gegen das Gedenken der „Neonazis“ ist, soll es in einem „Geh denken“ auf Dresdens Straßen äußern. Wo bleibt die Erinnerung und das Gedenken an die vielen Erwachsenen und Kinder, die in der unglücklichen Stadt verbrannten und von Bomben zerrissen worden sind?

Ich frage mich, warum kann in Dresden nicht gedenken, wer das möchte? Warum kann sich die Polizei nicht darauf beschränken, diejenigen aus dem Verkehr zu ziehen, die statt zu trauern ihre Aggressionen gegen andere Mitbürger abladen wollen und nur auf Krawall aus sind?

Was in Dresden geschah, war Mord, da der Krieg längst entschieden war, besonders verbrecherisch, weil die Wellen der Angriffe auf die wehrlose Stadt so angelegt waren, daß auch die aus dem Umland herbeigeeilten Helfer zu Opfern wurden.

Walter Reinhardt, Fellbach

Aufdeckung interessiert nur wenige

Zu: „Bisher nur Mosaiksteinchen“ (Nr. 5)

Das Aufklärungsbedürfnis des offiziellen Polen scheint gering. Um so höher ist der Einsatz wohl vor allem junger Polen zu bewerten, die zur Aufdeckung dieses wahrscheinlichen Massenmordes beigetragen haben. Die deutsche Seite ist nicht ganz untätig, die CSU und der Volksbund reagieren, aber daß die Bundesregierung sich nachhaltig und aktiv um die Aufklärung dieses Verbrechens bemüht, läßt sich wohl leider nicht sagen. Die linken Parteien können wir wie immer vergessen, sie haben die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges schon mehrfach verraten.

Rudolf Heidemann, Baden-Baden

Israels Existenz

Zu: „Benedikts Gratwanderung“ (Nr. 8)

Das ist doch eine innerkatholische Angelegenheit, die uns Nicht-Katholiken nicht interessiert und auch nichts angeht. Diese ganze Brühe, die unsere Medien immer wieder neu durchrühren, ist doch nichts als das Ergebnis der Äußerung eines englischen Kardinals der mir unbekannten Pius-Bruderschaft, der aus irgendwelchen Gründen den Holocaust abstreitet. Und was geht mich das an? Gibt es den Holocaust nun nicht mehr? Es gab ihn leider, er ist historische Tatsache. Und das ändert sich auch nicht, wenn er geleugnet wird. Was soll also dieses ganze Theater um Schnee von vorgestern? Hier wird hochgepuscht, was ohne jeden Wert für unsere Gegenwart ist. In der steht Israels Existenz auf dem Spiel. Darum sollten wir uns kümmern.

Ferdinand Gosling, Troisdorf



Gedenken und Politik: Neben den offiziellen Gedenkfeiern der Stadt an die Zerstörung Dresdens vor 64 Jahren gab es den „Trauermarsch“ nationaler Gruppen (Bild). Im Unterschied zur linksradikalen Gegenkundgebung blieb er immerhin friedlich. Bild: Getty

Kein Sieg!

Zu: „Alles Hirngespinste“ (Nr. 3)

In der Tat hat die deutsche Hochseeflotte der britischen Homefleet in der Skagerrak-Schlacht am 31. Mai / 1. Juni 1916 größere Verluste zugefügt, als sie selbst erlitten hat, relativ aber nicht. Ein Sieg war es trotzdem nicht. Seit der Schlacht hat die deutsche Flotte im „nassen Dreieck“ nicht mehr Anker auf gemacht. Sie war seitdem marginalisiert. Zur Entlastung der Westfront ist sie nicht eingesetzt worden, was sehr naheliegend gewesen wäre. Sie wurde vielmehr als Pluspunkt für Friedensverhandlungen in Reserve gehalten.

Dr. H.-W. Wittmeier, Rösrath

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Israels Stärke ist sein Fundament

Zu: „Wahlkämpfer propagieren ein starkes Israel“ (Nr. 5)

Das ist nicht unsere Sache. Wenn wir aber schon darüber nachdenken wollen, dann ist doch das Verlangen nach einem starken Israel eine Selbstverständlichkeit. Wäre es nicht stark, hätte sich der Völkermord an den Juden längst fortgesetzt und die Araber hätten Hitler noch überboten. Die Stärke Israels ist sein Fundament.

Über die Stärke in der Politik läßt sich natürlich immer streiten. Ich habe den einseitigen Waffenstillstand Israels für einen Fehler gehalten, weil ich glaube, daß die Hamas vernichtet werden muß, wenn in dieser Region endlich Frieden einkehren soll. Die EU ist da anderer Meinung. Aber so ist eben Politik.

Konrad Bakeburg, Duisburg

Hoffentlich findet Obama Lösungen

Zu: „Schnell ernüchtert“ (Nr. 6)

Daß auch Obama nur mit Wasser kochen kann, ist ja nicht neu. Aber seine Ziele und Absichten werden doch deutlich, und auch sein Wille ist erkennbar, sich ihnen anzunähern. Die kommenden Monate und Jahre werden zeigen, was wirklich in ihm steckt, wie er dazulernt und hoffentlich auch Lösungen findet, die seinen Träumen nahe kommen.

Wir können nicht abschätzen, was an ihm echt und was anerzogen und aufgesetzt ist, wir wissen auch nicht, welchen Einfluß diejenigen haben, die seinen Wahlkampf finanziert haben. Es gibt schon viele Fragezeichen. Aber es ist ihm doch zu wünschen, daß er nicht die vielen enttäuscht, die auf ihn gesetzt haben.

Gabriele Runge, Berlin

Vor 64 Jahren

Zu: „Der Kommandeur ist da, wo seine Männer sind“ (Nr. 6)

Sie haben mir eine Freude gemacht mit dem Artikel über Generalleutnant Mauss. Es freut mich, ihm hier erneut zu begegnen. Unsere erste Begegnung fand vor 64 Jahren auf der Frischen Nehrung statt.

Erika Selke-Albat, München

Weißer Schimmel

Zu: „Israel bringt die Linke aus dem Konzept“ (Nr. 2)

Ich lese regelmäßig „Moment mal!“ In Ihrem oben genannten Artikel erwähnen Sie das Wort Düsenjet. Jet ist das englische Wort für Düse. Im übertragenen Sinne sprechen Sie also von einem weißen Schimmel.

Prof. Dr.-Ing. habil. Dr.-Ing. e. h. Paul Walter Baier, Kaiserslautern

Die *PAZ* ist eine Zeitung mit Durchblick

Zu: *PAZ*

Endlich komme ich dazu, Ihnen und der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* ein gutes, erfolgreiches neues Jahr zu wünschen! Die *PAZ* ist eine Zeitung mit Durchblick, die wohltuende und fundierte Beiträge liefert, die uns im uns umgebenden negativen Umfeld auch viel Positives beschert. Bleiben Sie unbedingt bei Ihrer differenzierten Sichtweise! Wir schätzen Ihre Zeitung sehr und lesen sie gern!

Inge Schmidt, Hamburg

Neue Rechtschreibung ist sinnentstellend

Zu: Leserbrief „Aus Protest alle Zeitungen abbestellt“ (Nr. 3)

Recht hat der Leserbriefschreiber! Auch ich lese nur noch die *PAZ* und das „Deutsche Adelsblatt“ aufgrund der Rechtschreibweise. Bücher, in „Neudeutsch“ gedruckt, gleich welch interessanten Inhaltes sie auch seien, wandern ausnahmslos in den Papiermüll, sie sind des Aufhebens nicht wert, gehören nicht zu unserer Kultur! Es ist nicht nachvollziehbar, warum „es tut mir Leid“ groß geschrieben wird, aber „es tut mir weh“ klein. Aber: Es ist eben nicht egal, ob wir zusammenschreiben oder zusammen schreiben. Es wird nur sinnentstellend.

„Trink Wasser für Hunde“ las ich kürzlich (der Aufforderung folgte ich nicht!) und auch „mit Piano Begleitung“ stelle ich mir beschwerlich vor. Das sind Irr-wüchse? Nein; denn so müßte ein intelligentes Kind das Wort „bisschen“ nun auch so vorlesen: bis-schen und das Wort „Messergebnisse“: Messer-gebnisse. Ist das wirklich „verständlichere“ Schreib- und Sprechweise?

Bitte, liebe, niveauvolle *PAZ*, gib dem „Neudeutschen“ keine Chance, die Leserschaft wird es danken. Resigniert nicht vor dem Zeitgeist des Aushöhlens unserer Kultursprache, das auf Verunsicherung von Lehrern und Schülern und weiterer Spaltung der Generationen abzielt!

Es reicht schon, daß die deutsche Höflichkeitsform der Anrede nicht mehr gewahrt wird, generell nur Vor- und Nachname dazu benutzt wird, „hallo“ als korrekt empfunden werden und Namen wie der meine einfach mit ue und das v groß geschrieben werden. Es reicht wirklich!

Astrid v. Günther, Reinhardshagen

... und das Spektakel begann

Zu: „Päpstliches PR-Desaster“ (Nr. 6)

Ohne Zweifel hätten die Zuarbeiter des Papstes sorgfältiger arbeiten können, was aber wohl nichts daran ändert, daß der Papst verlorene Schafe wieder in den Schoß der katholischen Kirche zurückholen wollte, wozu er Nähe braucht.

Dieser Vorgang hätte aber wohl kaum ein Mediengewitter produziert und den Zentralrat auf den Plan gerufen.

Als Unbeteiligter und Unberührter, den weder die ihm unbekannte Pius-Bruderschaft interessiert noch ihr britischer Kardinal Willamson (was habe ich mit Briten am Hut?), wird hier wieder der alte Pawlow aktiv. Fällt ein bestimmtes Stichwort, hier „Leugnung des Holocaust“, springen die Eingeübten in Position, und das Spektakel beginnt, das leider den Papst zu Unrecht einbezieht (man erinnere sich an Mannichl).

Für den nüchternen Verstand eines Demokraten nicht zu begreifen: Bei uns hat die freie Meinung nur eine Gastrolle. Wer da meinen sollte, den Holocaust hätte es nicht so gegeben und jüdische Mitmenschen wären nicht vergast worden, gehört ins Gefängnis. Wir haben das Phänomen zu beachten, daß wir einzig auf unserer Erde nur am Holocaust nicht zweifeln dürfen. Die jüdischen Opfer, denen wie allen anderen unser Schmerz und unsere Trauer gilt, sind von allen anderen unzähligen Opfern abgehoben, sind Opfer mit besonderem Status.

Und somit begann ein Spektakel, das selbst Frau Merkel auf den Plan rief, die allerdings lieber geschwiegen hätte. Es ist zum Selbstläufer geworden.

Rudolf Schiele, Hattingen

Wie ich als polnischer Journalist über das Massengrab in Marienburg recherchierte

Zu: „Bisher nur Mosaiksteinchen“ (Nr. 5)

Mit Interesse habe ich in der *Preußischen Allgemeine Zeitung* Ihren Artikel über das Massengrab in Marienburg gelesen, in dem auch ich zitiert werde. Die in Ihrem Artikel genannte Zahl von „Hundert Schädeln mit Einschußlöchern“ stammt wahrscheinlich aus der Zeitung „Die Welt“, in der ich wiederum von meinem Kollegen Gerhard Gnauck zitiert wurde, allerdings mit einem kleinen Zahlenfehler, der durch Kommunikationsprobleme vor Ort entstanden ist.

Als ich dort im Auftrag der Zeitschrift „SuperIllu“ die Geschichte in Marienburg recherchierte, konnte ich erfahren, daß etwa 20 unter den dort zuerst gefundenen 65 Menschenschädeln Einschußlöcher aufweisen. Bei den weiteren dort gefundenen 1800 Skeletten wiesen nur einige wenige solche Einschußlöcher auf. So ist davon auszugehen, daß etwas über ein Prozent aller dort bisher gefundenen Skelette solche Einschußlöcher aufweisen. Dies haben mir sowohl der dortige Staatsanwalt Piotr Wojciechowski als auch der Archäologe Zbigniew Sawicki vor Ort gesagt. Nicht alle Skelette waren allerdings komplett, und bei zahlreichen fehlten die Schädel oder andere Körperteile. So ist die Zahl derartiger Schädel mit Einschußlöchern nur annähernd feststellbar.

Auffallend ist meiner Meinung nach die Tatsache, daß es unter den 65 zuerst gefundenen Skeletten ganze 20 mit Einschußlöchern an den Schädeln gab, das heißt etwa 30 Prozent. In der Gesamtzahl der Skelette machen sie dagegen nur etwa ein Prozent aus. Die 65 Skelette lagen auch dicht beieinander. Dies legt den Schluß nahe, daß es sich bei diesen Toten um eine Gruppe von Menschen handeln könnte, die zur gleichen Zeit gestorben sind und begraben wurden. Womöglich waren es Menschen, die an der Begräbnisstelle oder in der Nähe getötet wurden (auch durch Kopfschüsse). Ob es sich möglicherweise um Menschen handelt, welche die überall in Marienburg und der Umgebung rum liegenden Leichen aufgesammelt, sie dann zu der Grube gebracht haben und dann womöglich selbst (aus Angst vor Seuchenübertragung – damals herrschte dort laut diversen Berichten eine Typhusepidemie) erschossen wurden, bleibt ungeklärt.

Zeitzeugin befragt: Sowjets als Täter

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie auf einen Artikel zum gleichen Thema hinweisen, der in der Zeitschrift „SuperIllu“ erschienen ist. Darin beschreiben ich und mein Kollege, Gerald Praschl, das Schicksal einer deutschen Familie, die (zusammen mit vielen anderen Flüchtlingen) in der Nähe von Marienburg von den Sowjets abgefangen wurde. Die Hälfte der Familienmitglieder (darunter kleine Kinder) wurde von den sowjetischen Soldaten gleich ermordet. Das Interview mit Frau Kawka, die im Mittelpunkt des Artikels steht, sowie eine weitere Zeugenaussage haben wir bereits an die polnische Staatsanwaltschaft in Marienburg (Malbork) und an das Danziger Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) geschickt.

Die Zeitung „SuperIllu“ wird die Entwicklung der Untersuchungen weiterhin beobachten und nach weiteren Zeugen der Geschehnisse suchen. Sollten sich auch bei Ihnen Zeugen melden, die etwas zur Aufklärung der Geschichte beitragen könnten, sollten sie sich auch Kontakt mit der polnischen Staatsanwaltschaft in Marienburg (Malbork) und dem Danziger IPN-Institut aufnehmen: IPN Gdansk, Naczelnik prok. Maciej Schulz, ul. Witomi@ka 19, 81-311 Gdynia, Polen, Telefon (0048-58) 660-67-32 oder -45, Mail: anita.sulkowska@pn.gov.pl oder Prokuratura Rejonowa w Malborku, Prokurator Piotr Wojciechowski, pl. Slowianski 6, 82-200 Malbork, Polen, Tel.: 0048 55 272 24 94 – 125.

In der Hoffnung, Ihnen bei Ihren Aufklärungsbemühungen etwas geholfen zu haben.

Andrzej Stach, Journalist

Das Ostpreußenblatt

Nr. 9 – 28. Februar 2009

MELDUNGEN

Ende einer Garnisonstadt

Tilsit – Seit 1687 war die Memelmetropole Garnisonstadt. Hier lagen die Blauen Dragoner, Infanteristen und Artilleristen der 1. Ostpreußischen ID, Aufklärer der 24. Panzerdivision und viele andere. 1945 zog die Rote Armee in die vom Krieg nahezu unzerstört gebliebenen Kasernen und bevölkerte die Stadt. Doch nun kam das Aus, die letzten Einheiten haben Tilsit verlassen. In einem feierlichen Zeremoniell verabschiedeten die Stadtoberen die angetretenen Soldaten. Der Abmarsch der Truppenfahne der 40. Garde-Panzerdivision wurde von Stadtpräsidentin Tatjana Sedych mit guten Wünschen für die Zukunft begleitet. Viele Jahrzehnte war das Militär fester Bestandteil der Stadt. Die Truppenfahne war 1918 dem Orenburger Kosakenregiment verliehen worden. Mit ihr zog das 2. Kavalleriekorps in den Zweiten Weltkrieg. 1945 wurde es in Tilsit stationiert und zu Panzergrenadierregimentern umformiert, die ab 1957 die 40. Garde-Panzer-division bildeten. Sie rollte 1968 in die Tschechoslowakei, wo sie an der Niederschlagung des Prager Frühlings beteiligt war – die Truppenfahne war immer dabei. Für die mittelständische Wirtschaft der Stadt bringt der Abzug gravierende Nachteile, dabei hat sie schon unter den Folgen der Wirtschaftskrise zu leiden. Ein Trost bleibt: Das renommierte Militärhospital in der Moltkestraße hat die Armee nicht aufgelöst, sondern der Kommune übereignet. *H.D.*

Neuer Kessel für Fernwärme

Osterode – Etwa fünf Millionen Zloty (rund eine Million Euro) hat das Städtische Energie-Wärme-Unternehmen in einen neuen Kessel investiert. Die Investition war nötig geworden, da der alte Kessel nicht die nötige Leistung brachte, um ein neues Versorgungsnetz anzuschließen. Der Bau des neuen Kessels dauerte ein Jahr. Er soll nicht nur einfach zu bedienen, sondern auch sparsam sein. Er kommt mit drei Vierteln der Energie aus, die der alte verbrauchte. Offen ist noch, ob diese Ersparnis an den Endkunden weitergereicht wird. *PAZ*

Privilegierte Unternehmen

Königsberg – Der Flughafen in Powunden, die Jantar-Werft und die Supermarktkette Victoria gehören zu den insgesamt fast 300 Unternehmen, die bei der Überwindung der Wirtschaftskrise staatliche Unterstützung erhalten sollen. Die russische Zentralregierung begründet diese Privilegierung damit, daß es sich um sogenannte systembildende Unternehmen handele, deren Insolvenz die gesamte Wirtschaft der Russischen Föderation in Mitleidenschaft ziehen würde. *PAZ*

Schatzsuche in der Heimat

Auch nach 65 Jahren wird noch vergrabener Familienbesitz geborgen – Eigentumsrecht völkerrechtlich klar

Sind die Vertriebenen noch Eigentümer ihrer Hinterlassenschaften in ihrer Heimat? Die Bundesregierung drückt sich um ein „Ja“ oder „Nein“ in dieser grundlegenden Frage herum. Daß diese auch heute noch aktuell ist, belegen die Fälle, in denen Betroffene alte Familienschätze bergen, was nach deutschen Recht und nach Völkerrecht gewiß kein Diebstahl ist. Nach polnischen und wohl auch russischem Recht sieht es anders aus. Wir dokumentieren einen aktuellen Fall aus dem „Ebenroder Heimatbrief“ (gekürzt und etwas bearbeitet).

Am 14. Juli 2008 fuhr unsere Gruppe nach Tutschen und Kattenau, Kreis Ebenrode, um nach den Kostbarkeiten zu suchen, die unsere Familie bei der Flucht 1944 hatte zurücklassen müssen. Die erste Nacht in Trakehnen war vorbei. Wir hatten in unseren Privatquartieren gut geschlafen. Zu unserem großen Bedauern regnete es leicht und wir hatten uns für den Tag doch so viel vorgenommen. Wir suchten unsere „sieben Sachen“ zusammen, Otto kaufte in letzter Minute noch mit Hilfe von Gerhard Scheer einen Spaten, und dann fuhren wir schwer bepackt in einem großen Auto Richtung Tutschen, zu unserem ersten Ziel. Unterwegs machten wir einen kurzen Stopp am Trakehner Bahnhof.

Die Spannung stieg, als wir uns Kattenau näherten. Für Nicole, Annemarie und Adi war es der erste Urlaub in Ostpreußen, wir „Alten Hasen“ kannten mittlerweile die Strecke und wunderten uns nicht mehr so sehr über die holprigen Straßen. In Kattenau bogen wir am ehemaligen Gutshaus „von Lenski“ nach links ab in Richtung Tutschen. Ob der Ort noch existiert wußten wir nicht. Ich wußte nur aus den Aufzeichnungen meiner Eltern, daß Tutschen vier Kilometer von Kattenau entfernt lag.

Als wir die Kattenauer Höhen erreicht hatten, sahen wir bereits vor uns erste Häuser, also gab es doch noch den Ort Tutschen. Nicole konnte es gar nicht glauben – ihre Freude war ansteckend. Wir ließen uns langsam durch den Ort bis zum Ende fahren und stiegen aus. „Spürnase“ Otto fand auf Anhieb den alten Friedhof, der auf der rechten Seite am Ortsende liegt. Auf dem Friedhof sah es wie auf dem Kattenauer Friedhof aus. Es gab keine Grabsteine mehr. Wir fanden allerdings die gemauerten Eingangspfosten des Friedhofes. Wir fanden sogar noch blühende Bartnelken – vielleicht stammen sie noch aus der guten alten Zeit!?

Unser nächstes Ziel war der Friedhof, der am Ortsausgang auf der rechten Seite friedlich, aber trostlos und vergessen liegt. Wir gedachten der dort ruhenden Rutkowskis und legten ihnen zu Ehren den mitgebrachten Kranz nieder. In der Ferne sahen wir bereits die Anhöhe und die Gebüschgruppe, wo bis zum 17. Oktober 1945 die Familie Rutkowski wohnte.

Gut vorbereitet mit Detektor und Opas »Schatzkarte«

Nach dem letzten Haus verließen wir die Straße und folgten einem Feldweg. Direkt hinter dem großen Kolchosestall hat sich ein riesiger See gebildet. Das Laufen bereitete uns erhebliche Mühe, denn der Boden war vom Regen sehr rutschig geworden. „Aussteuer wir kommen!“ Ich hätte es Otto nicht verübelt, wenn er sich mehr Zeit gelassen hätte, aber er rannte mit seinem Metallsucher, als ob jemand hinter ihm her ist. Wir fünf ließen es langsamer angehen, freuten uns, daß wir angekommen waren, schauten uns um und fanden wieder die Pflaumen-, Äpfel- und Sauerkirschenbäume. Wir ließen uns die Pfälzer Worscht mit Mostrich schmecken, kämpften mit Stechmücken und Wespen und sahen Otto zu, wie er mit seinem Suchgerät immer auf und ab ging. Plötzlich nahm er einen Spaten und fing zu graben an. Bis wir ihn erreichten, hatte er bereits das erste Stück gefunden und hielt es triumphierend hoch: Ein Töpfchen (Menagerie) für Salz, Pfeffer und Mostrich – später tauchte noch der passende Porzellanlöffel auf.



„Aussteuer, wir kommen!“: Schatzsucher wie einst Schliemann in Troja. Bild: Conradi

Dann ging es relativ schnell – der braune Sauerkrauttopf lag in der Erde und mußte zerbrochen werden, damit wir an den Inhalt kamen. Danach mußte die danebenliegende Milchkanne freigelegt werden. Otto konnte sie nach 64 Jahren befreien. Sie war sehr verrostet, es hatten sich schon Löcher gebildet, und der Deckel ließ sich nur mit roher Gewalt öffnen – heraus kamen viele Gläser. An dieser Stelle muß ich unserem Otto ein dickes Lob aussprechen, denn er hat die meiste Arbeit gehabt. Er hat sich mit Hilfe der von seinem Opa Wilhelm hinterlassenen „Schatzkarte“ sehr gut vorbereitet und ist mit großem Eifer an die Arbeit gegangen. Wie Schliemann einst Troja ausgrub, so arbeitete Otto fachmännisch und vorsichtig mit der russischen Schippe – ohne Rücksicht auf die eigene Gesundheit benutzte er seine bloßen Hände, bis der Erfolg sichtbar wurde.

Wir waren bereits im Aufbruch, da piepste es bei Otto wieder, nicht so stark, aber einen Versuch war es wert. In zirka 60 Zentimeter Tiefe erschienen Teile von einem Holzdeckel, der bereits vermodert war. Nach kurzer Zeit tauchte der Boden einer Kaffeekanne auf, Otto legte sich auf den Boden und grub mit den Händen weiter, bis die Kaffeekanne freigelegt war. Als nächstes war ein Stapel Dessertteller mit Goldrand zu sehen.

Nun stellte sich die Frage: Wie bekommen wir die vielen Porzellan- und Glassachen weg. Nicole hatte die rettende Idee: Wir konnten große Blätter der hier sehr verbreiteten Kletten als Verpackungsmaterial verwenden. Wir mußten allerdings viele Blätter einsammeln, um unsere „Schätze“ verpacken zu können. Glück hatten wir auch, daß Nicole, Annemarie und Adi mit uns nach Kattenau gekommen waren. Sie unterstützten uns sehr, teilten unsere Freude über den sensationellen Fund und halfen uns auch beim Abtransport.

Erna Conradi

Polens wichtigstes Exportgut

Möbel: Ihr Verkauf läuft in Deutschlands östlichem Nachbarn anders ab als anderswo in Europa

Die Möbelbranche ist Polens wichtigster exportierender Wirtschaftszweig. Für rund sechs Milliarden Euro wurden im Jahr 2008 Möbel ausgeführt. Deutschland gehört zu den Hauptabnehmern, deshalb sind auf der jährlich stattfindenden Internationale Möbelmesse IMM in Köln auch immer Aussteller aus Polen vertreten.

In diesem Jahr waren es allerdings nur acht; und nur einer legte die große Entfernung von Masuren zum Rhein zurück. Aus Allenstein zog es die „Mazurskie Meble International Carry Home Collection“ (MMI CHC) nach Köln.

Immerhin schon achtmal war Mazurskie Meble in den vergangenen zehn Jahren auf dieser Messe vertreten. Verkaufsleiter Miroslaw Miszowaty registriert diesmal weniger Aussteller und auch weniger Messebesucher als in den Vorjahren. Er führt das auf die insgesamt schlechtere wirtschaftliche Lage zurück.

Seine Firma produziert mit rund 1200 Beschäftigten jede Art von Möbeln, „außer Badmöbel, Küchen und Stühle“. Gefertigt wird in Ortelsburg und Bartenstein. Einzelne Teile wie Beschläge bezieht MMI CHC aus der Bundesrepublik Deutschland oder Italien.

Miszowaty äußert nicht ohne Stolz, daß sein Arbeitgeber zu den „größten Zehn der Branche in Polen“ gehört. Während die Exportquote von MMI CHC vor einigen Jahren noch bei rund 80 Prozent lag, ist sie seit dem EU-Beitritt Polens im Jahre 2004 auf 50 bis 60 Prozent zurückgegangen. Was in diesem Fall nichts anderes heißt, als daß jetzt mehr in Polen verkauft wird, weil dort die Kaufkraft und der Lebensstandard zugelegt haben.

Bei den Exporten stehen Deutschland und Großbritannien ganz vorn. Es folgen die Schweiz und die südosteuropäischen Länder einschließlich Ungarn, Slowakei und der der Tschechischen Republik.

Der Verkauf von Möbeln laufe in Polen etwas anders ab als sonst in Europa, so Miszowaty. Es gebe dort nur wenige Großhändler, die Ware werde über lokale und regionale Einzelhändler vertrieben. Außerdem finde zweimal jährlich in Allenstein eine Hausmesse statt, bei der Endverbraucher direkt bei Mazurskie Meble einkaufen könnten.

Produziert werde nur auf Bestellung, Möbel „auf Lager“ gebe es – abgesehen von Kleinmöbeln – nicht mehr. Was der Kunde in der Ausstellung beim Händler oder im Katalog sieht, möchte er natürlich am liebsten morgen in den eigenen vier Wänden haben. Deshalb sind auch, besonders bei jungen Käufern, „Mitnahme-Möbel“ sehr beliebt. Für die Wohnzimmerschrankwand oder das komplette Schlafzimmer gilt jedoch immer noch der übliche Ablauf: Bestellen, Produzieren, Liefern.

Eine schnelle Produktion und Lieferung sei daher das A und O. „Bei Mazurskie Meble sind 95 Prozent der Katalogware innerhalb einer Woche lieferbar.“

Die Möbelbranche sieht Miroslaw Miszowaty als drittstärksten Wirtschaftsfaktor im südlichen Ostpreußen: „In der Woiwodschaft Ermland und Masuren gibt es relativ wenig Industrie. An erster Stelle steht der Tourismus. Dann folgt wohl die Autozulieferindustrie. Ein französischer Reifenhersteller betreibt in Allenstein das größte Reifenwerk Europas. An dritter Stelle rangiert die Holz- und Möbelindustrie.“

Siegfried Schmidtke

Fotos offenbaren Parallelen

Ausstellung über die Montanreviere in Ruhrgebiet und Oberschlesien

In Oberschlesien und im Ruhrgebiet haben Kohle und Stahl die Landschaft in ähnlicher Weise geprägt: Fördertürme und Hochöfen dominierten hier wie dort als neue Wahrzeichen des Fortschritts. Gründerzeitliche Zechen und Kolonien, aber auch Kirchen und Theatergebäude weisen nicht selten die gleiche architektonische Handschrift auf. Bis 1918 gehörten die beiden Montanreviere komplett zum Deutschen Reich. Die selben Konzerne engagierten sich deutschland- und europaweit. Einzelne Architekten übernahmen Bauaufträge in unterschiedlichen Industrieregionen. So schuf Carl Moritz nicht nur das Stadttheater in Kattowitz, sondern auch das Hotel Handelshof am Essener Hauptbahnhof und die Nikolauskirche in Essen-Stoppenberg. Johannes Franziskus Klomp betrieb um 1910 neben seinem Dortmunder Hauptbüro zwei Zweigbüros in Beuthen und Kattowitz. Im östlichen Ruhrgebiet errichtete er mehrere Sakralbauten, darunter die Dortmunder Dreifaltigkeitskirche im Borsigplatz-Viertel. In Oberschlesien schuf er die monumentale Pauluskirche in Ruda-Friedenshütte. Dort ist das Portal durch einen Bibelvers in deutscher und in polnischer Sprache verziert, der sowohl die NS-Herrschaft als auch die kommunistische Diktatur unzerstört überstand.

Solche bemerkenswerten Parallelen zwischen dem Ruhrgebiet und Oberschlesien werden in der Fotoausstellung des LWL-Industriemuseums einander gegenübergestellt. Das Oberschlesische Landesmuseum präsentiert die Ausstellung „Montanrevier“ vom 15. März bis zum 10. Mai. Beide Museen blicken mittlerweile auf eine mehrjährige gute Zusammenarbeit zurück und haben ein großes Interesse an der vergleichenden Montangeschichte des Ruhrgebiets und des Oberschlesischen Industriegebiets.

Ab 15. März im Oberschlesischen Landesmuseum

In der Ausstellung zeigen Fotografien von Martin Holtappels, Piotr Muschalik und Thomas Stachelhaus sowie historische Ansichtskarten Fördergerüste und Malakofftürme, Bergarbeiterkolonien und Gartenstädte, die Villa Hügel und Schloß Plawniowitz, die Essener Synagoge und die Christ-Königs-Kathedrale von Kattowitz. Einander gegenübergestellt werden den Hochöfen aus Hattingen und Ruda, Dampfmaschinen aus Bochum und Hindenburg sowie Theatergebäude aus Duisburg und Beuthen. Obwohl nach dem Zweiten Weltkrieg vielerorts Plattenbausiedlungen errichtet wurden, konnte Oberschlesien auf weite Strecken sein „reviertypisches“ Erscheinungsbild bis heute bewahren. Dies dokumentieren die Fotos von Piotr Muschalik. Fotos und Ansichtskarten regen zur Beschäftigung mit den beiden Montanrevieren, dem typischen Landschaftsbild, ihrer Geschichte, ihrer aktuellen Umstrukturierung und ihren Zukunftsperspektiven an.

Ergänzt wird die Ausstellung in Ratingen durch Bergbau-Realien aus den Beständen des Oberschlesischen Landesmuseums – diverse Arbeitsgeräte, Uniformen, Kohleschnitzereien und Exponate aus dem Alltagsleben im oberschlesischen Industrierevier. *M. R.*

Nähere Informationen gibt das Oberschlesische Landesmuseum, Bahnhofstraße 71, 40883 Ratingen, Telefon (02102) 965-0, Fax (02102) 965-400, E-Mail: info@oslm.de, Internet: www.oslm.de. Das Museum ist dienstags bis sonntags von 11 bis 17 Uhr und Ostermontag geöffnet. An anderen Montagen sowie Karfreitag bis Ostersonntag ist das Haus geschlossen.

Vorschläge gesucht

Donauschwäbischer Kulturpreis

Alle zwei Jahre vergibt das Land Baden-Württemberg für hervorragende Leistungen vorwiegend in den Bereichen Literatur, Musik und Bildende Kunst seinen Donauschwäbischen Kulturpreis. Im Jahr 2009 wird dieser Preis für „Darstellende Kunst: Theater, Film und Medien“ ausgeschrieben. Die Ausschreibung wendet sich vor allem an Personen, die in den Bereichen Theater, Film, Hörfunk, Fernsehen und Presse tätig sind.

Einsendefristende ist der 2. Juni

Wie das von Heribert Rech (CDU) geführte Innenministerium in Stuttgart mitteilte, wird der Preis in erster Linie donauschwäbischen Kulturschaffenden verliehen, deren Werk das Kulturgut ihrer Volksgruppe repräsentiert. Der Preis kann auch anderen Personen verliehen werden, die der donauschwäbischen Kultur verbunden sind und deren Werk entweder die kulturellen Wechselwirkungen zwischen den Donauschwaben und ihren Nachbarn in den östlichen Siedlungsgebieten repräsentiert oder der Verständigung zwischen Donauschwaben und ihren ehemaligen Nachbarn dient. Der Kulturpreis besteht aus einem mit 5000 Euro dotierten Hauptpreis und zwei Förderpreisen von jeweils 2500 Euro.

Zulässig sind sowohl Eigenbewerbungen als auch Vorschläge Dritter. Über die Vergabe der Preise entscheidet eine Jury unter Ausschluß des Rechtsweges. Bewerbungen und Vorschläge sind bis zum 2. Juni 2009 beim Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, einzureichen. Für weitere Auskünfte steht das Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg (Telefon 0711/66951-14) zur Verfügung. *PAZ*

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

es gibt Momente, da steht man betroffen da, obgleich die Angelegenheit nicht so gravierend erscheint, jedenfalls auf den ersten Blick. In diesem Fall handelte es sich um einen Brief, der zurückgekommen war, wahrscheinlich falsch adressiert oder aus anderen Gründen nicht zustellbar. Und das ergab dann auch der postalische Vermerk. Eigentlich war es nur ein Kreuz, das an einem Vordruck, der die möglichen Gründe der Rücksendung auflistete, in dem Kästchen eingesetzt war, in dem als Begründung „Empfänger soll verstorben sein“ vermerkt war. Den Brief hatte ich an eine Leserin geschrieben, die mir ihre Lebens- und Leidensgeschichte geschildert hatte, in der es auch einige Suchfragen gab. Allerdings waren diese so gestellt, daß ich sie nicht entschlüsseln konnte, es fehlten Daten, Namen und andere Angaben, die zu einer gezielten Suche in unserer Kolumne notwendig sind. Da die Bearbeitung dieses Briefes viel Zeit in Anspruch nahm, verzögerte sich die Beantwortung. Und nun die Rücksendung mit dem schockierenden Vermerk. Natürlich macht man sich da den Vorwurf: Hättest du nicht schneller reagieren müssen? Aber wie sollte ich wissen, daß das Lebenslicht der Schreiberin schon am Verlöschen war? Ich habe ihren Brief noch einmal in Ruhe gelesen, er ist eine einzige Anklage an das Schicksal, das von Flucht, Verschleppung, Gefangenschaft und der bitteren Enttäuschung über Menschen, denen sie vertraut hatte, bestimmt wurde. Vielleicht tat es schon gut, daß sie darüber einmal schreiben konnte, Ballast, der von der Seele fiel, wenn auch die Druckstellen blieben. Es ist mir ein Bedürfnis, über diesen Brief zu sprechen, dessen Antwort die Schreiberin nicht mehr erreichte. Ich habe das Gedicht „Gebet“ von Frida Jung hervorgeholt, das mit der Bitte beginnt: „Herr, gib ihr helle Augen ...“ und endet: „... und eine stille Seele, die deinen Frieden hat!“ Das ist eine bessere Antwort als die von mir geschriebene, die sie nicht mehr erreichte.

Fast jeder Suchbrief, der an unsere Ostpreußische Familie gerichtet ist, enthüllt ein Vertriebenenschicksal, das Seiten füllen könnte. Wie das unseres neuen Lesers **Alexander Littner** aus Garz, dessen Familie im Laufe des Zweiten Weltkrieges aus seinem damals noch so jungen Leben verschwand, so daß nicht einmal sein richtiger Name blieb. Seit einigen Jahren beschäftigt er sich intensiv mit Ahnenforschung und hat auch schon viel erreicht, aber es bleiben noch Fragen offen. Nun hofft er, daß unsere Ostpreußische Familie ihm helfen kann. Alexander Littner wurde als **Alexius Freundt** am 6. Juli 1941 in Wartenburg geboren. Sein Vater **Eugen** Freundt, * 1913 als Sohn des **Viktor Rochus** Freundt und seiner Ehefrau **Agathe** geborene **Kullik** in Allenstein, fiel im Krieg. Er erlag seinen bei Graigero erlittenen Verletzungen am 3. April 1944 im Luftwaffen-Lazarett in Bukarest und wurde auf dem Soldatenfriedhof „Pro Patria“ beerdigt. Mutter **Agathe Freundt** ging mit ihrer Schwester **Maria** und dem dreijährigen Alexius von ihrer Wohnung Bahnhofstraße 15/16 in Wartenburg auf die Flucht, auf der die Frauen verstarben. Die Mutter soll, wie sich Herr Littner erinnern will, kurz vor Stettin sitzend in einem Viehwagen verstorben sein. Die Tote wurde ausgeladen, am Bahndamm abgelegt und mit einem weinroten Mantel zugedeckt. Zwei junge Mädchen sollen sich zuerst des verwaisten Kindes angenommen haben, aber dann soll es in Stettin allein weinend auf dem Bahnhof gestanden haben, mutterseelenallein, bis es von irgendwelchen Hilfskräften in das Durchgangslager Bansin auf der Insel Usedom gebracht wurde. Von dort holte das dort lebende Ehepaar **Gerda** und **Arthur Littner** den Jungen zu sich nach Garz. Nach der Adoption 1949 erhielt Alexius den Namen Alexander Littner. Seine Großmutter Johanna Freundt hat versucht, noch vor der Adoption den Enkel zu sich nach Wedel zu holen, und schrieb deshalb im August 1948 an das Ehepaar Littner. Diesen Brief hat die Großmutter immer verwahrt, der Enkel fand ihn auf der Suche nach seiner Familie bei Verwandten in Hamburg, auch die Ablehnung der Behörden mit der Begründung, die Großmutter sei „zu alt“ für die Betreuung des Enkels. Die Verbindung erlosch nicht zuletzt durch den Eisernen Vorhang. Umso erfreulicher, daß Herr Littner jetzt so weit in seiner Familiengeschichte gekommen ist, aber eine Frage beschäftigt ihn noch immer sehr: Wo wurde seine leibliche Mutter Agathe Freundt begraben? Er schreibt dazu:

„In einem Brief schreibt eine Frau **Kostrzewa** 1948 aus Rosenweide an meine Oma Freundt, daß ihre Cousine Agathe auf dem Transport ins Reich kurz vor Stettin in Scheune verstorben sei. Ein Besuch auf dem Soldatenfriedhof in Neumark (heute polnisch Stare Czanowa) ergab, daß dort Gebeine von Flüchtlingen, die in Scheune ums Leben kamen, beigesetzt wurden Herr **Vandree** aus Wilhelmshafen hat 1945 unter polnischer Aufsicht in Scheune verstorbene Flüchtlinge und Soldaten aus dem Zug holen müssen. Über diese Toten sollen Listen angefertigt worden sein. Leider sind diese nicht mehr auffindbar.“



Familie Freundt (von links nach rechts): Agathe (* 5. Februar 1914 in Wartenburg, † 6. Oktober 1945), Alexius (* 6. Juli 1941) und Eugen (* 30. September 1913 in Allenstein, † 3. April 1944 in Bukarest) Bild: privat

Nun ist die Frage, ob Agathe Freundt auch in Neumark beerdigt wurde? Gibt es noch Zeitzeugen, die damals auch in dem Flüchtlingszug aus dem südlichen Ostpreußen waren oder die über die erwähnten Listen Auskunft geben können. „Vielleicht lerne ich über diesen Weg (die Ostpreußische Familie) Menschen kennen, die mir Auskunft geben können“, hofft der gebürtige Wartenburger. (Alexander Littner, Karl-Marx-Straße 11 b in 17419 Garz, Telefon 038376/20269.)

Um einen Adoptionsfall geht es auch bei der nächsten Frage. Aber während Alexander Littner seine Vorfahren aufklären kann – wenn auch spät –, sieht es bei Frau **Maria Blümke** anders aus. Sie erfuhr erst bei ihrer Hochzeit den Namen ihrer leiblichen Mutter Hedwig Rafael. Als das Ehepaar **Johann** und **Maria Pawlowski** aus Goldap das Kind aus einem Königsberger Heim holte, war es erst sechs Wochen alt. Die Pflegeeltern schwiegen beharrlich über die Herkunft des Mädchens, die Pflegemutter blockte jede Frage ab, bis sie notgedrungen beim Aufgebot den Namen der leiblichen Mutter preisgeben mußte, da keine Geburtsurkunde vorhanden war. Frau Blümke weiß nicht einmal, wie der Name geschrieben wird: **Rafael** – **Raphael** – **Raffael**? Geburtsdatum und -ort stehen fest: **Maria Marlene** wurde am 22. Juni 1942 in Königsberg geboren, wahrscheinlich in einer Klinik oder einem Entbindungsheim. Die Mutter **Hedwig Anna** Rafael muß zu der Zeit in Königsberg gewohnt haben, wahrscheinlich stammte sie aus Goldap, denn auch dort hat sie gelebt. Ob und in welchem Verhältnis sie zu den Goldaper Pflegeeltern stand, ist unbekannt. Ebenso fehlen alle Angaben zur Person der Mutter wie Geburtsort und -datum. Angeblich soll sie vor der Tochter schon mehrere Geburten gehabt haben, so daß Maria Blümke geborene Rafael Geschwister haben könnte. Sie hat erst spät Anstrengungen unternommen, etwas über ihre Herkunft zu erfahren, in der DDR war es ja auch kaum möglich, aber nun „komme ich immer weniger zur Ruhe“, wie sie sagt. Da der Suchweg über unsere Ostpreußische Familie ihr anscheinend nicht bekannt war, hat sich dankenswerterweise unsere Leserin – und Goldaperin – **Anita Eßer** geborene **Kutz** der Sache angenommen und sich an mich gewandt. Deshalb sind auch alle Zuschriften an ihre Anschrift zu richten. (Anita Eßer, Fichtenweg 10 in 41372 Niederkrüchten, Telefon 02163/81952, E-Mail: ruaessen@t-online.de)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Foto: Pawlik

So, nun wollen wir es aber etwas leichter angehen lassen, denn da hat sich so allerhand angesammelt. Einiges bei unserem – begeisterten – Leser **Werner Schlenter** aus Essen, der in seinem Schreiben ausführlich auf das Thema Heimatstuben eingeht. Er hat in den letzten Jahren mehrere Haushalte mit auflösen müssen, und dabei kamen mitunter kleine Dinge zum Vorschein, die achtlos auf dem Sperrmüll gelandet wären, wenn er sie nicht für eine unserer Heimatstuben gerettet hätte. Seine Vorfahren kommen aus Ost- oder Westpreußen, er ist oft dort gewesen, und hat deshalb einen Blick für die echten Relikte aus unserer Heimat. So entdeckte er ein Schnapspinchen aus Pr. Eylau, einen metallenen Schuhanzieher mit der Aufschrift „Oskar Droska, der Schuhfachmann, Neidenburg, Mercedes Alleinverkauf“ – mit eingravierten Äffchen – und zuletzt ein altes Ölbild im Goldrahmen, 60 mal 50 Zentimeter, das mit großer Wahrscheinlichkeit ein masurisches Motiv zeigt: ein strohgedecktes Bauernhaus mit Ziehbrunnen, an dem ein alter Mann hantiert. Das Bild ist mit **Frd. Glas** signiert. Wer kennt diesen Namen und weiß, wo der Maler gelebt hat? Leider ist das beigelegte Foto von dem Bild mit Rahmen nicht für einen Abdruck geeignet, aber es ist ein sehr anheimelndes, die Ruhe der einsamen Landschaft ausstrahlendes Bild – das fortgeworfen werden sollte! Nun wird es eine Heimatstube bereichern, und es wäre schön, wenn man mehr über den Maler wüßte, dann könnte man es vielleicht auch örtlich bestimmen. Herr Schlenter nimmt seine Funde zum Anlaß, an unsere ältere Leserschaft zu appellieren, die Gegenstände, die mit der Heimat in Verbindung zu bringen sind, sehr zeitig zu spenden. Es sind nur winzige Spuren mitunter, die aber in Heimatstuben sichtbar zur Geltung kommen, meint Herr Schlenter und schlägt vor, die Anschriften der ost- und westpreußischen Heimatstuben aufzulisten. Wir werden diesen Vorschlag weiter verfolgen. (Werner Schlenter, Koopmanns Hude 13 in 45326 Essen.)

Eure

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 104. GEBURTSTAG

Kiehl, Maria, geb. **Gryzan**, aus Karpen, Kreis Johannisburg, jetzt Friedrich-Ebert-Straße 1, 30851 Langenhagen, am 4. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Tritscher, Karl, aus Wabbeln, Kreis Ebenrode, jetzt Odenwaldstraße 1, Altenheim, 67551 Worms, am 21. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kletzing, Helene, geb. **Symanzik**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Schillerstraße 11 a, OT Seebad Warnemünde, 18119 Rostock, am 4. März

Ussat, Alfred, aus Ebenrode, jetzt Handelweg 3 A, 31785 Hameln, am 7. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gawlick, Martha, geb. **Suck**, aus Upalten, Kreis Lyck, jetzt Bahnhofstraße 34, bei Trajkowit, 04680 Colditz, am 5. März

Kellner, Käthe, aus Lyck, jetzt Brambusch 280, 31749 Auetal, am 7. März

Wehrmann, Frieda, geb. **Garstka**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Verbindungsstraße 15, 41334 Nettetal, am 5. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Johnke, Charlotte, geb. **Schubert**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlweg 12/1, 71577 Großerlach, am 5. März

Räntsch, Dr. Fritz, aus Klein Lenkuk, Kreis Lötzen, jetzt Holbeinstraße 6, 24539 Neumünster, am 4. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Grasteit, Willy, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, jetzt Dr. Johannes-Heidenhain-Straße 20, 83301 Traunreut, am 6. März

Kirschning, Walter, aus Demmen, Kreis Elchniederung, jetzt Tempelhofer Straße 102, 30853 Langenhagen, am 8. März

Landt, Erika, geb. **Grade**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Lindenstraße 43, 09217 Burgstädt, am 5. März

Locke, Gustav, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Museum 5, 47506 Neukirchen, am 4. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Kowalski, Erika, geb. **Skonietzki**, aus Chorapp, Schönwalde, Kreis Neidenburg, jetzt Rüsingstraße 12, 44894 Bochum, am 3. März

Sehr geehrte Kreisvertreter, bitte denken Sie an die Zusendung der Termine für die Heimattreffen 2009!

Kroll, Hilde, geb. **Pannek**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Am Krausen Baum 40, 50321 Brühl, am 3. März

Otte, Ruth, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, jetzt Offenbergstraße 19, Altenheim, 48151 Münster, am 3. März

Strauch, Mimi, geb. **Malkowski**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, jetzt Rüdersdorferstraße 61, 15569 Woltersdorf, am 7. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baltrusch, Erna, geb. **Polzien**, aus Braunsberg, jetzt Saatziger Straße 18, 23701 Eutin, am 2. März

Rauscher, Edith, geb. **Hagen**, aus Borschen, Kreis Lyck, jetzt Schlüterstraße 8, c/o Rot-Kreuz-Heim, 90480 Nürnberg, am 2. März

Ruba, Elfriede, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Schellenbekker Straße 15, 44279 Wuppertal, am 8. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Jessat, Margarete, geb. **Raudszus**, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, jetzt Feldmannstraße 132, 66119 Saarbrükken, am 1. März

Nitsch, Liselotte, geb. **Weißfuß**, aus Altenberg und Steinbeck, Kreis Königsberg, jetzt 31020 Ahrenfeld, am 21. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Czychon, Elfriede, geb. **Geyer**, aus Statzen, Kreis Lyck, jetzt Frankfurter Straße 15, 48529 Nordhorn, am 3. März

Dierks, Erna, geb. **Drost**, aus Neukuhren, Kreis Samland, jetzt Elbestraße 14, 27442 Gnarrenberg, am 2. März

Gawehn, Albert, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, jetzt Postfach 106, 90576 Langenzenn, am 8. März

Kaiser, Anni, geb. **Borm**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Castroper Straße 233, 45665 Recklinghausen, am 8. März

Kowalski, Alfred, aus Niostoy, Kreis Neidenburg, jetzt Königsholz 33, 58433 Witten, am 4. März

Nickel, Gertrud, geb. **Mross**, aus Ortelsburg, jetzt Boehläckerstraße 6, 67435 Neustadt, am 7. März

Schmetzer, Martha, geb. **Steppukat**, aus Kummeln, Kreis Ebenrode, jetzt Ernst-Barlach-Straße 12, 34414 Warburg, am 7. März

Weiß, Anneliese, geb. **Neumann**, aus Lötzen und Kruglanken, jetzt Heekweg 50, 48161 Münster, am 3. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alex, Siegfried, aus Grünhof-Kippen, Kreis Elchniederung, jetzt 3802 Highway 6, B0K 1V0 Tatamagouche, N.S. Kanada, am 8. März

Burbulla, Lydia, geb. **Kilimann**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Langenberg Straße 13, 46147 Oberhausen, am 5. März

David, Charlotte, geb. **Sköries**, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, jetzt 24805 Hamdorf, am 7. März

Drochner, Heinz, aus Elchniederung, jetzt Schmaler Lehmberg 30, 23568 Lübeck, am 27. Februar

Gabbey, Karla, geb. **Neumann** aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Osterstraße 72, 28199 Bremen, am 5. März

Hlavka-Mozarski, Rose, geb. **Hlavka**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Mathystraße 11, 76133 Karlsruhe, am 2. März

Hoeppner, Elfriede, geb. **Hennig**, aus Lyck, Hindenburgstraße, jetzt Rinkartstraße 29, 12437 Berlin, am 2. März

Mattheus, Irmgard, geb. **Pissowotzki**, aus Gruhsen, Kreis Johannisburg, jetzt Rathenau-Straße 20, 66877 Ramstein-Miesenbach, am 7. März

Mrotzek, Meta, geb. **Zander**, aus Lauken, Kreis Ebenrode, jetzt Behrenstraße 2, 40233 Düsseldorf, am 1. März

Naujek, Alfred, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Grenzbogen 15, 24955 Harrislee, am 6. März

Norloch, Wanda, geb. **Dietrich**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, jetzt Jacobsohnstraße 54 C, 13086 Berlin, am 6. März

Quasnitza, Rosemarie, geb. **Woelke**, aus Prostken, Lyck, jetzt Felhoopenstücken 36/40, Feddersenstiftung, 22529 Hamburg, am 5. März

Ruppenstein, Erwin, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Lunar Lane 9200, 34668 Port Richy, Fl. , USA, am 1. März

Schaefer, Dorothea, geb. **Burkhard**, aus Königsberg, jetzt Auf der Worth, 30855 Langenhagen, am 28. Februar

Schiller, Helmut, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Rosenweg 3, 26419 Schortens, am 2. März

Schimkat, Kurt, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, jetzt Rabishauer Straße 28, 37603 Holzminden, am 1. März

Schwarz, Lydia, geb. **Hill**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, jetzt Bruchhagen 12, 31595 Steyerberg, am 2. März

Wiemer, Gertrud, geb. **Kroll**, aus Ebenrode, jetzt Christian-Roller-Straße 47, 77855 Aachen, am 6. März

Wolfram, Helene, geb. **Stach**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, jetzt Am Kehlgraben 3, 96317 Kronach, am 6. März

Zgaga, Paul, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Ostpreußenstraße 27, 74740 Adelsheim, am 3. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Arndt, Helmut, aus Heiligenbeil, Herzog-Albrecht-Straße 32, Delhovener Straße 22, 50259 Pulheim, am 3. März

Bergner, Irma, geb. **Malle**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Donnersbergstraße 1, 60528 Frankfurt, am 1. März

Borreck, Anneliese, geb. **Goldack**, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Bergstraße 39 A, 24226 Heikendorf, am 2. März

Broziewski, Schwester Franziska, aus Gollen, Kreis Lyck, jetzt Kuckuckstraße 7, 49610 Quakenbrück, am 1. März

Dittkuhn, Gerhard, aus Kloken, Kreis Elchniederung, jetzt Nelkenwinkel 7, 39116 Magdeburg, am 5. März

Edlefs, Ursel, geb. **Sulimma**, aus Lyck, Bahnbeamtenhaus 3, jetzt Charlottenburger Straße 46, 22045 Hamburg, am 6. März

Friemann, Else, geb. **Schleiser**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Bugginger Straße 2, 79114 Freiburg, am 7. März

Funk, Ingrid, geb. **Worgull**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Florastraße 98, 45888 Gelsenkirchen, am 7. März

Hempel, Christa, geb. **Becker**, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Karlsbader Straße 14, 79650 Schopfheim, am 7. März

Jorzik, Walter, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, jetzt Hohnschaftstraße 268, 51061 Köln, am 8. März

Kämpfer, Helga, geb. **Goetzie**, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, jetzt Brunnenstraße 85, 04600 Altenburg, am 7. März

Kallisch, Erich, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Lindenplatz 10, 35447 Reiskirchen, am 4. März

Konetzka, Gerhard, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Danziger Straße 25, 27755 Delmenhorst, am 5. März

Kreiner, Ilse, geb. **Lehnerdt**, aus Gumbinnen, jetzt Postfach 1561, 9000 Windhoek, Namibia, am 7. März

Labodda, Erich, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Isenacker 5, 49494 Soest, am 7. März

Lipinski, Armin, aus Ortelsburg, jetzt Moorkamp 5 A, 38108 Braunschweig, am 2. März

Matthiszik, Christa, geb. **Hellwich**, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, jetzt Falkenthaler Steig 61, 13467 Berlin, am 8. März

Mehr, Ursula, geb. **Knies**, aus Fohrenhorst, Kreis Ebenrode, jetzt Josef-Seliger-Straße 464, 85221 Dachau, am 8. März

Negraschus, Degenhard, geb. **Negraszus**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Rudolf-Grosse-Straße 7, 10318 Berlin, am 1. März

Petrick, Hans, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Hopfenweg 5, 38315 Hornburg, am 5. März

Reimann, Horst, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 2, jetzt Gorch-Fock-Platz 15, 29683 Fallingbostel, am 3. März

Rosenfeld, Hans-Joachim, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt August-Gottlieb-Straße 4, 36251 Bad Hersfeld, am 1. März

Schink, Erich, aus Heiligenbeil, Laforceweg 18 a, jetzt Vinnhorster Weg 87, 30419 Hannover, am 8. März

Sokolowski, Hildegard, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Zimmermann-Straße 8, 37075 Göttingen, am 6. März

Sprengel, Fritz-Heinrich, aus Germau, jetzt Thomas-Mann-Straße 11, 31707 Bad Eilsen, am 3. März

Stark, Kurt, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Am Fuchsberge 30, 99427 Weimar, am 2. März

Statz, Elisabeth, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Eckernförder Straße 15, 24894 Tolk, am 5. März

Ullisch, Traute, geb. **Schwille**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, jetzt Barbarastraße 22 a, 52477 Alsdorf, am 7. März

Wiegand, Ursula, geb. **Krusat**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Sembachtal 4, 99891 Winterstein, am 2. März

Wietzorek, Magdalene, geb. **Pentz**, aus Lyck, jetzt Schubartstraße 4, 89537 Giengen an der Brenz, am 5. März



Dose, Herbert, und Ehefrau Klara, geb. **Naujack**, aus Schölen, Bahnwärterhaus 95, Ludwigsort-Schölen, jetzt Op de Geest 111, 24536 Neumünster, am 5. März

Klein, Ernst, aus Vorderfreudenthal, Kreis Heiligenbeil und Ehefrau Margarethe, aus Andreaswalde, Kreis Johannisburg, jetzt Vinhage 11, 48341 Altenberge, am 11. Februar

»Wir gratulieren« auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens 10 Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt. Bestellungen nimmt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Dieter Schultz, Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg, Telefon (040) 41400820, Fax (040) 41400819, E-Mail: schultz@ostpreussen.de, gerne entgegen.

Frühjahrs-Stickseminar im Ostheim

Bad Pyrmont – Das Ostheim bietet auch in diesem Jahr wieder ein Frühjahrs-Stickseminar in Bad Pyrmont an. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum-, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten. Das Seminar (vier Tage) beginnt am Mittwoch, dem 25. März, um 16 Uhr mit der Einführung und endet am Sonntag, dem 29. März, nach dem Mittagessen (12 Uhr). Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 221 Euro im Doppelzimmer, 245 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension und die Seminargebühr (ohne Material). Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad sowie ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.
Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim-Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 28. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Die Weiße Rose – Studentischer Widerstand gegen Hitler.

Sonnabend, 28. Februar, 21.10 Uhr, n-tv: n-tv History – Jugend eines Diktators.

Sonnabend, 28. Februar, 22.05 Uhr, N24: 9/11 – Die Verschwörungstheorien.

Sonnabend, 28. Februar, 22.10 Uhr, n-tv: n-tv History – Hightech Nazijagd.

Sonnabend, 28. Februar, 0.00 Uhr, Phoenix: Meine Geschichte – Häftling der Stasi.

Sonntag, 1. März, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 1. März, 20 Uhr, Arte: Der amerikanische Bürgerkrieg (1/9).

Montag, 2. März, 21 Uhr, ARD: Terroristenjagd im Sauerland – Wie das BKA ein Blutbad verhinderte.

Montag, 2. März, 20.15 Uhr, Phoenix: Geheimnisvolle Orte – Hitlers Schloß in Posen.

Mittwoch, 4. März, 23.15 Uhr, ARD: Das Kind, der Tod und die Wahrheit – Das Rätsel um den Palästinenserjugen Mohammes Al-Durah.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2009

7. / 8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. bis 26. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

4. bis 6. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont

16. / 17. Mai: Arbeitstagung Deutsche Vereine südliches Ostpreußen und Memelland

17. bis 23. Mai: 10. Werkwoche in Ostpreußen (Allenstein)

25. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein

25. bis 27. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

25. bis 27. September: 7. Kommunalpolitischer Kongreß

12. bis 18. Oktober: 55. Werkwoche in Bad Pyrmont

2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Auskünfte erteilt die Landsmannschaft Ostpreußen, Oberstraße 14 b, 20144 Hamburg, Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird im Ostpreußenblatt gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 4. März, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart. Vortrag: Dr. Marianne Kopp: „Agnes Miegel – Stimme Ostpreußens“. Dr. Marianne Kopp, Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft beschäftigt sich seit über 25 Jahren mit Leben und Werk von Agnes Miegel, über die sie auch ihre Dissertation geschrieben hat. Agnes Miegel wurde am 9. März 1879 in Königsberg geboren und starb am 26. Oktober 1964 in Bad Salzuflen. Früh schon findet sie zu ihrem ganz eigenen Ton, ihrer eigenen Sprache, Gedankenwelt und Art der Gestaltung. Börries von Münchhausen erkennt: „Agnes Miegel ist der größte lebende Balladendichter unseres Volkes“. Träume und Visionen der Dichterin mit dem „Zweiten Gesicht“ werden bittere Wirklichkeit, als im Februar 1945 auch sie die zerstörte Vaterstadt Königsberg verlassen muß und mit einem der letzten Flüchtlingsschiffe über die Ostsee nach Dänemark kommt. Von ihren Landsleuten und Schicksalsgefährten zärtlich „Mutter Ostpreußen“ genannt, reichen die Themen ihrer Erzählungen und Märchen doch bis in alle Welt. Der Kieler Germanist und Lyriker Dr. Bodo Heimann hat die Dichterin in einem Vortrag eine „Weltbürgerin der Poesie“ betitelt. Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion.

Buchen – Sonntag, 1. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Ehrungen und Wahlen in der Pfarrscheune, Buchen-Hainstadt (neben der Kirche). Anschließend wird Dr. Marianne Kopp über Agnes Miegel referieren. – Sonntag, 15. März, 14 Uhr, „Offenes Frühlings-Ansingen“ mit Musizieren, Tänzen, Ratespielen und leckeren „Frühlingswaffeln“ im Foyer der Mehrzweckhalle, Buchen-Hainstadt. – Vom 31. Juli bis 10. August führt die Gruppe eine Ostpreußenbusfahrt nach Königsberg, Memelland, Masuren, Westpreußen und an die Küste Pommerns durch. Nähere Informationen bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Heidelberg – Sonntag, 1. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Hotel Leonardo. Im Anschluß beschäftigt man sich mit Ernst Wiechert. Gäste sind willkommen.

Lahr – Donnerstag, 5. März, 18 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3. Parkgelegenheiten sind vorhanden. Leider schließt das Stammlokal Krone Ende Februar seine Pforten. Nachdem die Gruppe sich dort die letzten 28 Jahre zum monatlichen Stammtisch eindefunden hatte, geht es nun in die neuen Räumen.

Reutlingen – Sonnabend, 7. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen und anschließendem Grützwurstessen. Treffpunkt ist der „Treffpunkt für Ältere“, Gustav-Werner-Straße 6 A, Reutlingen. Programm: Kaffeetafel, Begrüßung und Totenehrung, Rechenschaftsbericht des Ersten Vorsitzenden, Bericht des Kassenwartes und der Kassenprüfer, Bericht der Leiterin der Frauengruppe, Aussprache über Berichte (Entlastung des Ersten Vorsitzenden, des Schatzmeisters beziehungsweise des Vorstandes), Wahl des Ersten und Zweiten Vorsitzenden, Schatzmeisters, Leiterin Frauengruppe, Kassenprüfer und der Beisitzer, Berichte und Beratung über eingegangene Anträge, sonstige Anliegen – Vorschau auf die geplanten Veranstaltungen, Ehrungen.

Stuttgart – Sonnabend, 28. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal. Landeskulturreferentin Ursula Gehm hält einen Vortrag: „Erinnerung an die ostpreußische Dichterin Charlotte Keyser – Dichtung und Lebensweg“. Davor Kaffeetrinken. Bitte Kuchen mitbringen. – Dienstag, 10. März, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, kleiner Saal. Zusammen mit Frau Lüttich dreht sich alles um „Im Märzen der Bauer ...“. Mit Liedern, Gedichten und Geschichten zum Frühlingsanfang.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 28. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Augustiner“, kleiner Saal. Dr. Klaus Leder hält einen Vortrag: „Fluchtpunkt und neue Heimat – Erinnerungen an den Flüchtlingsseelsorger Martin Leder und die Gemeinschaft evangelischer Schlesier in Bayern“.

Bad Reichenhall – Zu Beginn erinnerte der Vorsitzende M. R Hoffmann an die Geburtstage von Felix Mendelssohn-B. (200.), Heinz Erhardt (100.), Copernicus, E. Kästner, Agnes Miegel. Zehn Jahre nach Goethe ist Friedrich Schiller an der Reihe: der 250. Geburtstag (2009 ist ein Schiller-Jahr 1759–1805). Dann gedachte Hoffmann seiner eigenen Erlebnisse: „Gegen das Vergessen“. Nach der Flucht aus seiner Heimatstadt Posen (22. Januar 1945) ist die Familie bei Verwandten in Berlin untergekommen. Als die Bombenangriffe in Berlin unerträglich wurden – man Stunden im Bunker verbrachte – wurde beschlossen, Berlin zu verlassen. Als Geheimtip unter den Schutzbunker-Insassen galt Dresden. Die Stadt war bisher vom Bombenterror verschont, war als reine Lazarett- und Kunststadt deklariert, hatte dementsprechend keine Flugabwehr oder Schutzbunker. So kaufte Hoffmann am 12. Februar 1945 die Fahrkarten und am 13. Februar 45 ging es los Richtung Dresden. Man kam aber nicht bis zum Hauptbahnhof. Kurz davor hielt der Zug auf freier Strecke, und wir sahen die Einfahrt zur Hölle. Der erste Bombenangriff hatte ohne Vorwarnung begonnen. Der Stadtkern von zwölf mal sechs Kilometer wurde bei den drei Angriffen völlig zerstört. Dazu der alte große Dichter G. Hauptmann: „Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Anblick der Hölle von Dresden“. Prof. de Zayas, Völkerrechtler und UN-Botschafter bezeichnet diesen Angriff eindeutig als ein Kriegsverbrechen. Zerstört wurden unter anderem die alten Bürgerhäuser, die Museen, das Schloß, die Frauenkirche oder die Oper. Die Innenstadt Dresdens war ein einziges Flammenmeer, das man kilometerweit sehen konnte. Um dem Ausbruch von Seuchen vorzubeugen, wurden Tausende Leichen übereinandergeschichtet und verbrannt. An dieses ungesühnte Verbrechen wird sich der Vorsitzende immer erinnern. Auf der Weiterfahrt kamen immer wieder Tiefflieger und beschossen die vollen Züge mit Frauen und Kindern. Auch das wird ihm stets im Gedächtnis bleiben. In jenen Tagen hatten unsere Schutzengel viel zu tun. Dank dafür! Zum Schluß gab M. R. Hoffmann bekannt, daß er – wie angekündigt – als Vorsitzender zum 1. März 2009 zurücktritt. Er bedankte sich bei seinen Landsleuten für die jahrelange Treue und für das harmonische Zusammensein. Sein Dank galt auch der Presse für die prompte Veröffentlichung der Berichte. Seiner Nachfolgerin, der bisherigen Stellvertreterin und Stadträtin aus Berchtesgaden Erika Gugg, wünschte Hoffmann alles Gute. Die Landsleute erhalten eine kompetente Vorsitzende. Die Gruppe ist in guten Händen.

Bamberg – Mittwoch, 18. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung in der Gaststätte Tambosi, Promenade.

Erlangen – Donnerstag, 12. März, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im Freizeitzentrum Frankenhof, Raum 20. Lm. Klingenberg zeigt einen Film über die Mennuniten in Südamerika. – Die ostpreußische Mundart kam bei der letzten Veranstaltung mal wieder nicht zu kurz. Sigrid Heimburger wußte viele Wippchen zu erzählen, und auch Frau Kohlhoff von den Nürnbergern Heimatfreunden trug zum guten Gelingen bei. Die Vorsitzende Brigitte Küfner las die Geschichte über das einjährige Jubiläum von Tilsit in der Schweiz vor. Natürlich gab es passend dazu Tilsiter Käse zu essen. Die gut besuchte Veranstaltung ging fröhlich zu Ende.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 6. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Wirtshaus Auf der Lände.

Ingolstadt – Sonntag, 15. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Weiden – Sonntag, 1. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Heimgarten“.

Weißenburg-Gunzenhausen – Sonnabend, 7. März, 10.30 Uhr, Bezirkstreffen Ost- und Westpreußen Mittelfranken in Ellingen. Unter der Leitung von Heide Bauer werden Erfahrungen und Berichte ausgetauscht, anschließend Besuch im Kulturzentrum Ostpreußen, „Schloßbräustübel“, Ellingen.

Starnberg – Donnerstag, 12. März, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im Bayerischen Hof, König-Ludwig Zimmer



BERLIN

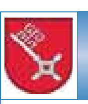
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 8. März, 15 Uhr, „Stammhaus“, Rohrdamm 24, 13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 11. März, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10953 Berlin, Lesung mit Herrn Schäfer. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (0421) 510603, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr.

Bremerhaven – Freitag, 27. Februar, Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl im „Barlach-Haus“. Kosten für Kaffee, Tee und Gebäck sowie eventuell einige herzhafte Speisen rund 4 Euro pro Person. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen.



HAMBURG

Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Mittwoch, 11. März, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppenleiter und Delegierten im Haus der Heimat, Teilfeld 8, erster Stock, gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke. – Sonntag, 5. April, 14 Uhr, Besuch der Theateraufführung „Der zerbrochene Krug“ unter der Regie von Maria von Bismarck in der Dittchenbühne. Gesamtpreis 28 Euro pro Peron, ohne Busfahrt 18 Euro pro Person. Tagesablauf: 14 Uhr Abfahrt des Busses, Hamburg-Hauptbahnhof, Kirchenallee, 15 Uhr Kaffee und Kuchen, 16 Uhr Theateraufführung, 18.30 Uhr Rückfahrt.

HEIMATKREISGRUPPEN



Elchniederung – Mittwoch, 11. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heimatnachmittag in den ETV-Stuben, Bundesstraße 96, Ecke Hohe Weide, Hamburg-Eimsbüttel, U-Bahn Christuskirche. Mit Humor, Musik, frohen Liedern und Vorträgen soll ein wenig an die Heimat erinnert und der „Lenz“ begrüßt werden. Der Eintritt beträgt 2 Euro. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.



Heiligenbeil – Sonnabend, 28. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Frühlingsfest im AWO Seniorentreff, Bauerbergweg 7. Bei Kaffee und Kuchen sollen in geselliger Runde ein paar fröhliche Stunden verbracht werden. Sie erreichen den Seniorentreff mit Buslinie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche. Kostenbeitrag 5 Euro. Anmeldung bei K. Wien, Telefon (040) 30067092.



Insterburg – Mittwoch, 4. März, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Es gibt einen Video- und Bildvortrag. Mehr Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Osterode – Sonnabend, 28. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum „Kappenfest“ im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg-Ohlsdorf. Bei Musik zum Mitsingen wird in froher Runde in den Karneval geschunkelt. Man beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Gäste mit und ohne Kappe sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 3. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Autorin Annelie Papiz liest vor: „Geschehenes vor 64 Jahren“. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 27. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Begleiters, Ludwig-Rosenberg-Ring 47. Motto: „Fastnacht in Ost- und Westpreußen – Das Wissen um alte regionale Bräuche darf nicht verlorengehen“.

SALZBURGER VEREIN

Sonnabend, 7. März, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, Hamburg, zwischen Hauptbahnhof und Berliner Tor. Dr. Schlemminger hält einen Diavortrag über eine Reise nach Israel. Weiter werden Material, Vorlagen und Informationen zur Familienforschung gezeigt. Gäste sind herzlich willkommen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Landesgruppe – Sonnabend, 14. März, 10.30 Uhr, Landesdelegiertenversammlung in der Kongreßhalle Gießen, Kerkrader Zimmer. Tagesordnung: Begrüßung durch die Landesvorsitzende Margot Noll, Totenehrung, Feststellung der Beschlußfähigkeit, Genehmigung des Protokolls der Landesdelegiertenversammlung 2008, Berichte des Vorstandes (Vorsitzende der Landesgruppe, stellvertretende Vorsitzende und Landesobfrau Westpreußen, Landesfrauenreferentin, Landesschatzmeister), Bericht der Kassenprüfer, Aussprache zu den Berichten, Entlastung des Geschäftsführenden Vorstandes, Neuwahl des Vorstandes, Landeskulturtagung 2009, Kurzberichte der Kreisvorsitzenden, Verschiedenes. Voraussichtliches Ende der Versammlung 16 Uhr. Eventuelle Änderungen aus aktuellem Anlaß vorbehalten.

Darmstadt – Sonnabend, 21. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel Hauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes und Kurzvortrag von Gerhard Schröder: „Wie aus Nassauern Ostpreußen wurden“.

Kassel – Dienstag, 3. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Ab 15.30 Uhr hält Karla Weyland einen Diavortrag über „Westpreußen in Farbe“.

Weinheim – Zu einem närrischen Heimatnachmittag mit Fastnachtspurzeln und traditionellem Heringsessen traf sich die Gruppe. Die große Tafel war dem Anlaß entsprechend geschmückt und festlich eingedeckt. Das war auch gut so, war an diesem Nachmittag doch die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, als Ehrengast anwesend. Nicht nur sie, ebenso deren Besuch aus Lötzen, Irena Rynowieka, die sich auch gleich wohl fühlte, und in der Damenrunde viel Sympathie erntete. Obgleich man weder Pappnasen noch Papphüte trug, war die Stimmung enorm. Frau Lüttich, die ihre schönen und lustigen Beiträge in ostpreußischer Mundart vortrug, hatte Lacher auf ihrer Seite. So verging ein wunderschöner Nachmittag mit „ostpreußischen Spoaskes“ in Windeseile, und es hieß Abschied nehmen, was allen ein wenig schwerfiel.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Alle sind wieder herzlich eingeladen, am Ostpreußischen Sommerfest der deutschen Vereine in Ermland und Masuren teilzunehmen, welches am 25. Juli 2009 im Freilichtmuseum Hohenstein stattfindet. Wie seit 17 Jahren wird dazu von Mecklenburg-Vorpommern eigens eine Busreise nach Osterode vom 20. bis 26. Juli 2009 organisiert. Besichtigungen sind in Elbing, Allenstein, Ortelsburg, Mohrungen, Neidenburg, Osterode und Danzig vorgesehen. In Frauenburg erleben wir ein Orgelkonzert im Dom und besuchen den Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Eis. Mit dem Schiff geht es über das Frische Haff nach Kahlberg und zurück sowie über die fünf Rollberge des Oberländer Kanals. – Außerdem sind für folgende Busreisen 2009 noch Plätze frei: Lötzen-Danzig 24. April bis 1. Mai; Königsberg 20. bis 26. Mai; Riesengebirge 14. bis 21. Juni; Thorn-Posen 29. Juni bis 3. Juli; Krakau-Lemberg-Breslau 8. bis 17. Juli; Königsberg 6. bis 12. August sowie Lötzen-Vilnius-Memel-Osterode 21. August bis 1. September. Auskünfte siehe o.g. Anschrift/Telefon.

Anklam – Sonnabend, 7. März 10 bis 17 Uhr, Großes Frühlingstreffen der Ostpreußen in der Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt), Anklam. Die Landsleute blicken zugleich auf das 18jährige Bestehen ihrer Heimatarbeit in Anklam zurück. Für Mittagessen, Kaffee, Kuchen und ein schönes Kulturprogramm ist gesorgt.

Güstrow – Mitte Januar traf sich die Ostpreußengruppe zu ihrer ersten Zusammenkunft im neuen Jahr. Wie immer war der Saal im Hansa-Bad mit rund 80 Gästen gut besucht, die vom Kreisvorsitzenden Hans-Jürgen Sköries freundlich begrüßt wurden. Er erinnerte auch an den Leidensweg vieler Menschen, die vor 64 Jahren ihre

Heimat verlassen mußten. Ein ehrendes und dankbares Gedenken galt Hildegard Neumann, die in Güstrow 13 gut besuchte Ermländertreffen organisiert hat und kurz nach Weihnachten heimgerufen wurde. Als Gäste wurden Landesvorsitzender Manfred Schukat und Friedhelm Schülke aus Anklam begrüßt, die wieder ihre schönsten Aufnahmen von den Heimatreisen des Vorjahres mittels Computertechnik und Beamer vorführten.

Neubrandenburg – Ankündigung: Das 14. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern findet am Sonnabend, 3. Oktober 2009, 10 bis 17 Uhr, im Jahn-Sport-Forum, Neubrandenburg statt. Alle Landsleute und Heimatgruppen von nah und fern werden um entsprechende Terminplanung gebeten sowie um zahlreiche Teilnahme und tüchtige Werbung für dieses große Wiedersehen. Wie immer ist für das leibliche Wohl gesorgt und ein schönes Tagesprogramm in Vorbereitung.

Wismar – Ende Januar konnte die Ostpreußengruppe ihr 15jähriges Bestehen feiern. Fast 90 Landsleute aus Wismar und Umgebung waren in der Gaststätte Seeblick in Wendorf zusammengekommen. Der Vorsitzende Benno Krutzke gab einen eindrucksvollen Rechenschaftsbericht über die seitdem geleistete Arbeit. Landesvorsitzender Manfred Schukat dankte dem gesamten Vorstand und 14 weiteren Gründungsmitgliedern und zeichnete sie mit der Treue-Urkunde der Landesgruppe aus. Die kulturelle Umrahmung gestaltete mit viel Schwung der Chor „Zeitlos“ aus Neukloster, der zur Feier des Tages eigens ein kleines Ostpreußen-Repertoire einstudiert hatte.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 25. Februar, 16 Uhr, Treffen der Gruppe zur Mitgliederversammlung im Stadtparkrestaurant. Pfarrer i. R. Kurt Beyer wird über die Entwicklung Königsbergs berichten. – Bei der ersten Veranstaltung im neuen Jahr, bei der der Frohsinn das Wort hatte, waren so viele Mitglieder mit herzerfrischenden Vorträgen dabei, daß in der zur Verfügung stehenden Zeit keine Pause entstand. Es war überwältigend.

Helmstedt – Donnerstag, 12. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Wahlen in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4.

Oldenburg – Mittwoch, 11. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadthotel Eversten. Martin Stender, Mitglied des Bundesvorstandes der Westpreußen, hält einen Vortrag über die deutschen Vereine aus dem Land an der unteren Weichsel.

Osnabrück – Sonnabend, 28. Februar, 11 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen in der Osnabrück Halle. Anmeldungen nehmen Xenia Sensfuß, Telefon 430751, und Gertrud Franke, Telefon 67479, entgegen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 14. März, 10 Uhr, diesjährige Frühjahrs-Delegierten-, Kultur- und Frauentagung der Landesgruppe in Oberhausen. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen, da Wahlen anstehen. Es wurde wieder ein interessantes Programm zusammengestellt und man hofft auf regen Besuch von Landsleuten, Jugend und Gästen wie in den Jahren zuvor. Auf der Tagung wird die Gedenkschrift zum 60jährigen Bestehen der Landesgruppe vorliegen. Die Schrift hat 224 Seiten und wird zum Selbstkostenpreis (3 Euro plus Versandkosten) angeboten.

Bielefeld – Montag, 2. März, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 5. März, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 12. März, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Zehntägige Ostpreußenreise vom 18. bis 27. Juni. Busreise ab Bonn – Köln – Dortmund entlang der B 2. Fahrtko-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

sten: DZ/HP, Versicherung 845 Euro. Eine Reise für ostpreußeninteressierte Menschen mit vielen Höhepunkten. Programm bitte bei Manfred Ruhnau anfordern, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Montag, 2. März, 19 Uhr, Lesung von Ursula Dorn: „Ich war ein Wolfskind aus Königsberg“, im GHH. – Mittwoch, 4. März, 15 Uhr, ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt im Raum 311, GHH. – Donnerstag, 5. März, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH. – Montag, 9. März, 19 Uhr, Lesung „Und ich sang in den Wing“ von Dr. Hajo Buch, Konferenzraum, GHH. – Freitag, 13. März, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch mit Erich Pätzel im Restaurant Daria, Brunnenstraße. – Dienstag, 17. März, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Agnes Neumann und Ursula Schubert, Ostpreußenzimmer 412, GHH.

Gütersloh – Montag, 2. März, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt Ursula Witt, Telefon 37343. – Sonntag, 8. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung und Feierlichkeiten zum 60jährigen Bestehen der Gruppe im „Brauhaus“. Interessierte und Gäste sind natürlich willkommen und herzlich eingeladen. Für eine bessere Planung ist eine kurze telefonische Anmeldung erwünscht. Diese bitte bei Marlene v. Oppenkowski, Telefon (05241) 702919. Anträge und Vorschläge für die Jahreshauptversammlung richten Sie bitte an den Vorsitzenden Eckard Jagalla, Telefon (05241) 403872. – Donnerstag, 12. März, 15.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen, 33330 Gütersloh. Kontakt: Renate Thamm, Telefon 40422. – Treffen der Mundharmonikagruppe finden nur noch in unregelmäßigen Abständen statt. Informationen und Kontakt bei Bruno Wendig, Telefon 56933.

Köln – Dienstag, 3. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Kolpinghotel (Raum siehe Aushang), Helenenstraße 32, Köln. Thema: „Frühlingserwachen in Wort, Lied und Mundart“ von Frau Buchert und Einlagen von Mitgliedern. Es gibt auch einen Informationstisch mit Büchern und heimatlichen Rezepten. Anoder Abmeldungen an den Vorstand oder Taruttis, Telefon (0221) 791616 (auch Band). Im Anschluß findet eine Vorstandssitzung statt.

Mönchengladbach – Montag, 2. März, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Hensenhof, Roermonder Straße 78. – Sonntag, 15. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung in der Gaststätte Hensenhof, Roermonder Straße 78. Im Zusammenhang mit dem 60jährigen Bestehen der Landsmannschaft Ostpreußen wird Gerd Schiemann einen Vortrag halten: „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Dabei soll vor allem auch über die Zustimmung des Bundestages zu den ständigen Einrichtungen in Berlin zum Thema „Vertreibung“ gesprochen werden. Dabei wird insbesondere über die personellen und finanziellen Bereitstellungen des Bundes und die Möglichkeiten der eigenen landsmannschaftlichen Darstellung und Mitarbeit eingegangen.

Mühlheim an der Ruhr – Dienstag, 10. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Wahlen im „Handelshof“. Anschließend Königsberger-Klops-Essen.



RHEINLAND-PFALZ

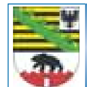
Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 7. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Ludwigshafen – Freitag, 6. März, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Arbeiterwohlfahrt zum gemütlichen Beisammensein, Forsterstraße, Ludwig-Gartenstadt.

Mainz – Freitag, 27. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 6. März, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 7. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heimatnachmittag mit Film- und Bildervortrag im Blindenzentrum, Untere Zahlbacher Straße 68. Anschließend Königsberger-Klopse-Essen. Anmeldung bei Frau Biniakowski, Telefon (06131) 5843947.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 14. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26, zur Jahreshauptversammlung. Manfred Schusziara gibt einen Rechenschafts- und Otto Waschkowski einen Kassenbericht. Nach der Kaffeetafel wird ein neuer Vorstand gewählt.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 4. März, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben. – Donnerstag, 12. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, Aschersleben. Prof. Kegler hält einen Vortrag über Albert Schweitzer.

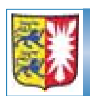
Magdeburg – Dienstag, 3. März, 16.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte SV Post. – Freitag, 6. März, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.

Dessau – Montag, 2. März, 14.30 Uhr, Singproben im Waldweg 14.

Stendal. – Montag, 9. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“. – Vom 6. bis 16. Juli plant Dr. Lange eine Reise in die Heimat (von Masuren bis ins Baltikum). Der Reisepreis beträgt rund 1100 Euro pro Person bei HP/DZ. Anmeldungen und nähere Informationen bei Dr. Lange, Telefon (039322) 3760.

Magdeburg – Sonntag, 8. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte SV Post.

Osterburg – Sonnabend, 7. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes im Forsthaus Baarsberge, Seehausen. Behandelt werden auch der Arbeitsund Veranstaltungsplan für 2009.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Donnerstag, 12. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im DRK-Haus, Lübecker Straße. – Die Gruppe führte ihre Jahreshauptversammlung durch. Nach Erledigung der Regularien hielt die Zweite Vorsitzende noch einmal Rückschau auf die Veranstaltungen des letzten Jahres und ging auf die Themen ein, die bei den monatlichen Treffen behandelt wurden. Dazu gehörte der Ausflug am 18. Mai mit einer Schiffsreise durch Schwansen und Angeln. Alle Veranstaltungen waren gut besucht. Im neuen Jahr wurde schon im Januar mit der ostpreußischen Kochkunst begonnen. Das Thema wird die Teilnehmer längere Zeit beschäftigen. Auch ein Ausflug ist wieder geplant. Wahlen standen auch auf der Tagesordnung. Da Wahlvorschläge nicht eingegangen waren, wurden Gisela Brauer wieder zur Zweiten Vorsitzenden und Georg Baltrusch zum Schriftführer gewählt. Beide nahmen die Wahl an und dankten für das Vertrauen. Sie übernehmen die Aufgabe wieder gern, soweit es die Gesundheit zuläßt. Vor Beginn der Jahreshauptversammlung hatten sich die Teilnehmer in Wiggers Gasthof zu einem Mittagessen eingefunden. Es gab Fleck oder Erbsensuppe.

Bad Schwartau – Mittwoch, 11. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Samos, Eutiner Ring 7, 23611 Bad Schwartau. Claus Seifert hält einen Diavortrag über Kolberg und Pommerns Ostseeküste“.

Fehmarn – Dienstag, 10. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Haus am Stadtpark“. Helmut Fleischer hält einen Diavortrag über „Gedenkstätten der Vertriebenen“.

Neumünster – Mittwoch, 11. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kantplatz. Buchvorstellung und Lesung mit Gerd Höpfner.

Schwarzenbek – Freitag, 27. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum traditionellen ostpreußischen Wurstessen im Schröders Hotel, Schwarzenbek. Sie können wählen zwischen einer ostpreußischen Wurstplatte, Rahmgeschnetzeltem oder Frikassee. Preis 12 Euro pro Person. Anmeldungen bis zum 23. Februar unter Telefon (04151) 81108, (04151) 5396, oder (04151) 4352. Im Programm: Stadtarchivar Dr. W. Boehart hält einen Vortrag: „Wie beeinflußten Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Jahr 1945 Schwarzenbek“. Kleine Vorträge aus den eigenen Reihen sind ebenfalls erwünscht.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (04261) 8014, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme).

Dank an Barbara (Bärbel) Lehmann – Mit Erhalt des Rentenbescheides im Februar ist unsere Geschäftsstellenleiterin Bärbel Lehmann aus dem Dienst im Angerburger Archiv und unserer Geschäftsstelle in Rotenburg (Wümme) ausgeschieden. In Seesen am Harz 1954 geboren hat sie an der Fachhochschule für soziales Wirken der Kunst in Ottersberg studiert. Sie war seit dem 16. November 1991 für die Betreuung unseres Heimatkreises Angerburg, aber auch für den westpreußischen Patenkreis Stuhm zuständig. Zunächst war Bärbel Lehmann die rechte Hand ihres Vaters, unseres Geschäftsführers Kreisoberamtsrat Herbert Lehmann. Danach leitete sie als Teilzeitkraft bis zu ihrem Ausscheiden im Februar selbständig die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Angerburg in Rotenburg (Wümme) mit großem Engagement, trotz gesundheitlicher Einschränkungen. Nach dem Beitritt der mitteldeutschen Länder Deutschlands zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 ging in unserer Geschäftsstelle eine Flut von Anfragen und Informationswünschen aus den neuen Bundesländern ein. Die Beantwortung dieser Anfragen und Wünsche nahm viel Zeit in Anspruch. Alte Heimatbriefe und Informationsmaterial über unsere Kreisgemeinschaft waren sehr gefragt. Gleichzeitig liefen die Vorbereitungen für die Wiedereröffnung des Angerburger Zimmers im Honigspeicher auf dem Gelände des Heimatbundes am 11. September 1992. Auch hier hat sich Frau Lehmann besonders eingebracht. Mit der Betreuung des Angerburger Archivs war es nicht getan. Auch die Angerburger Tage und die heimatpolitischen Tagungen in Rotenburg (Wümme), die Treffen in Güstrow sowie die Deutschlandtreffen wollten vorbereitet sein. Dafür mußten Heimatbücher und Heimatkarten für den Büchertisch zusammengestellt werden. Unterbringungswünsche mußten trotz geringer Hotelkapazität in Rotenburg (Wümme) vermittelt werden. Bärbel Lehmann konnte auf Menschen zugehen und war stets hilfsbereit. Für die Sorgen anderer hatte sie stets ein offenes Ohr. Viele Angerburger werden sich dabei gerne an die freundliche Stimme am Telefon in unserer Geschäftsstelle erinnern. Es war oft nicht einfach, das gesuchte Material im Archiv zu finden. Aber alles hat sie mit großer Freude an der Aufgabe erledigt. Es war ihr aus gesundheitlichen Gründen leider nicht vergönnt, weite Reisen zu unternehmen. Aus diesem Grunde hat sie Angerburg und Ostpreußen leider nicht besuchen können. Frau Lehmann wurde von allen, die mit ihr zu tun hatten, sehr geschätzt, wobei ihre ruhige und freundliche Art bei den Angerburgern gut ankam. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg bedauert daher das Ausscheiden von Frau Lehmann aus der Arbeit für unseren Heimatkreis. In der letzten Vorstandssitzung und anläßlich der 51. heimatpolitischen Tagung würdigte der Kreisvertreter im Namen des Vorstandes die Arbeit von Bärbel Lehmann und dankte ihr für ihren unermüdlichen Einsatz für unsere Kreisgemeinschaft, der ihr aus gesundheitlichen Gründen in letzter Zeit nicht immer leicht gefallen ist. Der Kreisvertreter überreichte Frau Lehmann Blumen sowie ein Geschenk und wünschte ihr von Herzen einen entspannten Ruhestand sowie eine Stabilisierung ihrer Gesundheit.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Gedenkfahrt „Stationen von Flucht und Vertreibung“ vom 28. August bis 6. September 2009, Reiseleitung: Peter Westphal, Telefon (05324) 798228 – Nachfolgende Reiseabläufe sind hierfür geplant: 1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Marienburg. 2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Führung durch die Marienburg. Anschließend Weiterfahrt zum polnisch-russischen Grenzübergang. Hier empfängt Sie Ihr deutschsprachiger Betreuer, der Sie während Ihres gesamten Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen begleiten wird. Anschließend Weiterreise vorbei an Königsberg, Wehlau und Tapiau und weiter über Kreuzingen bis nach Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im Hotel Rossija beziehen. Abendessen und Übernachtung in Tilsit. 3. Tag: Am Vormittag Fahrt in die Elchniederung nach Rauterskirch mit Besuch der historischen Kirche und Seckenburg an der Gilge. Am Nachmittag führt die Rundfahrt durch den Kreis Elchniederung auch über die Sköpener Brücke in den nördlichen Teil des Kreises mit Besuch von Kuckerneese, Karkeln, Inse, Rautersdorf und dem bekannten Jagdschloß Pait. Unterwegs besuchen wir auch die Kirchspielorte Neukirch, Heinrichswalde, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Übernachtung in Tilsit. 4. Tag: Busrundfahrt. Am Vormittag unternehmen Sie einen Rundgang zu Fuß von Ihrem zentral gelegenen Hotel aus durch Tilsit. Beim Gang durch die Hohe Straße und die Steinstraße kann man die einstige Schönheit der Stadt an der Memel erahnen. Der Nachmittag bleibt zur freien Verfügung, dafür steht Ihnen unser bewährter Taxiservice zur Verfügung. Übernachtung in Tilsit. 5. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit. Zunächst Fahrt über die historische Adlerbrücke in Labiau und vorbei an der Deimemündung bis nach Königsberg. Bei der Stadtführung sehen Sie die historischen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Dom mit dem Kantgrab, das restaurierte Königstor und die beeindruckenden Befestigungsanlagen der Stadt. Am Nachmittag Weiterfahrt in das Samland bis nach Rauschen an die Ostseeküste. Rundgang durch den wieder schönen und sehr lebendigen Ferienort mit seinen hübschen Holzvillen und der schönen waldbestandenen Steilküste. Nach dem Abendessen bleibt sicher noch Zeit für einen kleinen Spaziergang zur neuen Strandpromenade. Übernachtung in Rauschen. 6. Tag: An diesem Reisetag steht eine Samlandrundfahrt auf dem Programm. Zunächst fahren Sie nach Palmnicken, wo der berühmte ostpreußische Bernstein im Tagebau gewonnen wird. Anschließend besuchen Sie in Germau die Kriegsgräbergedenkstätte, ein Ort der Erinnerung an alle Opfer des vergangenen Krieges. Danach erreichen Sie Pillau und unternehmen eine Führung durch die Hafenstadt. Der Hafen von Pillau hatte eine besondere Bedeutung in den ereignisreichen Tagen im Winter 1945, als Tausende Ostpreußen ihre Heimat in kürzester Zeit verlassen mußten. Am Abend klingt bei einem Folklorekonzert im Hotel Ihr Aufenthalt im nördlichen Ostpreußen stimmungsvoll aus. Übernachtung in Rauschen. 7. Tag: Nach dem Frühstück Rückreise vorbei an Königsberg und am Frischen Haff entlang bis nach Heiligenbeil und über die russisch-polnische Grenze. Weiter geht es mit kurzem Zwischenstopp in Braunsberg bis nach Frauenburg. Hier werden Sie an der Burganlage des Frauenburger Domes zu einer Führung durch die einstige Wirkungsstätte von Nicolaus Copernicus erwartet. Anschließend Schiffsfahrt von Frauenburg über das Frische Haff bis nach Kahlberg auf der Frischen Nehrung. Auf diesem Weg über das Eis des damals zugefrorenen Haffs zogen lange Flüchtlingstrecks unter größten Opfern vor der im Winter 1945 herannahenden Front nach Westen. Danach Fahrt bis nach Gdingen zur Übernachtung. 8. Tag: Heute unternehmen Sie eine Führung durch die Dreistadt von Danzig, Zoppot und Gdingen. Während der Stadtführung unternehmen Sie auch einen Schiffsausflug zur Westerplatte. Zum Gedenken an die historischen Ereignisse, mit denen die Westerplatte verbunden ist, wurde hier eine Gedenkstätte eingerichtet. Von dem 25 Meter hohen Mahnmal hat man einen weiten Blick auf den Hafen und die Danziger Bucht. Übernachtung in Gdingen. 9. Tag: Am Vormittag Schiffsfahrt von Gdingen aus durch die Danziger Bucht bis auf die Halbinsel Hela. Die Halbinsel Hela war bis zum Kriegsende hart umkämpft und bot in den letzten Kriegswochen die einzige Möglichkeit des Abtransports der aus den ostdeutschen Gebieten wie Ostpreußen, der Danziger Bucht und der Weichselniederung geflohenen Zivilisten über See nach Westdeutschland. Anschließend per Bus vorbei an Heisternest wieder zum Festland und weiter bis nach Pommern zur Übernachtung in einem Schloßhotel in der Nähe von Köslin. 10. Tag: Rückreise nach Deutschland. (Programmänderungen vorbehalten) Leistungen: Busfahrt, Ü/HP in Marienburg, drei Ü/HP in Tilsit, zwei Ü/HP in Rauschen, zwei Ü/HP in Gdingen, Ü/HP im Schloßhotel Podewils in der Nähe von Köslin, Besichtigungsprogramm wie beschrieben, alle Steuern / Gebühren sind im Preis enthalten, inklusive Schiffsfahrt und Straßengebühren in Polen, deutschsprachige Betreuung während des Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen sowie zu den Führungen in Polen, Visabeschaffung (Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen). Preis 915 Euro, EZ-Zuschlag 180 Euro, Visagebühr 55 Euro.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

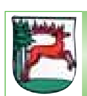
Wer kommt mit nach Ostpreußen? – Vom 13. bis 20. Mai 2009. Sie waren schon überall, auch schon in Nord-Ostpreußen? 13. Mai: Mit dem Bus von Hannover nach Elbing. Abfahrt: 8 Uhr, Einsteinstraße 45, Zusteigen auf Anfrage an der Stecke möglich. 14. Mai: über Braunsberg nach Gumbinnen (Kaiserhof). 15. Mai: Gumbinnen, Friedrichschule, Salzburger Kirche. 16. Mai: Gumbinner Umgebung, individuelle Ausflüge, abends Kantchor. 17. Mai: Tour durch das nördliche Ostpreußen: Rauschen, Palmnicken, Königsberg. 18. Mai: Königsberg, Stadtrundfahrt, abends im Zentauer. 19. Mai: Rückreise bis Schneidemühl. 20. Mai: Rückkehr nach Hannover. Kosten: 639 Euro, EZ-Zuschlag 105 Euro, Visagebühr 55 Euro. Nachfragen bei Pastor i. R. Christian Kohn, Hartenbrakenstraße 61 a, 30659 Hannover, Telefon (0511) 7683206, E-Mail: chrishei.kohn@arcor.de



MEMEL HEYDEKRUG POGEGEN

Kreisvertreter Stadt: Hans-Jörg Froese. Land: Ewald Rugullis, Heydekrug: Herbert Jaksteit. Pogegen: Kreisvertreter: Gerhard Schikschnus, Geschäftsstelle für alle vier Kreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (0621) 723636 (d), Fax 723637.

Regionaltreffen in Düsseldorf – Sonnabend, 14. März, 11 Uhr im Gerhardt-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf. Der Veranstaltungsort ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen (Nähe Hauptbahnhof). Regionaltreffen der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e. V. (AdM) und zugleich Frühjahrstreffen der Memellandgruppe Düsseldorf und Umgebung. Die Veranstaltung steht unter dem Motto: „70 Jahre Rückkehr des Memellandes“. Nach der Feierstunde mit geistlichem Wort, Ansprachen, Musikstücken von Franz Schubert und Heimatgedichten dient der Nachmittag dem geselligen Beisammensein mit Kaffee und Kuchen, ansprechender musikalischer Unterhaltung mit Tanz und dem zur Düsseldorfer Memellandgruppe gehörenden Pillkaller. Das Ende der Veranstaltung ist für 18 Uhr vorgesehen.



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Edelfried Baginski, Tel. (0209) 72007, Schweidnitzer Straße 21, 45891 Gelsenkirchen. Geschäftsführer: Manfred Katzmarzik, Tel. (0231) 373777, Am Kirchenfeld 22, 44357 Dortmund.

Zweites Heimatseminar im Ostheim – Die Kreisgemeinschaft veranstaltete vom 13. bis 15. Februar ihr zweites Heimatseminar im Ostheim in Bad Pyrmont. Der Abgang der Erlebnisgeneration und die zunehmende Übernahme der Funktionsaufgaben in den Kreisgemeinschaften begründen die zunehmende Bedeutung solcher Seminare. Mehr als 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer – unter ihnen der Vorsitzende und vier weitere Mitglieder des deutschen Kulturvereins aus Ortelsburg – waren angereist, um an dem interessanten Tagungsprogramm teilzunehmen. Die Leitung des Seminars hatte der Zweite Vorsitzende, Dieter Chilla, übernommen. Das Programm enthielt sowohl geschichtliche als auch aktuelle Themen wie zum Beispiel das Referat von Dr. Stefan Hartmann „Zur nationalpolnischen Bewegung und zur preußischen beziehungsweise deutschen Politik in Masuren vor und nach dem Ersten Weltkrieg“. Der Kreisvorsitzende referierte über die Aktivitäten der Kreisgemeinschaft, die er unter das Leitwort stellte: „Vergangenheit bewahren – die Gegenwart mit Leben erfüllen – der Zukunft hoffnungsvolle Perspektiven geben“. Dr. Manfred Schwarz und Stefan Mack präsentierten das „Bildarchiv Ostpreußen“ und wiesen einige Landsleute praktisch in das Programm und die erforderliche Bildbearbeitung ein. Sehr interessant waren auch die Referate von Frau Allmendinger über „Vorfahrensforschung mit Hilfe der DNA“ und von Marc Plessa über „Neue Ergebnisse aus der masurischen Familienforschung und Kulturgeschichte.“ In mehreren Arbeitsgruppen beschäftigten sich die Teilnehmer mit Fragen der Nachwuchsgewinnung, Hilfe für den deutschen Kulturverein „Heimat“ in Ortelsburg, mit der Genealogie und mit dem Bildarchiv Ostpreußen. Der Sonnabendabend führte die Teilnehmer zu einem fröhlichen Singen unserer schönen Volkslieder zusammen. Das Seminar war thematisch ein Erfolg und förderte sichtlich die gegenseitige Verbundenheit aller Teilnehmer.

Busreise der Kreisgemeinschaft vom 18. bis 27. Mai 2009 über Danzig nach Ortelsburg – Für diese Busreise sind noch zahlreiche Plätze frei. Die Fahrt geht über Stettin, (Übernachtung) Köslin, Großmöllen, Stolp, Lauenburg, Gdingen nach Danzig mit Ausflug nach Frauenburg, Schiffsfahrt über das Frische Haff nach Kahlberg und zurück nach Danzig (zwei Übernachtungen). Es geht weiter nach Elbing, zum Oberlandkanal bei Buchwalde, Osterode, Allenstein, Ortelsburg. Nach dem nächsten Tag zur freien Verfügung fahren wir durch die Johannisburger Heide entlang der Seenplatte nach Lyck. Nach Besichtigung des dortigen Eisenbahnmuseums geht die Fahrt mit der Lycker Schmalspurbahn durch die malerische Landschaft. Nach einem Aufenthalt in Nikolaiken wieder zurück nach Ortelsburg. Am Sonntag nach dem Gottesdienst findet das traditionelle Beisammensein mit dem „Deutschen Verein“ bei Kaffee, Kuchen und Gesang statt. Am nächsten Tag fahren wir über Passenheim nach Allenstein mit anschließendem Aufenthalt auf dem Reiterhof Marengo. Dort gibt es wie stets ein buntes Programm mit Kaffee, Kuchen sowie Folklore. Die beiden letzten Tage dienen der Rückfahrt nach Deutschland bis zum Ruhrgebiet. Nähere Auskünfte auch zur Anmeldung erteilt Christel Sender, Telefon (0209) 207614.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter (komm.): Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Kreisgemeinschaft Schloßberg hat neuen Vorstand – Die Kreisgemeinschaft hat nach dem traurigen Verlust ihres Kreisvertreters Arno Litty, der am 28. August 2008 nach schwerer Krankheit verstarb, im Verlauf der Kreistagssitzung Mitte Februar 2009 in der Heimatstube in Winsen (Luhe) einen neuen Vorstand gewählt. Wie zu erwarten war, wurde der bis dahin kommissarisch eingesetzte Kreisvertreter, Michael Gründling, einstimmig zum Kreisvertreter der KG Schloßberg gewählt. Michael Gründling wurde 1965 in Halle (Saale) geboren. Seine Vorfahren stammen aus Kiesdorf (Uschpiaunen) und Hopfendorf (Erubischken), Kreis Schloßberg (Pillkallen). 1984 machte Gründling das Abitur und leistete danach bis 1987 seinen Wehrdienst bei der NVA ab. Es folgte eine kaufmännische Lehre mit Abschluß im Jahre 1989. Seit dieser Zeit ist er ununterbrochen bei der Stadtverwaltung Halle (Saale) tätig. Gründling, ledig, kam nicht ganz unerfahren im Jahre 1996 zunächst als Kreistagsmitglied in die Kreisgemeinschaft; denn bereits seit 1991 ist er Vorsitzender der Ost- und Westpreußen der Gruppe Halle (Saale) und weiterhin Mitglied im Landesvorstand Sachsen-Anhalt der Landsmannschaft Ostpreußen. Am 13. November 2004 wurde Gründling zum stellvertretenden Kreisvertreter gewählt. Die Wahl des Ersten stellvertretenden Kreisvertreters fiel auf Joachim Löwe. Er gehört dem Kreistag der Kreisgemeinschaft seit dem 10. Dezember 2004 an. Löwe wurde 1959 in Bergen auf Rügen geboren. Sein Vater stammt aus Ebenrode (Stallupönen), ältester Sohn des letzten Direktors des dortigen Gymnasiums. Die Mutter stammt aus Willuhnen, Kreis Schloßberg, Tochter des letzten Pfarrers Eberhard Steinhausen, des Vaters unseres am 20. Jan 2004 verstorbenen langjährigen Kreisausschußmitglieds Dr. Martin Steinhausen. Löwe absolvierte ab 1965 die allgemeinbildende polytechnische Oberschule Saßnitz und ab 1973 die erweiterte Oberschule Bergen mit Abitur im Jahre 1977. Es folgten zwei Jahre Wehrdienst. Von 1979 bis 1984 studierte Löwe Kybernetik an der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock mit Abschluß zum Diplom-Ingenieur. Es folgten zunächst Tätigkeiten bei VEB Elektroanlagenbau Saßnitz (1984–1986), bei VEB SZM Haßleben (1986–1991) und ab 1991 als Leiter der Organisationsabteilung bei der Sparkasse Templin. Seit 1994 ist Löwe bei der Sparkasse Uckermark beschäftigt, wo er den EDV-Bereich der Organisationsabteilung leitet. Joachim Löwe hat einen Sohn (22) und eine Tochter (27), die beide noch studieren. Weiterhin gehören dem Vorstand durch Wiederwahl Ch.-Jörg Heidenreich (Zweiter Stellvertreter) und Heinz-Günter Huber (Schatzmeister) an. Dazu sind in den Kreisausschuß neu gewählt Norbert Schattauer, Dr. Manfred Neumann und Helmut Büttner sowie als Nachrückerin Ursula Gehm. Im Verlauf der Kreistagssitzung verlas Jörg Heidenreich einen Nachruf auf das am 6. Januar 2009 verstorbenen, langjährige Kreistagsmitglied, Karl Reuter. Ihm wurde in einer Schweigeminute gedacht. Für ihren langjährigen Einsatz für Heimat und Vaterland wurde den Kreisausschußmitgliedern Ursula Gehm das „Silberne“ und Horst Buchholz das „Goldenen Ehrenzeichen“ der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen.

Das nächste Kinderferienlager findet vom 19. Juli bis 2. August 2009 in Otterndorf statt, das nächste Hauptkreistreffen wird zusammen mit der Kreisgemeinschaft Ebenrode am 12. und 13. September 2009 in der Stadthalle Winsen (Luhe) durchgeführt.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (05733) 5585. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

Einladung zum Besuch unserer Internetseite – Seit einiger Zeit ist die Kreisgemeinschaft auch im Internet zu erreichen. Unter www.kreisgemeinschaftsensburg.de stellt sich die Kreisgemeinschaft auf ihrer Internetseite vor. Informiert wird über Sinn und Zweck, über Entstehung, Geschichte und Entwicklung dieser Institution, über Aufgaben, Arbeit und Sitz der Geschäftsstelle in der Patenstadt Remscheid, über die verschiedenen Arbeitsausschüsse und deren Aufgaben und über die Namen der in diesen Gremien ehrenamtlich beschäftigten Mitglieder. Sie lädt zum Besuch der Sensburger Heimatstube ein, die neben den Geschäftsräumen im alten Rathaus von Remscheid-Lüttringhausen untergebracht ist und sich über jeden Besucher freut. Ausführlich wird mit vielen Bildern und erklärenden Texten über die Geschichte des Kreises Sensburg und die zu dem Kreis gehörenden Kirchspiele informiert. Jedes Kirchspiel wird zusätzlich anhand von alten Bildern aus der Zeit vor 1945 vorgestellt. Ein weiteres Kapitel ist die Berichterstattung über die Tätigkeit der Sensburger Deutschen Gesellschaft „Bärentatze“, Stadt und Kreis Sensburg und über all das, was sich heute in Stadt und Kreis Sensburg tut. Dazu gehören natürlich auch Berichte über Reisen in die Heimat. Die Kreisgemeinschaft Sensburg („Webmaster“ Martin Kostka) informiert über dieses Medium über die Termine bevorstehender Kreis- und Kirchspieltreffen und berichtet nach den Zusammenkünften darüber. Der Heimatbrief wird gleich nach seinem Erscheinen auf der Internetseite vorgestellt, das Inhaltsverzeichnis wird übernommen und schwerpunktmäßig wird auf die wichtigsten Themen hingewiesen. Interessant ist eine Sammlung von Fotos aus Sensburg, Nikolaiken und den Dörfern in der Umgebung. Dazu kommen viele schöne Landschaftsaufnahmen, die bei Heimatreisen in den letzten Jahren von 1997 bis 2007 entstanden sind. Das und vieles mehr findet man auf unserer Internetseite, wir würden uns über Ihren Besuch dort freuen, schreiben Sie uns, was Ihnen zusagt, was Sie vermissen, welche weiteren Informationen Sie sich wünschen. Sie erreichen uns per Telefon, Briefpost oder E-Mail über den Punkt „Kontakt“ unserer Internetseite.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Telefon (04402) 695727, Fax: (04402) 972237. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 77723 (Anrufbeantworter), Diedrichstraße 2, 24143 Kiel.

Realgymnasium / Oberschule für Jungen – Das nächste Schultreffen findet am 10./11. Mai in der Lutherstadt Wittenberg statt. Offizieller Beginn ist am Sonntag, 10. Mai, 15 Uhr, mit der traditionellen Kaffeetafel. Nach den üblichen Regularien stehen der Nachmittag und Abend im Zeichen von Informationen, Gesprächen und Begegnungen. Am Montag um 10 Uhr begeben wir uns an Bord der MS „Wittenberg“. Während einer zweistündigen Panoramafahrt erleben wir die Flußlandschaft der mittleren Elbe. Um 16 Uhr besuchen wir die Stadtkirche St. Marien mit dem weltberühmten Cranach-Alter. Die Kirchenbesichtigung klingt aus mit einem halbstündigen Orgelkonzert. Abends ab 19 Uhr lassen wir bei Abendessen und gemütlichen Beisammensein die Erlebnisse der beiden Tage Revue passieren. Am Dienstag nach dem Frühstück schlägt die Stunde des Abschieds. Unser Hotel befindet sich inmitten der historischen Altstadt in unmittelbarer Nähe zum Lutherhaus. Unter dem Stichwort „SRT-Schultreffen“ ist bis spätestens 31. März ein Zimmerkontingent reserviert. Anmeldungen sind möglichst bald zu richten an Best Western Hotel Stadtpalais, Collegienstraße 56/57, 06886 Lutherstadt Wittenberg, Telefon (03491) 4250, Fax (03491) 425100.

Die Wurzeln der Vergangenheit reichen tief

Im kollektiven Gedächtnis der Erlebnisgeneration liegt so manch erhaltenswerter Schatz begraben

Meine Mutter stammt aus Königsberg. Sie verließ die Stadt als Kind mit ihrer Mutter und Schwester am 29. Januar 1945 mit dem letzten Boot, einem beschädigten Minensuchboot, das nur etwa 30 Passagiere aufnehmen konnte. Am nächsten Tag fuhr die „Gustloff“ vorüber, um sie aufzunehmen. Glücklicherweise lehnten ihre Mutter und die ganze Besatzung dies ab, denn sonst wären auch sie bei dem größten Schiffsunglück der Welt umgekommen.

Seit meiner Geburt war ich durch meine Mutter und meine Familie sehr stark von Ostpreußen geprägt. Meine Familie ließ sich danach niemals wirklich nieder. Sie war immer sehr stolz auf ihre Herkunft. Ich besuchte, seit ich ein kleiner Junge war, jedes Jahr vier-fünfmal meine Großeltern in Deutschland, die mir viel von Ihrer geliebten Heimat Ostpreußen berichteten. Meine Mutter, die jetzt in Amerika lebt, stellt sich bis heute immer als Preußin vor. Das prägte mich. Mir wurden immer wieder Anekdoten erzählt, bis ich die Namen von Orten, Läden und Konditoreien kannte und um die dort getragene Kleidung und das alltägliche Leben usw. Bescheid wußte.

Als ich als Rechtsanwalt in Polen arbeitete, konnte ich die Heimat meiner Großmutter in Masuren besuchen. In dem Moment, als ich die Grenze überschritt, überkam mich irgendwie ein innerer Frieden. Dennoch konnte ich die Heimat der Vorfahren meiner Mutter in Königsberg, an die sie viele Erinnerungen besaß, noch nicht besuchen.

Erst im vergangenen Jahr wagte ich mich in den russischen Teil Ostpreußens, indem ich Christian v. der Leyen und seinen Hilfstransport von der Preußischen Genossenschaft des Johanniterordens dorthin begleitete und die Hilfe und Unterstützung insbesondere des Altenpflegeheims "Carl-Blum-Haus“ in Malenuppen erleben konnte. Gibt es eine bessere Gelegenheit, als 63 Jahre nach dem Krieg in die Heimat meiner Familie zurückzukehren, Königsberg zu erleben und gleichzeitig die Arbeit der Johanniter zu unterstützen, den Bedürftigen dort zu helfen? Diese Hilfe, auch zur Selbsthilfe, vermittelte mir eine intensivere Bindung und Verbindung zu Ostpreußen und seinen Einwohnern.

Das Gefühl, in meine Heimat zurückzukehren und Bedürftigen dort zu helfen, ist unbeschreiblich. Endlich die Orte zu sehen, über die meine Familie in all den Jahren gesprochen hat, war wirklich unglaublich. Ich konnte ihre Gegenwart spüren. Was für ein Gefühl, einen Ort zu sehen, an dem Menschen mit starken Werten (und einem zivilisierten Lebensstil) gewohnt und gelebt haben, insbesondere wenn es sich bei diesen Menschen um meine eigenen Eltern, Großeltern, Cousins handelt. Ich konnte sehen, daß Königsberg eine schöne Stadt war. Was für ein Gefühl, am Schloßteich entlang zu gehen und darüber nachzudenken, wer damals und heute an seinen Ufern entlang gegangen ist. Es war schön, zu sehen, wie die derzeitige Stadtverwaltung versucht, das Stadtzentrum mit Blumenbeeten und Kolonnaden zu verschönern. Ich besuchte sogar eine Ausstellung, in der gezeigt wurde, wie Königsberg früher aussah. Es wurden Repliken der Kronjuwelen (Königsberg war immerhin der Krönungsort der preußischen Könige), das Innere von Kirchen (Photos von den Orten, an denen meine Großeltern heirateten und wo ihre Kinder getauft wurden) sowie komplexe Repliken davon, wie die Stadt früher einmal aussah, gezeigt. Die Russen sind in Bezug auf diese Dinge jetzt sehr aufmerksam. Mir wurde sogar gesagt, daß die Stadt in etwa zehn Jahren ihren Namen zurückerhalten werde. Wir sollten uns bemühen, dies aufrechtzuerhalten. Die Russen erkennen die historische Bedeutung dieses Orts an. Man sieht die Statuen von Kant, Schiller, Herzog Albrecht. Sie anerkennen dies sogar auf einer mehr individuellen Basis. Die Russen waren so neugierig, zu erfahren, wer ich war, wer meine Familie war, wie sie lebte, welchem Zweck dieses Zimmer im Haus diente und so weiter.

Sehen mit den Augen der Vergangenheit

Während meiner Spaziergänge und Fahrten durch die Stadt sah ich bestimmte Gebäude und erkannte sie von den Bildern, die ich sah, als ich aufwuchs. Ich sagte zum Beispiel voller Aufregung: „Hier ist der Nordbahnhof! Meine Familie nahm den Zug nach Rauschen und Cranz von dort!“ Ich war so aufgeregt, und vorübergehende Passanten dachten wahrscheinlich: „Warum ist dieser Mann so aufgeregt?“ Dadurch habe ich erkannt, daß es wichtig ist, den Augenblick zu schätzen.

Obwohl Königsberg zu 90 Prozent zerstört wurde, stehen das Geburtshaus meiner Mutter, das Wohnhaus und die Schule noch immer. Meine Mutter, die keine neueren Bilder von Königsberg gesehen hat, zeichnete Skizzen der verschiedenen Orte. Es war erstaunlich, zu sehen, wie genau ihre Zeichnungen mit der Realität übereinstimmten.

Es hört sich vielleicht komisch an, aber ich war genauso bewegt, alltägliche Dinge, wie Bierflaschen zu sehen, die in europäischen Buchstaben die Aufschrift Königsberg trugen und das königliche Schloß zeigten, oder Wodkaflaschen, die in Deutsch die Aufschrift „Ostpreußischer Wodka“ trugen und das Wappen von Königsberg zeigten. Es zeigt, daß die Russen nunmehr die frühere Geschichte dieses Ortes anerkennen.

Für normale Touristen Königsbergs eines der vielen baulichen Wahrzeichen der Stadt – für die früheren Bewohner ein Beweis deutscher Vergangenheit: Das Königstor Bild: Tschernyschew

Ich betrachtete auch die alten Bäume und dachte, daß irgendwie eine Verbindung besteht. Die Landschaft war so schön. Auf der polnischen Seite konnte man immer noch die Dörfer, die alten Ordenskirchen und Allen sehen. Auf der russischen Seite war die Landschaft noch immer schön, mit dem weit offenen Horizont und den Bäumen und Seen und der eindrucksvollen Küstenlinie, doch ich war überrascht, wenige Überreste von Dörfern und alten Gebäuden auf dem Land zu sehen. Der größte Teil des Ackerlands lag brach. Trotzdem fühlte ich, nachdem ich es in der Realität gesehen habe, kein Mitleid oder Bedauern, sondern eine noch stärkere Verbindung zu Ostpreußen. Man sollte an einen Ort ohne Haß oder Reue zurükkehren und bereit sein, eine Beziehung zu den derzeitigen Einwohnern aufzubauen, um ein Erbe und Vermächtnis der Gerechtigkeit zu bewahren.

Es ist interessant, zu beobachten, wie eng die Ostpreußen mit ihrer Herkunft verbunden sind. Trotz der physischen Merkmale ist es ein Ort, der im Herzen beheimatet ist. Er besitzt auch legendäre Eigenschaften und ist somit fast zeitlos. Wenn die Generationen, die dort gelebt haben, nicht mehr da sind, bedeutet das nicht, daß es zu Ende ist. Man kann den Ort und das Erbe trotzdem so in Ehren halten, wie man es mit jedem historischen Ort tun würde. Die Nachkommen gehören verschiedenen historischen und/oder kulturellen Organisationen an, und es bestehen Verbände und Clubs, die weltweit sehr aktiv sind. Genauso wie der Bund Junges Ostpreußen bewahren sie das Vermächtnis und geben den zukünftigen Generationen ein Beispiel, indem sie den kulturellen Austausch und gute Beziehungen zu dem Land ihrer Vorfahren pflegen. Deshalb betrachte ich diese Reise nicht als eine Nostalgiereise, sondern als eine Reise in die Zukunft, bei der Mitgefühl gezeigt und Hilfe an einem Ort geleistet wird, von dem ich ein Teil bin. Dadurch empfangen wir als Nachkommen von Ostpreußen und der Ostpreußen eine noch größere Belohnung.

Ich war so von der Reise beeindruckt, daß ich plane, immer wieder zurückzukehren.

Karim Peter Guen

---

selbstsüchtiger Mensch; germanischer Wurfspieß; Erdteil; student. Organisation (Abk.); tägliche Arbeit, Aufgabe; Auslese der Besten; geringe Länge oder Dauer; deutscher Dichter (Ludwig); Wasservogel; Stadt in Norditalien; tragbarer Computer (engl.); Raubfisch; Zauber-, Geheimkunst; nordische Münze; Zwiebelgewächs; imitieren, kopieren; Gewinn, Ausbeute; Mietwagen mit Fahrer; Kirchenmusikinstrument; Senkblei; niederländischer Maler; zwei Dinge, Menschen; norweg. Polarforscher (Fridtjof); große Tür, Einfahrt; schlechte Angewohnheit; in positiver Weise bestärken; Wassersportler; menschenähnliches Säugetier; Probe, Stichprobe; Verfeinerung von Speisen; Teil des Essbestecks; Fluss zum Weißen Meer; Korridor, Gang; Wintersportart; Hartschalenfrucht; veraltet: Landpolizist; preisgeben; spenden; lustig beisammen sein; amerik. Filmkomiker (Stan); Möbelstück; zittern; hohes Bauwerk; Sinfonie Beethovens; in diesem Augenblick; Sportruderer; Abkürzung für et cetera; Hauptstadt von Angola; Musik: Übungsstück (franz.); ägyptische Hafenstadt; Trauerspiel von Goethe; kehlige Töne von sich geben (Taube); Sitzmöbelstück; ein Europäer; griechische Göttin; intuitiv erfassen; Scheitelpunkt; Binnenstaat in Zentralafrika; ein Nutztier; Staat der USA; Vorsilbe: zwischen (lat.); Schmelzgefäß; Wahlübung im Sport; Gesichtsfärbung; Bürde, Drückendes; Heimat des Odysseus; Zucker-, Schokoladenüberzug; Feenkönigin, Gattin Oberons; Kirchenlied; zu keiner Zeit; knopfartiger Griff; früher als; Erinnerung; Souvenir; gehärtetes Eisen; sauber, unbeschmutzt; Wendekurve; Gedichtzeile; kurzer, heftiger Regenschauer; Art, Gattung (Kunst, Medien); Sportbekleidungsstück; eine Europäerin; voll entwickelt; erwachsen; Sinnesorgan; Schlafstätte, Nachtlager; Ferien; Querstange am Mast; Weidwerk; ohnehin, sowieso (ugs.); Kfz-Zeichen Landsberg am Lech; edle Blume; Rand eines Gewässers; Triumph, Erfolg im Wettkampf; chem. Zeichen für Tantal; gleichgültig; bedeutungslos; fromme Gestalt bei W. Busch; Stadt in Franken

So ist's richtig:

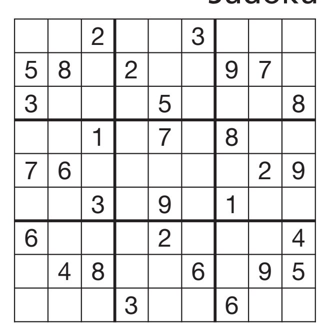
Diagonalrätsel: 1. Hasard, 2. Partie, 3. Mensch, 4. Rektor, 5. Kurier, 6. Sessel – Hantel, Diskus

Kreiskette: 1. Knaben, 2. Ballen, 3. Frevel, 4. Rosine, 5. Fische – Knallfrosch

Sudoku:

9	7	2	4	8	3	5	6	1
5	8	4	2	6	1	9	7	3
3	1	6	9	5	7	2	4	8
4	9	1	5	7	2	8	3	6
7	6	5	1	3	8	4	2	9
8	2	3	6	9	4	1	5	7
6	3	9	8	2	5	7	1	4
2	4	8	7	1	6	3	9	5
1	5	7	3	4	9	6	8	2

Sudoku



		2			3			
5	8		2			9	7	
3				5				8
		1		7		8		
7	6						2	9
		3		9		1		
6				2				4
	4	8			6		9	5
			3			6		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

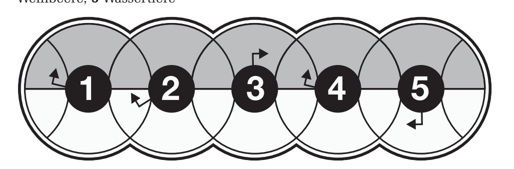
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Sportgeräte.

1 Glücksspiel
2 Gesangsrolle (Bühne)
3 Lebewesen
4 Schulleiter
5 Eilbote
6 Polstermöbelstück

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen kleinen Feuerwerkskörper.

1 Jungen, Buben, **2** Stoffrolle, **3** Verfehlung, Versündigung, **4** getrocknete Weinbeere, **5** Wassertiere



»Zwei Weiber voller Liebreiz«

Henriette Fromme war die Geliebte des Prinzen Louis Ferdinand von Preußen

Johann Gottfried Schadow, Hofbildhauer unter Friedrich Wilhelm II. und III., Baumeister und Akademiedirektor, hat neben so bekannten Skulpturen wie der Quadriga auf dem Brandenburger Tor und der Prinzessinnengruppe mit Luise und Friederike auch rund 2000 graphische Blätter hinterlassen. Ein Aquarell zeigt das Doppelporträt zweier Damen aus dem Berliner Bürgertum.

Entstanden ist das Aquarell, das sich jetzt in der Kunstsammlung der Berliner Akademie der Künste befindet, im Jahr 1804. Schadow hat es lediglich mit dem Hinweis signiert: „Madame Börger geb. Fromm und ihre Schwester“. Mit Madame Börger (links) war Louise Charlotte Elisabeth Fromme gemeint, die den Bankier und Kaufmann Johann August Börger geheiratet hatte. Die mit abgebildete Schwester war Henriette

Vor der Hochzeit mit dem Prinzen durchgebrannt

Fromme (1783–1828), die zu Lebzeiten bekannt war wie heutzutage etwa Camilla Parker-Bowles. Schadow jedoch hatte ihren Namen nicht genannt, vermutlich um keinen Skandal heraufzubeschwören.

Als Geliebte des 1806 in der Schlacht bei Saalfeld gefallenen Prinzen Louis Ferdinand von Preußen bewegte Henriette lange Zeit die Gemüter. Doch während viele historisch Interessierte das Bild des Prinzen als das eines wagemutigen jungen Mannes vor Augen haben (Theodor Fontane dichtete: „Blauäugig, blond, verwegen, und in der Hand den alten Preußendegen“), so konnte man sich von der schönen Henriette, die das Herz des Prinzen zumindest für einige Jahre an sich band, keine Vorstellung machen, denn bislang war kein Bildnis des anmutigen Mädchens bekannt. Die Kunsthistorikerin Claudia Czok hat jetzt im „Museums Journal“ (1/2009) die zweite Schöne auf Schadows Aquarell als Henriette Fromme vorgestellt. Kennengelernt hatten sich der Prinz und die Bügerstochter wohl im Sommer 1799 auf Gut Schricke bei Magdeburg, wo Henriette die Zeit bis zu ihrer geplanten Eheschließung im Haus ihres Großvaters Conrad Wilhelm Fromm verlebte. Die Königsbergerin Fanny Lewald beschrieb in ihrem 1850 erschienenen Roman über „Die Abenteuer des Prinzen Louis Ferdinand“ die Begegnung der beiden so verschiedenen Menschen: „Unberührt von dem zügellosen Leben der großen Welt ... hatte sie den Glauben an Gott, an Menschen und Tugend bewahrt, der dem Prinzen durch seine Erfahrungen in einer verderbten Gesellschaft schon lange entrissen war.“ Am Vorabend der Hochzeit verließ Henriette heimlich das Haus, um dem Prinzen nach Berlin zu folgen. Sie gebar ihm zwei Kinder, Sohn Louis (1803–1874) und Tochter Blanche (1804–1887), die bei der Schwester des Prinzen, Luise Radziwil, aufwuchsen und in den Adelsstand erhoben wurden. Man sollte meinen, daß Henriette sich an der Seite des Prinzen etabliert hätte und ein zufriedenes Leben hätte führen können. Der heißblütige Preuße jedoch konnte sich den Verführungen der Salons und anderer gesellschaftlichen Treffpunkte nicht entziehen, zu sehr war er den Frauen zugeneigt. Auch hatte sich Henriette in Berlin verändert. Zwei Schwangerschaften hatten aus dem Mädchen eine Frau gemacht, die zudem die „unschuldige Ruhe und Heiterkeit ihrer Seele“ (Fanny Lewald) verloren hatte. „Die frische Feldblume konnte nicht in der künstlichen Atmosphäre des Treibhauses gedeihen.“



Johann Gottfried Schadow: Die Schwestern Bild: Akademie der Künste, Berlin, Kunstsammlung, Inv.-Nr.: Schadow 239

Noch während der zweiten Schwangerschaft Henriettes machte der Prinz eine neue Eroberung. Seine neue Favoritin war Pauline Wiesel (1778–1848), eine stadtbekannte Schönheit, die zuvor schon einige Liebschaften hatte. Louis Ferdinand aber war von ihr derart angetan, daß er darauf bestand, sie und Henriette sollten ein freundschaftliches Verhältnis pflegen. Der Prinz hatte sich schließlich „heiß und heftig“ in Pauline verliebt, hing aber gleichzeitig mit „Innigkeit und Zärtlichkeit“ an der „himmlisch guten, lieben“ Henriette.

Lange ging diese „ménage à trois“ nicht gut. Beide Frauen waren unsäglich eifersüchtig; Henriette wollte dem Prinzen beziehungsweise seiner Schwester sogar die Kinder entziehen. Selbst Louis Ferdinand klagte in einem Brief an Rahel Varnhagen: „... diese beiden Weiber voller Liebreiz, voller Annehmlichkeiten verschiedener Art, doch beide nicht das würck-lich Liebenswerthe, auch vielleicht nicht mal das Liebenswürdige in mich lieben, da mein Herz meine Liebe sie so ganz umfaßet.“

Henriette resignierte und warf Louis Ferdinand vor: „Es war mir süß und lieb, mich von Ihnen täuschen zu lassen. Nun sehe ich klar. Ihren Sinnen bedeute ich nichts und sehr wenig ihrem Herzen. – Warum also sollen wir uns gegenseitig lästig fallen ... Ich kann noch glücklich werden und fern von Dir meine Jugend genießen ...“

Ob Henriette nach dem Tod des Prinzen wirklich glücklich wurde, weiß man nicht. Sie heiratete später und zog nach Königsberg. Dort verloren sich ihre Spuren. Ihre Schönheit aber blieb durch Schadows Arbeit erhalten.

Silke Osman

Das kurze Leben des Prinzen Louis Ferdinand

Louis Ferdinand von Preußen, der Neffe Friedrichs des Großen, gilt als eine der begabtesten Figuren des preußischen Königshauses. Er wurde am 18. November 1772 in Schloß Friedrichsfelde bei Berlin als dritter Sohn des Prinzen Ferdinand von Preußen und seiner Gemahlin Anna Elisabeth Luise von Brandenburg-Schwedt geboren. Louis Ferdinand tat sich besonders musikalisch und politisch hervor. Der Prinz verkehrte im Salon der Rahel Levin und hinterließ mehrere Kompositionen und politische Denkschriften. 1805 gehörte er zu dem Kreis von Personen um Königin Luise und Freiherr vom Stein, die gegen Napoleon aufstehen wollten. Als Kommandant einer preußischen Vorhut fiel Prinz Louis Ferdinand am 10. Oktober 1806 im Gefecht bei Saalfeld, vier Tage vor der Schlacht bei Jena und Auerstedt.



Prinz Louis Ferdinand von Preußen Bild: Wikipedia

Der feinsinnige Frauenfreund eroberte das Herz so mancher Dame im Sturm. Auch Friederike von Mecklenburg-Strelitz, die Schwester von Königin Luise, hatte sich in den schönen Prinzen verguckt. Der aber hatte andere Pläne. *os*

Gänsehaut im Gästebett

Geistreiche Erfahrungen in Großbritannien

In Großbritannien gibt es eine Reihe von Hotels, um die sich schaurig-schöne Geschichten ranken. Eingeweihte beschwören die Existenz dort hausender Gespenster und Spukgestalten.

Eisige Windzüge aus dem Nichts, vorbeihuschende Schatten, seltsame Geräusche. Mittendrin: der Urlauber im Hotelbett respektive darunter verkrochen. Was für die einen wie ein Horrortrip klingt – noch dazu freiwillig, im Urlaub –, ist für andere der größte Spaß. Und zwar einer, der sich immer größerer Beliebtheit erfreut.

Gruseleinsteiger und sensible Gäste sollten es am Anfang vielleicht erst einmal mit dem „Ryde Castle Hotel“ auf der Isle of Wight probieren, das von einem eher freundlichen Geist heimgesucht wird. Wer genau hinhört, wird sein Kettenrasseln vernehmen – zumindest erzählt man sich das in entsprechenden Geisterexpertenrunden.

Das Hotel „Miskin Manor“ in Cardiff eignet sich auch gut für angehende Gespensterliebhaber. Dort meint man, in den Fluren Schritte hinter sich wahrzunehmen, dabei sind es nur die knarrenden Fußbodendielen. Oder etwa doch nicht?

Das „George Hotel“ bei Gatwick steht auf der Gruselskala bereits eine Stufe höher. Hier soll ein Nachtwächter, der im 17. Jahrhundert vergifteten Wein trank, sein Unwesen treiben. Noch heute hört man im Speisesaal immer wieder die Gläser klirren, ohne daß es dafür Erklärungen gäbe.

Im „Brownsover Hall-Hotel“ in Rugby tauchen regelmäßig unerklärliche Blutflecken in der Bibliothek auf – angeblich Spuren von einem Mitglied der hier früher ansässigen Adelsfamilie; dem Mann soll die Hand abgehackt worden sein, womit sich die Flecken erklären lassen.

Im „Kimberley Hotel“ in Oban soll immer wieder eine „Grey

Unerklärliche Blutflecken und Kettenrasseln

Lady“ gesichtet werden – eine Geisterdame, über die man wenig weiß und die doch irgendwie anwesend zu sein scheint. Erzählungen zufolge ist sie freundlich, höflich und stilvoll.

Im „Hotel Borthwick Castle“ in der Nähe von Edinburgh berichtet man von Queen Mary of Scots, die sich hier einst vor ihren Verfolgern versteckte und sich immer noch ab und an im Schloß bemerkbar macht. Und damit nicht genug: Nachts trampeln angeblich unsichtbare Pferde laut vor dem Himmelbett im Roten Zimmer, obwohl der Raum lediglich über eine schmale Wendeltreppe zu erreichen ist.

Das vielleicht berühmteste Spukschloß-Hotel im vereinigten Königreich Großbritannien ist „Chillingham Castle“ in Northumberland. Dort hausen angeblich gleich mehrere Geister, allen voran der „Blaue Junge“, der um Mitternacht schreit und stöhnt. Und tatsächlich wurden vor nicht ganz 100 Jahren hinter einer Wand das Skelett eines Kindes und die Überreste eines blauen Kleidungsstückes entdeckt. Der Junge soll zur Zeit der spanischen Armada hier lebendig eingemauert worden sein. Damit nicht genug: In manchen Nächten irrt eine gewisse „Lady Mary Berkeley“ mit Baby im Arm durch das Schloß und sucht nach ihrem Ehemann, der mit ihrer Schwester durchgebrannt ist. Wenn sie durch die Korridore huscht, kann man das Rascheln ihres Kleides angeblich deutlich hören.

All die Geschichten von Spukgestalten und Untoten sind dem Humor der Briten und ihrer Exzentrik entsprungen. Mit der rationalen Logik so mancher ist es vorbei, wenn der Mythos der alten Gemäuer Besitz von ihnen ergriffen hat. Zumindest ist davon auszugehen, daß der Urlaub auf der Insel „geistreiche“ Erfahrungen mit sich bringt – in welcher Form auch immer.

Corinna Weinert

Von hohem Niveau

Ein Buch erinnert an die Fotografin Ruth Jacobi aus Posen

Ihre Bilder sind heute in vielen Museen der Welt und in bedeutenden Sammlungen zu finden“, las man vor fünf Jahren in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* über die Fotografin Lotte Jacobi (1896–1990) und ihr Werk. Albert Einstein, Lil Dagover und Heinrich George hatten sich von ihr ablichten lassen. „Manche (Fotografien) haben sich so sehr eingeprägt und die Zeit überdauert, daß sie das allgemeine Bild des Porträtierten geformt haben.“ Auch die jüngere Schwester Ruth (1899–1995) war eine begabte Fotografin, ihre Bilder jedoch sind erst vor kurzem in den Blickpunkt gerückt. Eine Ausstellung im Jüdischen Museum Berlin präsentierte eine repräsentative Auswahl aus dem Nachlaß. Auch erinnert ein Begleitbuch weit über die Ausstellung hinaus an das Leben dieser außergewöhnlichen Frau.

Hineingeboren in eine Fotografenfamilie, die zunächst in Thorn, dann in Posen wirkte und sich in der vierten Generation diesem Metier widmete, stand Ruth immer im Schatten ihrer energischen und tonanagebenden Schwester Lotte. Von Ruth stammen wie von Lotte eindrucksvolle Porträtfotos, aber auch Pflanzen- und Landschaftsaufnahmen sowie einige Stilleben. „Hinguker“ ohne Zweifel sind die Porträtfotografien von dem Maler Max Pechstein mit seiner Familie (1927) oder dem Schriftsteller Leonhard Frank mit seinem Sohn (1931). Wenn Ruth Jacobi auch keine exponierte Vertreterin der Moderne war, so lassen ihre Fotografien dennoch aufmerken. Ihre Art, Gesichter im engen Bildausschnitt zu präsentieren, die bestechende Klarheit ihrer Pflanzenaufnahmen, die Stilleben, aber



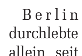
In New York: Spaziergang Bild: Ruth Jacobi

auch Reportagefotos wie Aufnahmen aus dem New York Ende der 1920er Jahre zeigen den hohen künstlerischen Anspruch der Posenerin. Immer hatte sie auch einen Blick für Begebenheiten am Rande. „Was ihre Fotografie anging, legte sie jedenfalls nie eine vergleichbare Unverforenheit an den Tag wie jene, mit der ihre Schwester Unbekannte oder Prominente überredete, sich von ihr porträtieren zu lassen“, erinnert sich ihre Nichte Beatrice Trum Hunter. „Zweifellos führte ihr Mangel an Selbstvertrauen, der als Menschenscheu mißverstanden werden konnte, dazu, daß sie Gelegenheiten für gute Bilder verpaßte. Dennoch gelangen ihr kreative Fotografien von hohem Niveau. Ihr Stil unterschied sich deutlich von dem ihrer Schwester. Wo Ruth den Weichzeichner bevorzugte, arbeitete Lotte jede Warze, Falte und Pustel heraus.“

Neben vielen Fotografien und den Erinnerungen der Nichte finden sich auch Aufzeichnungen von Ruth Jacobi zur Familiengeschichte in dem Buch, das so einen historischen Rückblick auf die deutsch-jüdische Vergangenheit gestattet. *os*

***Aubrey Pomerance (Hrsg.): „Ruth Jacobi. Fotografien“**, Nicolai Verlag, Berlin, 132 Seiten, 90 Abbildungen im Duotone, gebunden mit Schutzumschlag, 24,90 Euro*





Berlins viele Gesichter

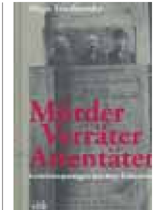
Alte und neue Fotos

Berlin durchlebte allein seit der Wiedervereinigung einen extremen Wandel. Aber auch in den Jahrzehnten und Jahrhunderten davor war die deutsche Hauptstadt immer der Veränderung unterworfen. „Berlin – früher und heute" von Christa Pöppelmann beginnt demgemäß auch mit einem Zitat des Kunsthistorikers Karl Scheffler (1869–1951): „Berlin ist dazu verdammt, immerzu zu werden und niemals zu sein." Die Autorin hat zahlreiche Fotos von der deutschen Hauptstadt ausgesucht. Immer wieder stellt sie ältere Aufnahmen aktuellen Fotos gegenüber und erklärt in kurzen Texten, was sich wann warum verändert hat. Ihre Auswahl ist zwar interessant, aber nicht spektakulär. Schön wäre es gewesen, mehr über Berlins historische Mitte, die heute nicht mehr existiert, zu erfahren. Dafür zeigt sie aber, wie belebt der Potsdamer Platz 1928 war. Eine aktuelle Aufnahme dieses Ortes ist mit den Worten „Modern oder zu kalt?" unterschrieben. Fotos, auf denen noch die Mauer zu sehen ist, hinterlassen einen mulmigen Eindruck. Gleichzeitig ist es jedoch irritierend, daß heute kaum noch Spuren von dem einstigen „Bollwerk" zeugen, ist es doch ein wichtiger, steinerner Zeuge der nahen Vergangenheit. Eine Aufnahme von 1885 zeigt das imposante Gebäude des Anhalter Bahnhofes fünf Jahre nach seiner Einweihung. Heute ist nur noch ein Fragment davon erhalten, und selbst das steht nur noch, weil es sich nicht abreißen ließ und mehrere Abbruchunternehmen sich daran „die Zähne ausbissen". *Bel*

Schöne Aufnahmen und gute Geschichten

***Christa Pöppelmann: „Berlin – früher und heute"**, Komet, Köln 2008, geb., 160 Seiten, 9,95 Euro*

Alle Bücher sind über den PMD, Mendelssohnstraße 12, 04109 Leipzig, Telefon (03 41) 6 04 97 11, www.preussischer-mediendienst.de, zu beziehen.



Sensationen aus der Kaiserzeit

Reporter Hugo Friedländer berichtete aus dem Gerichtssaal

Von 1908 bis 1920 veröffentlichte der langjährige Gerichtsreporter Hugo Friedlaender unter dem Titel „Interessante Kriminal-Prozesse von kulturhistorischer Bedeutung" eine zwölfbändige Buchreihe mit Gerichtsreportagen auf mehr als 3000 Druckseiten. Einige der dargestellten Fälle, die zwischen 1872 und 1906 verhandelt worden waren und seinerzeit erhebliches Aufsehen erregt hatten, gingen in den Bestand der deutschen Gedächtniskultur ein, etwa „Der Hochverratsprozeß gegen Liebknecht, Bebel und Hepner vor dem Leipziger Bezirksschwurgericht (1872)". Auch dem aufsehenerregenden Prozeß gegen den „falschen Hauptmann von Köpenick, Wilhelm Voigt (1906)" hatte der Publizist der Prozeßliteratur selbst beigewohnt. Seit kurzem liegen sämtliche Bände als CD vor und sind von der Staatsbibliothek zu Berlin in vollem Umfang ins Internet gestellt worden. Im „Verlag für Berlin-Brandenburg" ist zugleich ein Auswahlband mit zehn Gerichtsreportagen aus Friedlaenders Reihe unter dem Titel „Mörder, Verräter, Attentäter" erschienen. Die Herausgeber Gideon Botsch und Christoph Kopke, Mitarbeiter des Moses Mendelssohn Zentrums in Berlin, weisen in ihrer Einleitung darauf hin, daß von Hugo Friedlaender, der immerhin mehr als 40 Jahre für renommierte, überwiegend liberal ausgerichtete Zeitungen schrieb, erstaunlicherweise kaum eine biographische Einzelheit sicher nachgewiesen ist. Selbst seine Lebensdaten sind unsicher. Daß er Sozialdemokrat war, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen.

Desweiteren werfen die Herausgeber einen Blick auf die zeitgenössischen Reaktionen am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Obwohl der gemäßigt liberal eingestellte Justizrat und Reichstagsabgeordnete Erich Sello bis zu seinem Tod im Jahre 1912 ein ausgewogenes Vorwort zu den ersten drei Prozeß-Bänden beisteuerte, wurden diese mit harscher Kritik überzogen, zumeist von monarchistisch-konservativer Seite. Man warf Friedlaender die kommentarlose Präsentation der Verbrechen und des geschilderten, von der sittlichen Norm abweichenden Verhaltens vor.

Im Zusammenhang damit wurde auch auf dessen jüdische Herkunft hingewiesen. Kurt Tucholsky verdächtigte Friedlaender 1925 des Sensationsjournalismus, was aufgrund der knappen Erläuterungen und Zusammenfassungen, die mit den Verhörprotokollen und Plädoyers abwechseln, kaum nachvollziehbar ist.

Romane wie „Der Untertan" von Heinrich Mann und „Der Hauptmann von Köpenick" beschreiben das breite Spektrum der sozialen Verhältnisse im Kaiserreich literarisch. Dieselbe Bandbreite an politischen Meinungen und Parteien, Beleidigungen, Dekadenz und Okkultismus, Militarismus, antisemitischen Verdächtigungen und Propaganda, Mißhandlungen von Schutzbefohlenen und der sozialen Not der ungewollt Schwangeren tritt in den Darstellungen der Kriminalfälle in Erscheinung.

Der Kaiser, sein Sohn, sein Enkel und Bismarck wären mit einem Schlag tot gewesen

Einem der im vorliegenden Buch veröffentlichten Prozesse liegt das fehlgeschlagene Dynamit-Attentat bei der Enthüllungsfeier des Niederwald-Denkmals am 28. September 1883 in Rüdesheim zugrunde. Das Denkmal war zur Erinnerung an den Sieg über Frankreich 1870/71 und die Gründung des deutschen Kaiserreichs geschaffen worden. Drei Anarchisten aus Elberfeld hatten entlang dem Zufahrtsweg zum Denkmal Dynamitpatronen versteckt, die jedoch, vermutlich wegen des vorangegangenen starken Regens, nicht explodierten. Ein anschließender Versuch, die Festtagshalle, in der ein Konzert stattfand, in die Luft zu sprengen, mißlang ebenfalls.

Die deutsche Geschichte wäre wohl anders verlaufen, wenn der Anschlag gelungen wäre.

Bei der Enthüllung des Denkmals waren nämlich neben Kaiser Wilhelm I., dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm, dem späteren Deutschen Kaiser Friedrich III., und dem Prinzen Wilhelm, dem späteren Deutschen Kaiser Wilhelm II., sämtliche königlichen Prinzen anwesend, außerdem sämtliche deutsche Bundesfürsten, fast alle preußischen Minister und Bundesratsmitglieder sowie die Botschafter und Gesandten fremder Staaten am Berliner Hof. *Dagmar Jestrzemski*

***Hugo Friedlaender: „Mörder, Verräter, Attentäter – Gerichtsreportagen aus dem Kaiserreich"**, Verlag für Berlin-Brandenburg. Berlin 2008, geb., 449 Seiten, 22,95 Euro*

Hier können nicht nur Journalisten noch etwas lernen

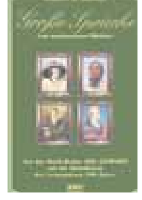
»Weyers Flottentaschenbuch« informiert über die neuesten Entwicklungen auf den Weltmeeren

Herausgegeben von Werner Globke ist dieser Tage die 67. Ausgabe von Weyers Flottentaschenbuch erschienen. Dieses Handbuch erschien erstmalig im Jahre 1900 und gilt seither als das internationale Standardwerk. Aktualität, Genauigkeit, die Präzision der Skizzen und die Übersichtlichkeit sind sprichwörtlich und heben sich durch die Handlichkeit des Taschenbuchformates vom britischen Konkurrenten, Janes „Fighting Ships", ab. Auf engstem Raum wird ein Höchstmaß an Information aller Marinen der Welt geboten. Die Flottenlisten der einzelnen Mächte sind einheitlich nach Gattungen und Untergattungen dargestellt und eignen sich daher nicht nur zum Nachschlagen, sondern auch zum Vergleich einzelner Schiffe.

Die neueste Ausgabe gibt detaillierte Auskunft über die fortschreitenden Bemühungen der im Shanghai Club zusammengefaßten potentiellen Gegner der USA, ihre Seemacht zu verstärken. Sie beschaffen nicht nur nuklear getriebene U-Boote, sondern auch vollwertige Flugzeugträger. Allein China wird bei Realisierung seiner Pläne 2020 drei große Flottenträger besitzen – Indien immerhin zwei. Die übrigen Mächte lassen vermehrt konventionelle U-Boote bauen. Die Seestreitkräfte des „Westens" haben sich weitgehend ihrer U-Jagdfregatten und Zerstörer entledigt, die notwendig wären, um einer Bedrohung der Seewege durch U-Boote zu begegnen. Stattdessen verfügen einige Marinen der Nato inzwischen über beachtliche amphibische Kapazitäten. Das zeugt von der Überzeugung, keine Gefechte mehr auf See ausführen zu müssen, sondern nur noch an fremden Küsten militärisch wirken zu wollen. Trauriges Beispiel sind die Seestreitkräfte der Niederlande, die zu Beginn der 90er Jahre noch 22 Zerstörer/Fregatten zur Bekämpfung von U-Booten besaßen und diese samt und sonders außer Dienst gestellt und verkauft haben.

Bei der Durchsicht der Tagespresse ist der „Weyers" ein guter Gradmesser für die Unkundigkeit der Journalisten, die Tag für Tag ihre Blätter für Geld voll schreiben. Immer wieder ist man selbst als fachkundiger Laie erstaunt, wie unwissend im maritimen Dingen die schreibende Zunft ist, womit die These des Genossen Lenin „Wissen ist Macht" scheinbar widerlegt ist. *Klaus Gröbig*

***„Weyers Flottentaschenbuch"**, Bernard & Graefe in der Mönch Verlagsgesellschaft mbH, Bonn 2008, 998 Seiten, vier Seiten mit Flaggentafeln, 854 Farbfotos,1540 Schiffsskizzen, zweisprachig (deutsch/englisch), 64 Euro*



Bodenständiger Dichter

Er füllt ein kleines Buch mit seinen großen Sprüchen

Was haben Heinz Erhardt, Wilhelm Busch, Joachim Ringelnatz, Erich Kästner und Eugen Roth miteinander gemeinsam? Sie erfreuten mit ihren Gedichten und ihrem Sprachwitz Millionen Menschen. Und sie sind allesamt tot. Das sind sie sogar in zweifacher Hinsicht, meint Günter B. Merkel. Er reimt:

„Ob Kästner, Erhardt, Eugen Roth; / Sie sind im Grunde doppelt tot, / Denn Jurys mögen nur noch Prosa / Von der linken Haus-Frau Rosa / Und von fremden Licht-Gestalten, / Die Roth für eine Farbe halten. / Ringelnatz und Busch – längst stumm – / Drehen sich im Grab herum!"

Doch sie brauchten sich nicht zu drehen, denn es gibt noch Dichter in unserem Land! Merkel selbst ist angetreten, ihre Ehre zu retten – mit Erfolg. Seine Gedichte und Sinnsprüche brauchen sich neben denen der genannten Dichtergrößen nicht zu verstecken. Sie sind präzise verfaßt mit reinem Endreim und mit zahlreichen Enjambements (Zeilensprüngen) ausgestattet. So verwundert es nicht, daß die Anhänger Merkels ihm bereits den Titel „Reimkanzler" antrugen.

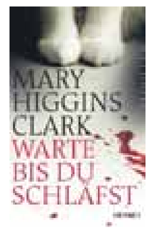
Trotz freiwilliger Selbstbeschränkung auf den reinen Reim sprühen seine Gedichte vor Witz. Dem genialen Verseschmied gelingt ein kleines Meisterwerk nach dem anderen, zum Beispiel: „Was mäkelt ihr am Stroh herum? / Nicht das Stroh, der Mensch ist dumm!" Oder: „Ihr könnt nehmen, was ihr wollt, / Sofern ihr das tut, was ihr sollt!" Und: „Der Seitensprung – ein Sprung zur Seite – / Erst sucht man Liebe, dann das Weite."

Lob von Karasek für Günter B. Merkel

Die großartige dichterische Leistung schlägt sich allerdings immer noch nicht gebührend in den Medien nieder. Für die Feuilletons der überregionalen Tageszeitungen ist der bodenständige Merkel offenbar nicht abgehoben genug. Was nützt es da, daß der bekannte Kritiker Hellmuth Karasek ihn als zweiten Eugen Roth bezeichnet? Daß der Schriftsteller Martin Walser die „herzhaft festen Gedichte" lobt? Tucholsky müßte man eben heißen!

Mit den satirischen „Gegengedichten", mit denen Merkel Vorzeigedichter wie Bertolt Brecht, Johann Wolfgang Goethe oder Günter Grass aufs Korn nimmt, fand er eine einzigartige lyrische Form. Gegen die „Letzten Tänze" des Literaturnobelpreisträgers Günter Grass hat er gleich ein ganzes Gegen-Buch geschrieben. Merkel wirft Grass nicht nur „dilettantische Poesie" und „gruselige Zeichnungen" vor, sondern auch Selbstüberschätzung. Zu Grass' Gedicht „Heftige Stöße" fällt Merkel ein: „Stoß für Stoß genießt der Grass; / Beim Stoßen hat er seinen Spaß, / Und um dies allen mitzuteilen, / Verfaßt er seine geilen Zeilen; / Gedichte, die er Lyrik nennt, / Die man als solche kaum erkennt." Günter entpuppt sich als begnadeter Dichter. Doch sein Nachname lautet nicht Grass, sondern Merkel. Die „Großen Sprüche vom gnadenlosen Dichter" bieten einen idealen Einstieg in das Werk, das inzwischen acht Bücher und ein Hörbuch umfaßt. *Thomas Paulwitz*

***Günter B. Merkel: „Große Sprüche vom gnadenlosen Dichter"**, SWP, Wilhelmsfeld, geb., 128 Seiten, 9,50 Euro, Bestellung unter (06220) 6310, www.merkel-gedichte.de*



Suche nach dem Bruder

Neuer Krimi von Mary Higgins Clark

„Seit Lucrezia Borgia bin ich die Frau, die am meisten Menschen umgebracht hat, allerdings mit der Schreibmaschine." Dieses Zitat von Agatha Christie könnte auch für Mary Higgins Clark, die Grande Dame des amerikanischen Thrillers, zutreffen. Die rastlose 81jährige verfaßt immer noch Kriminalromane für ein großes Publikum und plant nicht, demnächst den Stift aus der Hand zu legen. Auch in ihrem neuesten Thriller „Warte, bis du schläfst" lockt Clark den Leser in gewohnter Weise mit unterhaltsamen Charakteren und einer gut durchdachten Story.

An einem ganz gewöhnlichen Tag verläßt Mack MacKenzie sein Studentenappartement mitten in Manhattan und kehrt daraufhin nicht mehr zurück. Einziges Lebenszeichen sind seine alljährlichen Kurzanrufe am Muttertag, die die Familie mit Fragen über sein Schicksal quälen und langsam in den Wahnsinn treiben. Nie gab es Anhaltspunkte für ein Verbrechen, nie wurde Lösegeld gefordert, und auch private Probleme, Drogen oder Spielschulden können Macks spurloses Verschwinden nicht erklären. Nach zehn Jahren dieses unerträglichen Zustands beschließt seine Schwester Carolyn, ihn endlich aufzuspüren. Obwohl ihr Bruder sie in einer Nachricht warnt, nicht weiter nach ihm zu suchen, führt Carolyn mit Feuereifer die Ermittlungen fort. Dabei stößt sie auf eine Mauer des Schweigens, denn jeder in Macks Umfeld scheint, etwas verbergen zu wollen. Carolyn läßt sich in ihren Nachforschungen nicht einmal von der eigenen Mutter Olivia abhalten. Diese glaubt, Mack habe sich bewußt für sein Abtauchen entschieden. Aus Gram über den Verlust ihres einzigen Sohnes und über den frühen Tod ihres Mannes flüchtet sich Olivia in die Arme von Elliot, einem alten Freund der Familie. Immer tiefer dringt Carolyn in die Vergangenheit ihres Bruders ein und deckt ein Netz aus lang gehüteten Geheimnissen auf.

Auch mit 81 Jahren gut für schwierige Plots

Der wahre Alptraum beginnt jedoch erst, als Lesley Andrews entführt wird. Die junge Frau aus Manhattan nimmt ausgerechnet am Muttertag telefonisch mit ihrem verzweifelten Vater Kontakt auf und bittet ihn, die Suche nach ihr einzustellen. Der Zusammenhang zu Macks Verschwinden ist offensichtlich. Das bunte Karussell der Verdächtigen dreht sich immer schneller.

Obwohl die Autorin ihre falschen Spuren geschickt zu legen vermag, erscheint „Warte, bis du schläfst" an vielen Stellen langatmig und spannungsarm. Anstelle ihre Hinweise nach und nach einzustreuen und den Leser mitfiebern zu lassen, hebt sich Clark alle Verdachtsmomente und Enthüllungen bis zum Schluß auf. Der lang erwartete Showdown geht dann allzu schnell über die Bühne, um noch Platz für Überraschungen zu lassen. Trotz des soliden Plots, der vielschichtigen Protagonisten und des sicheren Erzählstils hätte man sich mehr Bemühen um Originalität gewünscht. Aus der beabsichtigten schlafraubenden Unterhaltung ist eine nette Einschlaflektüre geworden. *Sophia E. Gerber*

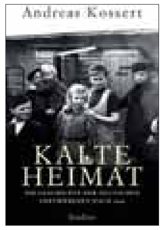
***Mary Higgins Clark: „Warte, bis du schläfst"**, Heyne, München 2008. 400 Seiten, 19,90 Euro*

Martin Schmidtke
Rettungsaktion Ostsee 1944/1945
Zusammenfassende Dokumentation einschließlich der beteiligten Schiffe und Boote von Handelsflotte, Kriegsmarine, Luftwaffe und Heer mit den Häfen und Einschiffungsorte während der Rettungsaktion. Darüber hinaus enthält das Buch eine chronologische Liste der Schiffs- und Menschenverluste. Über ein alphabetisches Register der beteiligten Schiffe, der früheren und Zweit-Schiffsnamen und der Schiffsnamen nach Kriegsende verschafft sich der Suchende schnell einen Überblick.
Geb., 344 Seiten mit über 1000 Abbildungen, Großformat
Best.-Nr.: 4760
€ 39,00




Peter Scholl-Latour
Der Weg in den neuen Kalten Krieg
Geb., 340 Seiten
Best.-Nr.: 6719, € 24,90


Prof. Dr. Alfred de Zayas
50 Thesen zur Vertreibung
Kart., 52 Seiten
Best.-Nr.: 6635, € 7,00

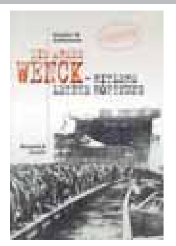

Andreas Kossert
Kalte Heimat
Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945
Geb. Buch, 432 Seiten
Best.-Nr.: 6558, € 24,95

Das Ostpreußen-Lyrik-Paket – exklusiv für die Leser der PAZ




Silke Steinberg
…steigt im Ost empor
Ostpreußen in seiner Lyrik
Geb., 256 Seiten, Format: 19 x 12 cm
ehemaliger Verkaufpreis: € 8,60

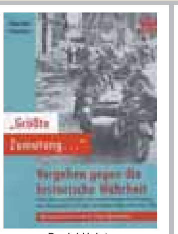
Ostpreußischer Sommer
In Bildern und Gedichten
Geb., 72 Seiten, 34 farbige Abbildungen, Format: 24 x 21,3 cm
ehemaliger Verkaufspreis: € 9,95
Best.-Nr.: 6751

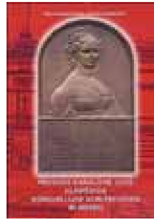

Günther W. Gellermann
Die Armee Wenck – Hitlers letzte Hoffnung
Geb., 264 mit über 100 Abb.
4. Auflage
Best.-Nr.: 4454, € 24,00

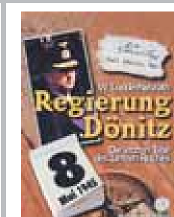

Edelfried Baginski
1945 – Als Ortelsburg verloren ging
Geb., 159 Seiten mit 60 Abb., Großformat
Best.-Nr.: 5000, € 29,00


Leif Guldmann Ipsen
Menschen hinter Stacheldraht
Flüchtlinglager in Oksböl 1945- 1949
Geb., 133 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1719, € 29,95

Andreas Vonderach
Anthropologie Europas
Völker, Typen und Gene vom Neandertaler bis zur Gegenwart
Was sagen Genetik, Archäologie und Sprachwissenschaft über den Ursprung und die Entwicklung der europäischen Völker? Erstmals faßt ein Buch den aktuellen Forschungsstand zusammen. Mißbraucht von der Rassenlehre des Nationalsozialismus und der Ideologie des Sozialdarwinismus, galt die Anthropologie lange Zeit als diskreditiert. Doch die Fortschritte in der genetischen Forschung der letzten Jahre haben diese Wissenschaft rehabilitiert. Dennoch bleibt es ein weites und schwieriges Feld der Interpretation, die Ergebnisse der Genetik – etwa die Verbreitung bestimmter Gentypen – mit dem Wissensstand der Archäologie, der Geschichtsschreibung oder der Sprachwissenschaft in Einklang zu bringen. Der Autor verfällt nicht in den Fehler, Kultur durch Biologie erklären zu wollen. Und doch liegt in der Erforschung der biologisch-genetischen Entwicklung und Vermischung der verschiedenen europäischen Völker eine eigene Faszination. Kombiniert mit archäologischem sprachwissenschaftlichem, kulturellem und historischem Wissen ergibt sich so ein ganz neuer Blick auf die Geschichte der europäischen Völker. Im ersten Abschnitt behandelt das Buch die Entwicklung Europas von der Steinzeit bis zur Gegenwart aus Sicht der Anthropologie. Der zweite Teil widmet sich den heutigen europäischen Völkern selbst. Woher kommen sie, welche Prozesse haben sie geformt, von wem stammen sie ab, wie nah sind sie untereinander verwandt? Auch wenn die gemessenen Unterschiede nur graduell sind, ergibt sich in der Kombination mit der klassischen Geschichtswissenschaft doch ein neuer Blick auf die Vergangenheit und Gegenwart der europäischen Völker.
Geb., 448 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6730, € 39,90


Daniel Heintz
„Größte Zumutung..“
Über die angeblichen und tatsächlichen Verbrechen der Wehrmacht in Polen 1939
Kart., 110 Seiten
Best.-Nr.: 6441, € 12,90


Rasa Krupaviciute
Jovita Sauleniene
Königin Luise von Preußen in Memel
Kart., 107 Seiten, zweisprachig: deutsch- litauisch
Best.-Nr.: 4457, € 14,95


W. Lüdde- Neurath
Regierung Dönitz
Die letzten Tage des Dritten Reiches
Kart.,215 Seiten mit Bildteil im Anhang
Best.-Nr.: 3222, € 14,95



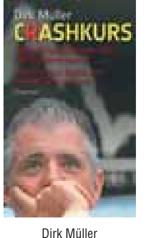
lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

durch Mafiaorganisationen – egal ob durch italienische oder russische Clans. Denn es geht längst nicht mehr nur um Schutzgelderpressung, Prostitution oder Drogenhandel, sondern um Macht und Einfluss auf politische und wirtschaftliche Entscheidungen, die man sich durch milliardenschwere Investitionen erkauft. Williger Türöffner beim Eintritt in die ehrenwerte deutsche Gesellschaft spielt eine illustre Seilschaft aus Politik, Wirtschaft und Justiz, die auf beiden Augen blind ist – solange die Kasse stimmt. Seit vielen Jahren recherchiert der renommierte Journalist Jürgen Roth über die Strukturen der Mafia in Deutschland. Er hat mit italienischen Mafiosi geredet und italienische Mafiaermittler befragt, mit Finanzfachleuten gesprochen und Einsicht in aktuellste Erkenntnisse von Ermittlern in Sachen Wirtschaftskriminalität und organisierte Kriminalität bekommen. Sein Fazit: Die Mafia ist bei uns angekommen. Ganz oben. Mit brisanten neuen Fakten zu Fällen aus Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen sowie Österreich und der Schweiz.

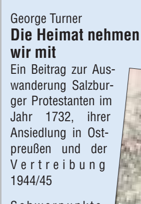
Jürgen Roth
Mafialand Deutschland
»Auch deutsche Politiker stehen auf unserer Gehaltsliste. Das große Geld kann man nur verdienen, wenn die Politik mitmacht.« Capo, Pate der Mafia
Jürgen Roth zeigt erstmals, wie die gefährlichsten Mafiaorganisationen Ndrangheta und die Russenmafia Deutschland mithilfe von Politik und Wirtschaft unterwandern. Seit den Morden von Duisburg ist die kalabresische Ndrangheta in Deutschland in der Öffentlichkeit bekannt. Was als Fehde verfeindeter Clans dargestellt wird, ist in Wahrheit nur ein »Betriebsunfall« bei der Unterwanderung Deutschlands




Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 6763


Dirk Müller
Crashkurs –
Weltwirtschaftskrise oder Jahrhundertchance?
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 6758, € 18,00

George Turner
Die Heimat nehmen wir mit
Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732, ihrer Ansiedlung in Ostpreußen und der Vertreibung 1944/45
Schwerpunkte sind das Geschehen um die Religionsflüchtlinge des Jahres 1732 und der Kriegsflüchtlinge 1944/45. Einblicke in das bäuerliche Leben, die Situation in dem infolge des Versailler Vertrages vom Reich abgeschnittenen Ostpreußen und Rückbesinnungen auf die Ereignisse 1914/15 vermitteln ein lebendiges Bild einer Welt, die untergegangen ist.
Geb., 285 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6754, € 19,80



Arno Surminiski
Gruschelke und Engelmannke
Geschichten auf OSTPREUSISCH und HOCHDEUTSCH
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95


Elchschaufel-Schlüsselanhänger

Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Der redliche Ostpreuße 2009
Kart., 128 Seiten, ca. 20 Abb., 15 x 21 cm
Best.-Nr.: 6697, € 9,95

Max Riemer, Wilhelm Obgartel
Geschichtliches Heimatbuch Ostpreußen
Geb., 248 Seiten, Format: 17 x 24 cm, Reprint der Originalausgabe von 1925,Leineneinband mit Goldprägung
Best.-Nr.: 4812
statt € 24,95 nur € 9,95


Wulf Dietrich Wagner
Kultur im ländlichen Ostpreußen
Geschichte, Güter und Menschen im Kreis Gerdauen
Geb., 715 S., zahlr. Abb.
Best.-Nr.: 6747, € 39,95

Heimat Deine Sterne

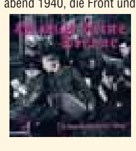
"Heimat deine Sterne" auf 10 CDs mit Aufnahmen aus den Kriegsjahren. Umfangreiche Beihefte mit vielen Bildern und der Originalton geben einen Eindruck über die

Heimat deine Sterne Vol.1
Die Stars von Oper und Operette: Wilhelm Strienz, Benjamino Gigli, Karl SchmittWalter, Erna Berger, Maria Cebotari, Marika Rökk, Heinrich Schlusnus, Alfons Fügel, Peter Anders u.a. Ansage: Heinz Goedecke
Laufzeit: 68:29 Min
Best.-Nr.: 1084

Heimat deine Sterne Vol. 4
Lili Marleen und der Soldatensender Belgrad. Die Geschichte des Senders, der "Lili Marleen" weltbekannt gemacht hat u. die Geschichte des Liedes, das Lale Andersen das Leben rettete. Mit viel Musik u. vielen Interviews
Laufzeit: 71:40 Min
Best.-Nr.: 1087



Heimat deine Sterne Vol. 7
Kriegsweihnacht 1940
Ausschnitte der legendären "Ringsendung" Heiligabend 1940, die Front und Heimat verband. Stars von damals mit weihnachtlichen u. anderen Weisen. Ausschnitte aus "La Bohème" vom 1. Weihnachtstag 1940
Laufzeit: 79:17 Min
Best.-Nr.: 1697



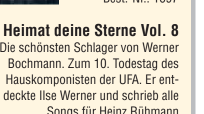
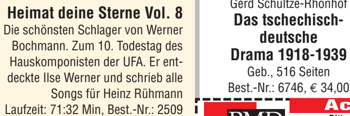
Heimat deine Sterne Vol. 2
Die Tonfilm- und Schlagerstars: Ilse Werner, Zarah Leander, Lale Andersen, Rosita Serrano, Hans Albers, Heinz Rühmann, Paul Hörbiger, Rudi Schuricke
Ansage: Heinz Goedecke
Laufzeit: 63:54 Min
Best.-Nr.: 1085



Heimat deine Sterne Vol. 5
Das Deutsche Volkskonzert
Diese populäre Sendung feierte im Januar 1943 ihre 150. Übertragung. Herrliche Aufnahmen mit den Stars von damals: Wilhelm Strienz, Georg Hann, Maria v. Schmedes, Maria Cebotari, Erna Sack u.a.
Laufzeit: 77:51 Min,
Best.-Nr.: 1088



Heimat deine Sterne Vol. 8
Die schönsten Schlager von Werner Bochmann. Zum 10. Todestag des Hauskomponisten der UFA. Er entdeckte Ilse Werner und schrieb alle Songs für Heinz Rühmann
Laufzeit: 71:32 Min, Best.-Nr.: 2509

Heimat deine Sterne Vol. 9
Der Soldatensender Oslo. Er sendete für die Soldaten in den besetzten skandinavischen Ländern und die Einheimischen. Lieder, Märsche, Reportagen,
Laufzeit: 77 Min,
Best.-Nr.: 4150

Heimat deine Sterne Vol. 3
Lieder, Märsche, Couplets und viel Goedecke: Sari Barabas, Erna Sack, Helge Rosvaenge, Lale Andersen, Alfons Fügel, Franz Klarwein, Herms Niel, Barnabás von Geczy u.a.
Laufzeit: 77:25 Min
Best.-Nr.: 1086



Heimat deine Sterne Vol. 6
Berühmte Opernstars mit einem Augenzwinkern. Berühmte Opernstars der Dreißigerjahre singen anonym Tangos, Schlager u. Tanzmusik. Dahinter verbergen sich Marcel Wittrisch, Helge Rosvaenge, Walther Ludwig, Willi Domgraf-Faßbender und Wilhelm Strienz. Ein echter "Gag"
Laufzeit: 78:34 Min
Best.-Nr.: 1089

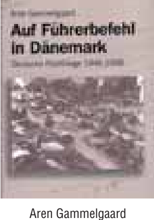


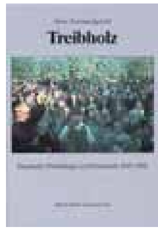


Heimat deine Sterne Vol. 10
Jugend im Dritten Reich
Die verratene Generation- Eine Dokumentation über die Hitlerjugend. 20-seitiges Beiheft mit vielen Bildern. Lieder, Märsche, Ausschnitte von zentralen HJ-Feiern,
Laufzeit: 71:05 Min,
Best.-Nr.: 4152



Gerd Schultze-Rhonhof
Das tschechisch-deutsche Drama 1918-1939
Geb., 516 Seiten
Best.-Nr.: 6746, € 34,00


Aren Gammelgaard
Auf Führerbefehl in Dänemark
Dtsch. Flüchtlinge 1945–1949
Geb., 242 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 5173, € 35,00


Arne Gammelgaard
Treibholz
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945-49
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1823, € 24,95

Achtung! Neue Adresse Achtung!

PMD Preußischer Mediendienst — 09/09
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Junge Muslime antisemitisch

Berlin – Unter jungen, in Deutschland aufgewachsenen Muslime sind antijüdische Haltungen weitaus verbreiteter als bei andersgläubigen Altersgenossen. Bei einer Befragung im Auftrag des Bundesinnenministeriums bejahten 15,7 Prozent der jungen Muslime den Satz: Menschen jüdischen Glaubens sind überheblich und geldgierig. Das sind doppelt so viele wie bei den übrigen Migrantengruppen und dreimal so viele wie bei den autochtonen Deutschen der selben Altersgruppe.

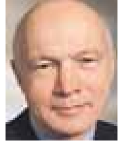
Sturm auf polnische Läden

Frankfurt / Oder – Polnische Einzelhändler an Oder und Neiße melden nach Jahren der Zurückhaltung einen Ansturm deutscher Kunden, die Umsätze seien bis zu 20 Prozent gestiegen. Auslöser ist der Verfall der polnischen Währung Zloty. Noch im Sommer 2008 betrug der Mittelkurs für einen Euro 3,35 Zloty, Anfang 2009 stieg er zwischenzeitlich auf beinahe 4,90 Zloty.

ZUR PERSON

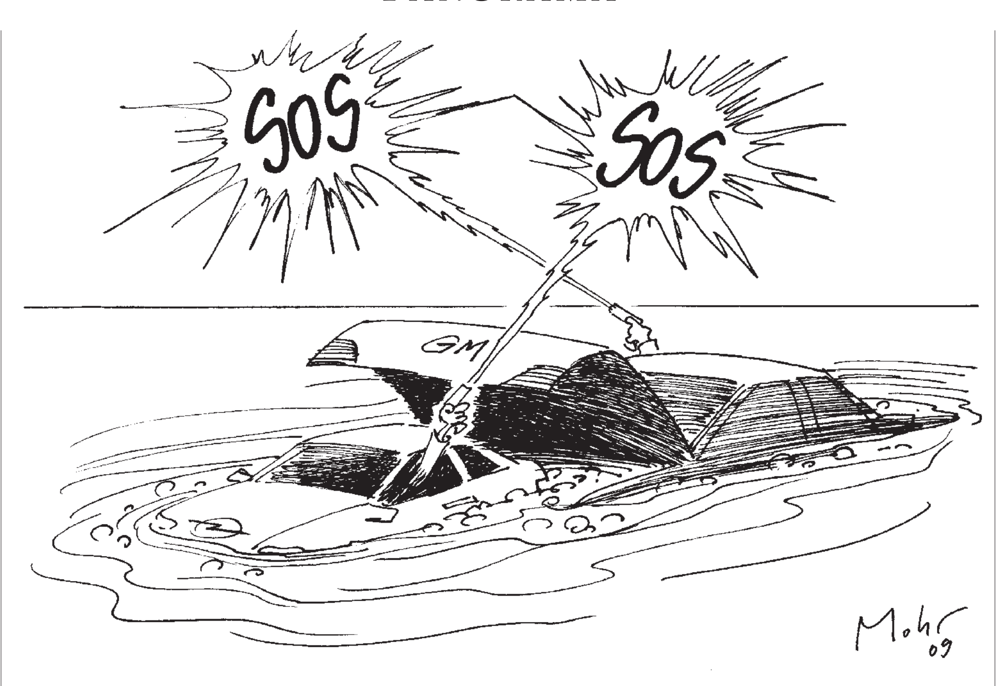
Sanierung und Pleite

Ich habe mich nie als Politiker gesehen", sagt der Mann, der jahrelang für die Finanzpolitik des Stadtstaates Hamburg zuständig war. Tatsächlich fing der 1943 geborene Hamburger **Wolfgang Peiner** als Mann der Wirtschaft an. Nach einer Lehre zum Speditionskaufmann und einem Betriebswirtschaftsstudium verdiente der examinierte Steuerberater und Wirtschaftsprüfer sein Geld in der freien Wirtschaft. Allerdings fand er schnell zur CDU und ihren Vorfeldorganisationen. Nach einem Zwischenspiel als Mitglied des damaligen Feierabendparlaments der Hansestadt von 1978 bis 1984 unternahm er 2001 auf Einladung des damals neugewählten CDU-Senatspräsidenten Ole von Beust den Sprung in die Berufspolitik.



Als Finanzsenator machte sich Peiner mit einer konsequenten Sparpolitik einen Namen. Die war mit für die Betroffenen harten Maßnahmen wie Subventionskürzungen, Stellenabbau und Privatisierung staatlicher Unternehmen wie dem Landesbetrieb Krankenhäuser verbunden. Bereits 2005 gelang ihm der Ausgleich des Betriebshaushalts. Entsprechend groß war das Bedauern, als er Ende 2006 sein Amt niederlegte, um in die Wirtschaft zurückzukehren.

Weniger Erfolg beim Zusammenhalten des Geldes war ihm anschließend als Aufsichtsratsvorsitzender bei der staatlichen HSH Nordbank beschieden, ein Amt, das er seit 2007 bekleidet. Drei Milliarden Euro mußten die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein diesen Monat zuschießen, um den Verlust durch die von Peiner favorisierten sogenannten Kreditersatzgeschäfte auszugleichen. Er hatte es verabsäumt, das, wie er selber einräumt, „viel zu große Portfolio an strukturierten Wertpapieren" zu reduzieren. *M. R.*



Signale

Zeichnung: Mohr

Mutige Schritte

Wie Schleswig-Holstein bankrott ging, warum Obamas Lorbeer ewig hält, und wann die Schuld der Mitte der Gesellschaft ankommt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Tja, der rheinische Karneval. Hier im Norden gehen die Meinungen auseinander. Einige finden ihn toll und hätten so etwas auch gern bei sich zu Hause. Andere sind froh über die vielen Privatsender, derentwegen man den Rosenmontags- und Prunksitzungsübertragungen viel besser ausweichen kann als früher. Aber eines fanden auch die Nordlichter allesamt immer nett: die frechen Motivwagen.

Klar ist die Mainzer Nonne vor dem „Nacktscanner" geschmacklos, und die Kölner Merkel oben ohne? Auch nicht jedermanns Fall. Aber der Aufstand darüber und die krampfige Entschärfung der Motive schmecken schal in einer Zeit, in der die fürchterlichsten Gewaltszenen alltäglich über die Bildschirme flimmern. Es erinnert ein bißchen an die USA. Dort dürfen „Gangsterrapper" ihre unverhohlene Werbung für ein Leben in der Kriminalität anstandslos unter die Landeskinder streuen. Wenn es Aufregung gibt, dann nur, weil in dem Video eine Sekunde lang zuviel Haut von einer der Tänzerinnen zu sehen war.

Aber rechtfertigt das den Vorwurf an die Jecken, daß sie feige geworden sind? Nein, das wäre ungerecht. Sie wollen es ja gar nicht jedem recht machen, nur solchen Kreisen, von denen sie annehmen dürfen, daß es Ärger mit ihnen geben könnte. (Ach ja: Wo sind eigentlich die früher so beliebten Scheich-Kostüme geblieben?) Daß Ärger jetzt auch von Ordensschwestern kommt, war womöglich nicht von den Wagengestaltern erwartet worden.

Ein gefundenes Fressen war die Finanzkrise, auch wenn die uns so langsam aus den Ohren kommt. Island, Ungarn, Simbabwe, Schleswig-Holstein – die Liste der Länder in der Pleite oder am Rande davon wird immer länger. Dabei tun die Bankrotteure alle so, als sei ihr eben noch kerngesunder Laden von bösen Weltmarktgeistern heimtückisch in die Tiefe gezogen worden.

Eine freche Ausrede: Den Mugabe haben sich die Simbabwer selber auf den Schild gehoben, Island ist durch die Finanzmärkte getobt wie ein Funkenmariechen im Freßrausch, Ungarn hat Geld herausgeworfen, als flösse pures Gold die Donau herunter, und Schleswig-Holstein hatte seinen Untergang selbst gewählt, er hieß Heide Simonis. In grauer Vorzeit, etwa bis Anfang der 90er Jahre, war das Land zwischen den Meeren so etwas wie der Vorzeigestaat im Norden: die niedrigste Arbeitslosigkeit, die besten Schulen, irgendwie in allem einen Schlag besser als Niedersachsen und die übrigen Küstenländer.

Dann kam die Frau mit dem Hut, unter dem ein Vorsprung nach dem anderen verschwand. Vor allem auf die vormals relativ gesunden Staatsfinanzen hatte sie es abgesehen: Simonis verbeamtete die Staatsdiener auf Teufel komm raus, was im Moment billiger war und Geld für Wahlgeschenke freimachte, auf lange Sicht aber erhebliche Pensionslasten hinterließ.

Schavan glänzt mit »unkonventionellen Vorschlägen«, alltagsdeutsch Tinnef genannt

Nun fallen dem sowieso gerupften Land die Milliardenbelastungen aus dem Landesbank-Crash auf die Füße, und in Kiel reden sie vom „Staatsbankrott à la Island". Schönen guten Morgen! Und wie geht es Nordbank-Sozius Hamburg? Da hatte der damalige Finanzsenator Wolfgang Peiner mit härtester Sparhand von 2001 bis 2006 den Haushalt in Ordnung gebracht. Nach getaner Arbeit wechselte er Anfang 2007 als Aufsichtsratschef zur Nordbank, wo unter seiner Aufsicht alle Hamburger Sparfrüchte zu Schuldenmuß verarbeitet wurden.

Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust nutzte die schlechte Gelegenheit, um einen guten Witz zu placieren: Aus den drei Milliarden Euro Zuschuß und dem Zehn-Milliarden-Rettungsschirm, welche die beiden Zwergstaaten der Bank zuschieben, erwüchsen „keine Sonderbelastungen für die Bürger". Ach, sondern für wen?

Insider bezeichnen den Lauf in die Finanzkrise als Schneeballsystem. Die „toxischen Papiere" wurden von ruchlosen, aber intelligenten Finanzakrobaten ersonnen und dann weiterverkauft. In solchen Systemen stehen die dümmsten Kerle immer am Ende der Kette, wo der ganze Mist hängenbleibt, während alle anderen ihren Reibach gemacht haben. Am Ende dieser Kette standen die deutschen Landesbanken.

Aber wir dürfen uns nicht entmutigen lassen, sagt die Kanzlerin, und geht mit bestem Beispiel voran, indem sie viel mehr staatliche Kontrolle für den Bankensektor fordert. Nach den Erfahrungen mit den staatlich kontrollierten Landesbanken zeugt diese Forderung wahrlich von Tapferkeit.

Aber mutige Schritte müssen sein, wenn man aus Krisen herauskommen will. Bundesbildungsministerin Annette Schavan ist auch mutig und hat gefordert, daß Fachkräfte aus der Wirtschaft in den Schulen unterrichten sollen. Mutig ist das vor allem deshalb, weil niemand versteht, was sie damit eigentlich meint. Sollen Fachkräfte aus der Wirtschaft abgezogen werden, um den Fachkräftemangel in der Wirtschaft zu beheben? Das kann Frau Schavan unmöglich wollen. Oder sollen rausgeworfene Investmentbänker den Schülern beibringen, wie man eine Weltwirtschaft an die Wand fährt? Was soll's, vermutlich hatte die Ministerin da nur mal so eine Idee. Ist ja auch was Hübsches.

Anette Schavan war mit viel Vorschußlorbeeren ins Amt gestartet. Vielleicht leidet sie heute unter ihrem verblichenen Glanz und sucht Rettung in „unkonventionellen Vorschlägen", alltagsdeutsch Tinnef genannt. Vorschußlorbeeren sind meist rasch vergänglich, manche jedoch halten erstaunlich viel aus. Wie die unterm Kissen von Barack Obama: Guantánamo wollte er binnen 100 Tagen dichtmachen, überhaupt sollte in US-Gefangenenlagern unter seiner moralischen Ägide alles lupenrein menschrechtlich zugehen.

Der 100-Tage-Beschluß fiel als erstes. Jetzt hat ein Regierungsbeamter in Obamas Auftrag obendrein festgestellt, daß man weder in Guantánamo noch im US-Gefängnis im afghanischen Bagram etwas ändern müsse. Die Behandlung in beiden Lagern sei in Ordnung, und wie die Vorgängerregierung unter George W. Bush sei man der Auffassung, daß die Häftlinge in Bagram auch künftig nicht vor einem US-Gericht gegen ihre Haft klagen dürften.

Vorgänger Bush wäre für solch einen Bericht zum x-ten Male öffentlich eines Bündnisses mit dem Beelzebub überführt worden. Unsere Medien hätten erschütternde Berichte über die „unmenschlichen Bedingungen", gekreuzt mit Bildern von einem feist lachenden US-Präsidenten, auf daß uns allen das Würgen komme.

Aber nun? Bei Obama? Höchstens irritiertes Tuscheln hier, ein paar enttäuschte Blicke dort. Ansonsten: betretenes Schweigen. Die können also ganz schön widerstandsfähig sein, solche Lorbeeren, zumal wenn die ganze Gutwelt am Kranze mitgeflochten hat und nun unmöglich zugeben kann, daß sie der Zugesel einer triefenden PR-Kampagne war. Der Esel wäre allemal einen Motivwagen wert gewesen. Kommt vielleicht nächstes Jahr.

Gut und Böse sind aber auch schwer auseinanderzuhalten. Während wir uns an die wissenschaftliche Erkenntnis gewöhnt haben, daß der Antisemitismus aus keiner geringeren Gegend stammt als der „Mitte unserer Gesellschaft", findet nun auf einmal eine Studie heraus, daß unter in Deutschland lebenden jungen Muslimen dreimal so viele Judenfeinde sind wie unter jungen Einheimischen.

Aufschrei? Empörung? Nichts davon. In wunderschönstem Soziologensprech erläutern uns die Sprecher muslimischer Organisationen, daß das alles nur „Einzelfälle" seien, auch dürfe man „das Problem nicht auf ethnische und religiöse Gruppen projizieren", warnt der Dialogbeauftragte des Verbandes der islamischen Kulturzentren, Erol Pürlü. Sprich: Probleme bei den Muslimen soll man nicht als Probleme bei den Muslimen bezeichnen. Bestimmt wird bald ein Weg gefunden, die Verantwortlichkeit für muslimischen Antisemitismus in der „Mitte der Gesellschaft", bei den Einheimischen also, abzuladen.

ZITATE

*Der Linkspolitiker und ehemalige Sprecher des israelischen Parlaments, **Avraham Burg**, warnte im „Spiegel" (21. Februar) sein Land vor der „traumatischen" **Fixierung** auf die **NS-Judenverfolgung**:*

„Ständig muß die Shoa als Vergleich herhalten. Durch den ewigen Rekurs auf den Holocaust verliert das Land (Israel) alle Maßstäbe. Man sagt sich: Der Gaza-Feldzug? Na ja, das war nicht schön, aber wir haben schließlich keine Gaskammern betrieben. Das ist die Logik: Weil nichts wie der Holocaust ist, ist alles erlaubt."

*Der britische Historiker **Niall Ferguson** äußerte im Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen" (24. Februar) seine Furcht, daß die **Weltwirtschaft** ähnlich dramatisch abgleiten könnte **wie in den 30er Jahren**:*

„Das schlimmste Szenario wäre, wenn die Konjunkturprogramme den Finanzbedarf der Staaten so stark erhöhen, daß sie sich nur noch über die Zentralbanken finanzieren können. Die (US-Notenbank) Fed druckt immer mehr Geld, der Dollar wertet ab, es gibt Streit darüber. Dann fordert die öffentliche Meinung protektionistische Maßnahmen, Zölle – es folgen Handelskriege wie in den dreißiger Jahren. Die Wahrscheinlichkeit dafür schätze ich auf mehr als 50 Prozent."

*Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, **Philip Mißfelder**, hat viel Kritik eingesteckt für seine Behauptung, eine Erhöhung von **Hartz-IV**-Bezügen komme einem „Anschub für die Tabak- und Spirituosenindustrie" gleich. Der Bezirksbürgermeister des Berliner Problembezirks Neukölln, **Heinz Buschkowsky** (SPD), hingegen stellte sich im Deutschlandradio hinter den CDU-Nachwuchspolitiker:*

„Bei Eltern mit sehr geringer sozialer Kompetenz wird das Geld für alles Mögliche verwandt, nur nicht für die Kinder. Kinder haben oft die teuersten Handys und den besten MP3-Player, aber kein Butterbrot in der Tasche, wenn sie zur Schule kommen."

Enttäuschung

Ist demokratisch freie Wahl
an sich schon ein Erlebnis,
wird's richtig spannend jedesmal
dann erst beim Endergebnis.

Denn dieses ist das Resultat
aus vielerlei Faktoren –
so hat schon mancher Kandidat
trotz aller Müh' verloren.

Bisweilen macht man bißchen Krieg,
um Wahlen zu entscheiden,
und läßt für den ersehnten Sieg
am besten Dritte leiden.

Auch Tzipi Livni und Barak
probierten diese Masche
und wähnten den Erfolg im Sack –
na oder in der Tasche.

Doch wird Ministerpräsident
der Netanyahu leider –
der Bibi, wie man lieb ihn nennt
zum Ärger seiner Neider.

Das zeigt, wie jene sich fatal
beim Gaza-Plan verschätzten:
Zu klein war offenbar die Zahl
der Toten und Verletzten ...

Pannonicus